



Ein Prozess gegen den Meta-Konzern in den USA belebt die Debatte über den Schutz von Kindern vor Suchtgefahren – und die Rolle der Erwachsenen **3**

Vorbildlich Social-Media- süchtig

Früh übt sich: omnipräsente Smartphones in fast jedem Haushalt Foto: imago

Kommentar von **Lukas Wallraff** zur Social-Media-Sucht

Schuld sind nicht nur die bösen Konzerne

Diese schrecklichen Social-Media-Konzerne sind wirklich, wirklich furchtbar. Es ist ein Skandal, wie sie unsere armen Kinder skrupellos süchtig machen. Dagegen muss doch jemand mal was tun. Gut, dass jetzt endlich ein Gericht in den USA ... äh, einen Moment bitte ... Sorry, ich kann mich gerade nicht auf den Text hier konzentrieren, weil ich schnell was checken muss ... ah, ja, da! Sehr schön! Meinem Cousin scheint's im Urlaub gut zu gehen. Seine Fotos auf Facebook sehen fantastisch aus. Apropos Urlaub, was macht eigentlich der Merz? Steht bei Bluesky was? Seit Merz weg ist, laufen die taz-Titel bei Insta leider nicht mehr richtig ... Okay, also, wo waren wir gerade? Ach so, ja, es ist natürlich gut, dass vor einem Gericht in Kali-

fornien jetzt darüber verhandelt wird, ob Mark Zuckerbergs Meta-Konzern seine Social-Media-Plattformen Instagram und Facebook absichtlich so gestaltet, dass möglichst viele Jugendliche möglichst lange hängenbleiben. Den Klägern kann man nur viel Glück wünschen, weil die Social-Media-Sucht schon viel Unheil angerichtet hat und die Opfer eine Entschädigung bekommen sollten. Insbesondere Kinder aus schwierigen Verhältnissen, denen sonst niemand hilft, brauchen mehr staatlichen Schutz vor der Gier der Techkonzerne. Auch europäische Alternativen aufzubauen und zu fördern, wäre gut. Aber so begrüßenswert alle Versuche sind, die irre Macht der Techkonzerne einzuschränken: Es wäre zu bequem, nur auf Gerichtsurteile oder politische Maßnah-

men zu warten, zumal die Erfahrungsberichte nach dem Social-Media-Verbot für Jugendliche in Australien nicht unbedingt verheißungsvoll klingen. Viele scheinen die Sperren zu überwinden, andere sollen noch mehr vereinsamt sein. Nein, wir müssen uns auch an die eigene Nase fassen, die schon wieder vor einem Smartphone hängt. Auch für die taz gibt es ein Social-Media-Dilemma. Einerseits kritisieren wir die Konzerne hart, andererseits füttern wir sie täglich selbst mit unseren Inhalten – und die viel gescholtenen Algorithmen helfen bei der LeserInnenbindung. Weil auf Social Media eben die meisten Menschen zu erreichen sind, lässt sich schwer darauf verzichten. Im Privatleben wäre das etwas leichter.

Niemand kann das Rad zurückdrehen, Social Media wird nicht verschwinden. Alle müssen den Umgang damit lernen – aber nicht nur Kinder, auch viele Erwachsene. Wenn wir die Heranwachsenden schützen wollen, müssen wir als Eltern, Tanten, Onkel, Großeltern besser darauf achten, was wir ihnen täglich vorleben. Wer mit Kindern im Auto raucht, kann die Schuld auch nicht allein auf die bösen Tabakkonzerne schieben – und den Kindern kaum erklären, warum Rauchen schädlich ist. Eigenes Verhalten ersetzt nicht staatliche Regulierung. Aber es hilft. Wer das Handy öfter weglegt, hat auch mehr Zeit nachzudenken, sinnvolle politische Vorschläge zu formulieren und vorzuschlagen. Auf Social Media natürlich.

Patient Musiala
Sorge wegen Absenzen
des Nationalspielers und
Stars des FC Bayern
2



Foto: Reiner Wandler

**Neue Feuerwehr
in Spanien**
Wie neu angesiedelte
Wisente sogar beim
Brandschutz helfen
4–5

Eher nicht chic
Wie das Verteidigungs-
ministerium versucht,
Rekruten anzuwerben
13

**Ruf nach Neuwahlen
in der Ukraine**
Geschasster Minister
stellt Dauer der Amtszeit
von Selenskyj infrage
2, 12

VERBOTEN

**Guten Tag,
meine Damen und Herren!**

Wegen einer Raucherpause hat eine Frau am Bahnhof Mannheim die Weiterfahrt verpasst. Größeres Problem: In dem abgefahrenen Zug saßen ihre Kinder. *verboten* bedauert vor allem die Kleinen und denkt an die eigene Kindheit:

**Mit Raucherabteilen wäre das
nicht passiert.**



Foto: Frank Hoermann/Sven Simon/Imago

Wegen **Jamal Musiala** kennt Fußballdeutschland jetzt Absenzen

Mehr als 1,2 Millionen Herzen sind Jamal Musiala auf seinem Instagram-Account von Dienstagabend an bis zum Mittwochvormittag zugeflogen. Die Anteilnahme ist groß. Der deutsche Nationalspieler und Profi des FC Bayern München hat sich seinen Followern mit einem Foto präsentiert, auf dem er von hinten beifallklatschend zu sehen ist. „Ich bin besonders dankbar für eure Nachrichten und euren Support“, schrieb er in seinem ausführlichen Post und offenbarte erstmals, dass er an Absenzen leidet – einer neurologischen Dysfunktion. Absenzen sind eine Form von Epilepsie, die vor allem bei Kindern auftritt. Dabei setzt das Bewusstsein für wenige Sekunden aus.

Die kollektive Sorge um den Gesundheitszustand von Musiala nahm am Samstag bei einem Freundschaftsspiel gegen RB Leipzig seinen Anfang. Nur 17 Minuten nach seiner Einwechslung brach er ohne erkennbaren Grund zusammen und verließ den Platz erst nach mehrminütiger Behandlung. Die erste Diagnose lautete Hitzschlag – bei 33 Grad Celsius eine plausible Erklärung.

Dass dies eine Schutzbehauptung war, um die Privatsphäre von Musiala so gut wie möglich zu wahren, fiel dann am Dienstagabend auf. Beim Freundschaftsspiel in Heidenheim wiederholte sich das Szenario – diesmal bei Temperaturen unter 20 Grad. Dieses Mal nach nur vier Minuten auf dem Feld sackte Musiala erneut ohne Fremdeinwirkung zusammen. Nach ärztlicher Versorgung verließ er den Platz selbstständig.

Spätestens jetzt war klar, dass sein Gesundheitszustand öffentlich diskutiert werden würde. Musiala entschied sich, die Initiative zu ergreifen, und erklärte auf Instagram: Bei ihm seien „gut behandelbare Absenzen“ diagnostiziert worden, „welche auf eine neurologische Dysfunktion zurückzuführen sind“. In Absprache mit seinen Ärzten habe er dennoch gespielt, da abgesehen von den Absenzen kein gesundheitliches Risiko bestehe. Diese könnten zwar „scary“ wirken, doch er sei in bester medizinischer Betreuung und optimistisch. Gleichzeitig bat er darum, das Thema im Kreis seiner engsten Vertrauten, des Vereins und der Experten zu belassen.

So verbieten sich auch an dieser Stelle weitergehende Spekulationen über das Veröffentlichte hinaus. Den Verein konnte die Absenzen von Jamal Musiala nicht überraschen. „Wir wussten und wissen Bescheid“, bekannte Sportvorstand Max Eberl. Der Verein überließ es Musiala, die Informationen selbst zu veröffentlichen.

In den meisten Fällen sind Absenzen mithilfe von Medikamenten gut kontrollierbar. Stress zu vermeiden, senkt das Risiko zusätzlich. Der FC Bayern geht davon aus, dass Musiala seine Karriere fortsetzen kann. Was die beiden Vorfälle für seine unmittelbare Zukunft bedeuten, bleibt jedoch unklar. Nach seiner schweren Sprunggelenksverletzung bei der Klub-WM im Juli 2025 hatte er sich erst mühsam zurückgekämpft. Bis zur WM im Sommer fand er jedoch noch nicht zu alter Form.

Ob Trainer Vincent Kompany den 23-Jährigen bereits am Samstag beim Supercup gegen Borussia Dortmund oder beim Ligastart gegen den VfB Stuttgart einsetzen wird, scheint angesichts der gegenwärtigen Aufregung eher unwahrscheinlich. Die Verantwortlichen müssen angesichts der immensen öffentlichen Aufmerksamkeit die nächsten Wochen mit viel Feingefühl agieren. Das ist keine einfache Angelegenheit. Selbst wenn die Ärzte grünes Licht geben, könnten erneute Bilder von Musialas Absenzen auf die Öffentlichkeit weiterhin „scary“ wirken. Es wird ein Lernprozess sein – auch für das Publikum.

Johannes Kopp

Machtkampf in Kyjiw vorerst entschieden

Jewhen Chmara ist neuer Verteidigungsminister der Ukraine. Der Rückkehr seines beliebten Vorgängers ist damit vom Tisch. Dieser fordert nun Neuwahlen

Von **Bernhard Clasen**

Das ukrainische Parlament hat am Mittwoch Jewhen Chmara zum neuen Verteidigungsminister der Ukraine ernannt. 312 von 390 Abgeordneten stimmten für ihn. Chmara hatte das Amt seit Mitte Juli kommissarisch geführt. Zuvor hatte der Verteidigungsausschuss seine Kandidatur einstimmig gebilligt.

Damit steht fest: Mychajlo Fedorow, der am 14. Juli mit der Entlassung von Premierministerin Julia Swiridenko auch sein Amt als Verteidigungsminister verlor, hat seinen Kampf um Wiedereinsetzung endgültig verloren. Seit Mitte Juli hatten seine Anhänger in mehreren Städten der Ukraine bei Kundgebungen und Demonstrationen mit bis zu mehreren Hundert Teilnehmern täglich seine Rückkehr gefordert.

Am Vorabend der Abstimmung wandte sich Fedorow per Video an die Öffentlichkeit. In einer förmlichen, gut vorbereiteten Rede dankte er seinen Unterstützern, forderte Neuwahlen und einen entschlosseneren Kampf gegen Korruption. Doch selbst seine Anhänger widersprechen ihm in einem Punkt:

Wahlen seien im Krieg nicht möglich, erklärte Dmytro Kotsjatsynski, einer der Organisatoren der Pro-Fedorow-Proteste. Auch Jaroslaw Schelesnjak von der Oppositionspartei Holos lehnt Wahlen während des Krieges ab. Unterdessen setzten sich russische Angriffe unvermindert fort. Am Donnerstag traf eine Drohne in Cherson einen Bus. Vier Menschen starben, fünf wurden verletzt.

Ironie der Geschichte: Technisch möglich wären Wahlen mit Online-Stimmabgabe wohl erst mithilfe von Fedorow. Er war von 2019 bis Januar 2026 Minister für digitale Transformation und hatte zuvor den digitalen Wahlkampf des Präsidentschaftskandidaten Wolodymyr Selenskyj entscheidend mitgeprägt.

Zwei zentrale digitale Plattformen des ukrainischen Staates gehen auf Fedorow zurück. Die App „Diia“ erlaubt Bürgern, digitale Dokumente wie Personalausweise oder Steuerunterlagen auf dem Smartphone zu nutzen und staatliche Dienstleistungen online zu erledigen. Die App „Reserve+“ dient Wehrpflichtigen und Reservisten als digitale Unterstützung.

Doch als Oppositionspolitiker dürfte Fedorow kaum noch mit einer solchen Aufgabe betraut werden.

Unterdessen gehen ukrainische Korruptionsermittler

Wahlen seien im Krieg nicht möglich, erklärten selbst Fedorow-Anhänger

gegen ein Netzwerk vor, das 150 Millionen Hrywnja (rund 3,2 Millionen Euro) gewaschen haben soll. Präsident Selenskyj entließ die stellvertretende Leiterin des Präsidialamtes, Iryna Mudra, sofort nach Bekanntwerden der Ermittlungen. Das Geld sollte offenbar als Kautions für den ehemaligen Energieminister Herman Haluschtschenko dienen. Zu den Verdächtigen zählen der ehemalige Abgeordnete Maksym Mykytas, der Abgeordnete Wadym Stolar, der Aufsichtsratsvorsitzende der Sense-Bank, Mykola Hladyschenko, und der Vorstandsvorsitzende der Bank, Oleh Stupak.

Davon unabhängig setzt Bundesumweltminister Cars-

ten Schneider (SPD) seine mehrtägige Ukraine-Reise fort. Am Mittwochmorgen traf er sich im Zentrum von Kyjiw mit 70 deutschen und ukrainischen Vertretern aus Industrie, Energiewirtschaft, Umweltschutz und Finanzwesen. Das Treffen, das in Größe und Zusammensetzung erstmals stattfand, soll die Zusammenarbeit beim Ausbau erneuerbarer und dezentraler Energien stärken.

Die Ukraine arbeite nicht nur daran, diesen Krieg zu bestehen. Sie arbeite gleichzeitig auch an ihrer Zukunft. Und genau darum gehe es bei seiner Reise, erklärt der Minister in einer von der Deutschen Botschaft in Kyjiw verbreiteten Erklärung. „Dezentrale erneuerbare Energien machen die Energieversorgung weniger verwundbar“, sagte Schneider.

Green Tech sei eine Schlüsselbranche, in der 3,4 Millionen Menschen arbeiten. Schneider wird von Vertretern von 17 deutschen Unternehmen begleitet. Geplant sind auch Besuche in Tschornobyl und den Karpaten, wo er sich über den Schutz europäischer Urwälder und die Biodiversität unter Kriegsbedingungen informieren will.



Vorher Verteidigungsminister, jetzt Angreifer auf Selenskyj: Mychajlo Fedorow, hier im April in Berlin, fordert Neuwahlen
Foto: Kay Nietfeld/picture alliance

taz lage

Ein Herz für Merz

Auch in Zeiten des papierlosen E-Papers wollen wir unsere Ausgabe füllen. Das kann in nachrichtenarmen Phasen knifflig werden. So eine Phase war definitiv der Mittwochmorgen. Wirklich neue Nachrichten gab es nicht. Fast hätten wir aus Verzweiflung sogar einen Artikel geschrieben, in dem wir Friedrich Merz in Schutz nehmen.

Der Kanzler weilt gerade im Urlaub. Vielleicht merken Sie das da-

ran, dass Sie weniger unbedachte Aussagen von ihm lesen. Dennoch regen sich einige jetzt auf: Während in Deutschland Flüsse austrocknen und Wälder wie nie zuvor brennen, entspannt Merz irgendwo in der Sonne?

Auch in unserer Morgenkonferenz schlugen manche in diese erboste Kerbe: Ein Bundeskanzler sei kein gewöhnlicher Arbeitnehmer! Andere hielten dagegen: Auch ein

Kanzler brauche Urlaub, und Angela Merkel sei ebenfalls wochenlang abgetaucht. Zur Idee, einen Merz-hat-Urlaub-verdient-Text zu schreiben, war es dann nicht mehr weit.

Doch es kam nicht dazu, was vielleicht daran liegt, dass gerade viele taz-Redakteur:innen – im Gegensatz zum Kanzler-Urlaub von allen als verdient anerkannt – ihre sommerliche Auszeit genießen. Alternativ, so auch ein Vorschlag in der

Konferenz, könne man doch auf einer Seite schlicht schreiben: „Gute Nachricht: Heute keine weiteren Nachrichten.“ Doch wie Sie sehen, haben wir unser E-Paper auch ohne Friedrich Merz und leere Seiten fertig bekommen.

Dem Kanzler gönnen wir gegen alle Miesmacher natürlich trotzdem seinen Urlaub. Fast könnte man sich daran gewöhnen, wenn er nicht da ist, oder? (*vink*)

Geteiltes Leid

Vor allem Jugendliche und Kinder leiden unter Social-Media-Nutzung. In Kalifornien beginnt nun deswegen ein Prozess gegen den US-Konzern Meta

Von Johannes Drosdowski



Analoge Trauer: Vor dem Gericht in Oakland halten Angehörige Fotos von toten Jugendlichen, die mutmaßlich Social-Media-Opfer waren
Foto: Manuel Orbegozo/reuters

In Kalifornien hat ein Prozess begonnen, der Social-Media-Plattformen nachhaltig verändern könnte. In einem Zivilverfahren klagen 29 Bundesstaaten gegen Meta, den Techgiganten hinter Instagram und Facebook. Dabei geht es um die möglichen psychischen Gefahren für Minderjährige, jedoch nicht durch Hasserrfüllte oder desinformierende Inhalte, sondern durch die Struktur der Plattformen an sich, also das Design.

Kaliforniens stellvertretende Generalstaatsanwältin Megan O'Neill sprach in ihrem Eröffnungsplädoyer davon, Meta habe „ausgenutzt“, wie die Gehirne von Kindern und Jugendlichen funktionieren, habe gewusst, wie schädlich die Produkte für junge Nutzer*innen sein können, und das vertuscht. Der Konzern weist die Anschuldigungen zurück.

Als Beispiele für schädliche Mechanismen nennen die Kläger*innen etwa Benachrichtigungen, die Minderjährige auch nachts auf ihr Handy bekommen, weil die Altersprüfung zu leicht zu umgehen sei. Oder den unendlichen Scroll, dass also Nutzer*innen stundenlang im Feed nach unten scrollen können, ohne ein Ende zu erreichen.

Oder das Zählen von Likes, das für manche User*innen als Zeichen für Beliebtheit interpretiert wird und eine Sogwirkung entwickeln kann. All das sind jedoch Designs, die nicht nur von Meta-Plattformen, sondern auch vielen anderen sozialen Medien genutzt werden. Das Urteil in diesem Fall könnte also eine Vorlage für Klagen gegen viele Meta-Konkurrentinnen werden.

Der Prozess, jahrelang vorbereitet, begann bereits vergangene Woche. Am Dienstag jedoch fanden die Eröffnungsplädoyers statt und ein erster Zeuge wurde befragt, ein ehemaliger Manager, der mehrere Jahre lang für Meta gearbeitet hatte. Laut ihm konzentrierten sich die Kontrollen des Konzerns darauf, Verstöße gegen die eigenen Richtlinien zu finden, nicht aber darauf, den Schaden bei den User*innen zu erfassen.

Es ist nicht der einzige große Prozess gegen Meta dieses Jahr. In den letzten Monaten klagten Eltern, Schulbezirke, Kommunen und vor allem Jugendliche selbst, die unterschiedliche Social-Media-Plattformen für ihre Depressionen, Angststörungen, Sucht und andere psychische Erkrankungen verantwortlich machen.

Beobachter*innen nennen die Klagewelle gegen die Social-Media-Giganten einen „Big Tobacco Moment“, vergleichen den Kampf gegen potenziell süchtig machende Mechaniken mit der Entwicklung der 1990er-Jahre, als

Die Kläger*innen fordern, alle Algorithmen und KI-Modelle zu löschen, die mit Daten Minderjähriger erstellt wurden

Gesellschaft und Gerichte die von Tabak verursachten Gesundheitsgefahren diskutierten.

Erst Anfang August wurde Meta im US-Bundesstaat New Mexico wegen der Gefährdung von Kindern durch sexuelle Ausnutzung und durch potenziell sucht-erregende Mechanismen zu einer Strafe von 567 Millionen Dollar (487 Millionen Euro) verurteilt. Außerdem muss der Konzern nun sicherstellen, dass Minderjährige in New Mexico Facebook und Ins-

tagram maximal 90 Stunden pro Woche nutzen können, und darf ihnen nachts und während der Schulzeiten keine Push-Benachrichtigungen mehr auf ihre Geräte schicken. Zudem muss Meta Kontakte zwischen Jugendlichen und Erwachsenen strenger kontrollieren.

Meta hat bereits Berufung angekündigt. Ebenso gegen eine 375-Millionen-Dollar-Strafe, die ein Gericht – ebenfalls in New Mexico – bereits im März verhängt hatte. Die Strafen aus den beiden Prozessen sollen in einen Fonds fließen, aus dem unter anderem Therapien für Geschädigte bezahlt werden sollen.

Grundlage für die jetzigen Klagen sind vor allem die Aussagen der Whistleblowerin Frances Haugen, die bis 2021 mehrere Jahre lang als leitende Produktmanagerin bei Facebook gearbeitet hatte. 2021 spielte sie der Börsenaufsicht SEC und dem *Wall Street Journal* Tausende Seiten von Dokumenten zu, die Anhaltspunkte dafür liefern, dass Meta seine Profite über das Wohl seiner User*innen stellt.

Diese sogenannten Facebook Files führten in den USA zu Diskussionen über die schädlichen Mechanismen von Social-Media-Plattfor-

men, insbesondere die Verbreitung von Desinformationen, die Haugen auch in Interviews immer wieder thematisierte. Meta-Chef Mark Zuckerberg wies die Darstellung Haugens jedoch wiederholt zurück.

In dem Prozess in Oakland argumentiert Meta nun, dass Social-Media-Sucht kein anerkanntes Krankheitsbild sei. Tatsächlich ist das richtig. Die Forschung jedoch sieht klare Anzeichen dafür, dass es diese Sucht dennoch gibt.

Ende September soll auch Zuckerberg vor Gericht aussagen. Das Urteil wird dann für Anfang Oktober erwartet. Sollten die Bundesstaaten in Kalifornien Recht bekommen, könnte Meta nicht nur zu einer hohen Strafzahlung verurteilt werden – die Kläger*innen verlangen 200 Milliarden Dollar (173 Milliarden Euro).

Der Konzern könnte noch härter bestraft werden. Zum einen fordern die Kläger*innen, dass alle Algorithmen und KI-Modelle gelöscht werden, die mit Daten Minderjähriger erstellt wurden. Zum anderen könnte Meta dazu gezwungen werden, sein Design zu ändern. Das wiederum könnte zu noch größeren Verlusten für den Konzern führen. Denn wenn der Datenfluss abnimmt, schwindet der Profit.

„Meta ist größer“

Wie gravierend sind die negativen Auswirkungen exzessiver Nutzung sozialer Medien für Jugendliche? Was Studien und Wissenschaftler:innen sagen

Von Eva Fischer

Viele Studien zeigen: Menschen, die viel in sozialen Netzwerken unterwegs sind, zeigen häufiger zu Depressionen, Angststörungen, Suizidgedanken und einem geringen Selbstwertgefühl. „Ob dies ein kausaler Einfluss ist, ist umstritten: Ist Social Media die Ursache für schlechtere mentale Gesundheit oder führt schlechtere mentale Gesundheit zu mehr Social-Media-Nutzung?“, sagt der Medienpsychologie Adrian Meier diesbezüglich gegenüber dem Science Media Center, einem wissenschaftlichen Presseservice. „Dennoch: Studien finden immer wieder einen negativen Zusammenhang zwischen der Nutzung sozialer Medien und der psychischen Gesundheit junger Menschen“, so Meier.

Auch auf die Schulleistung wirken sich die sozialen Medien negativ aus. So

zeigte eine Studie aus Italien, dass italienische Jugendliche, die bereits in der sechsten, siebten oder achten Klasse einen Social-Media-Account hatten, in einigen Fächern schlechter abschnitten als jene, die sich erst frühestens ab der neunten Klasse in den sozialen Netzwerken wie Facebook, Instagram oder TikTok herumtrieben.

Die schlechteren Leistungen zeigten sich in den Fächern Italienisch und Mathematik. Die betroffenen Schüler:innen verloren etwa ein halbes Jahr an Lernfortschritt. Laut Klaus Zierer, Professor für Schulpädagogik an der Uni Augsburg, der die Methodik und Ergebnisse der Studie bewertete, sei dies „als dramatisch einzustufen“. Als Gründe für die schlechteren Leistungen nannten die Studienautor:innen die Ablenkung, die von Social-Media-Apps ausgehe, sowie die Belastung des Arbeitsgedächtnisses. Im Schulfach Englisch kam es hingegen

zu keinen Leistungseinbußen, vermutlich, weil die Jugendlichen durch die Nutzung von englischen Inhalten die Sprache übten.

Die Ergebnisse aus Italien könne man laut Experte Zierer auf alle westlichen Länder übertragen, denn „in diesen wachsen Kinder und Jugendliche unter ähnlichen Umständen auf“.

Laut einer Studie der Weltgesundheitsorganisation, 2024 veröffentlicht, lassen sich das Social-Media-Verhalten von 11 Prozent der Jugendlichen in 44 Ländern in Europa, Kanada und Zentralasien als problematisch einordnen: Gemäß der „Social Media Disorder Scale“, einem Fragebogen zu Social-Media-Sucht, sind sie krankhaft süchtig. 32 Prozent wurden zudem als intensive Nutzer:innen klassifiziert (tägliche Nutzung über den gesamten Tag hinweg), 44 Prozent als aktive Nutzer:innen (tägliche Nutzung, aber nicht den ganzen Tag

über) und lediglich 12 Prozent als nicht aktive Nutzer:innen (wöchentliche oder seltenere Nutzung).

Ein problematisches Verhalten wurde insbesondere bei 13-jährigen beobachtet. Zudem zeigen Mädchen häufiger ein problematisches Nutzungsverhalten als Jungs.

In Rumänien wurde am häufigsten ein problematisches Nutzungsverhalten ermittelt, am seltensten tritt es in den Niederlanden auf, wo es bereits ein Handyverbot an Schulen gibt.

Im Durchschnitt ist eine seltene Nutzung der sozialen Medien mit einem niedrigen sozioökonomischen Status verbunden. So ist der Anteil der nicht Aktiven in Tadschikistan bei Weitem am höchsten, in Dänemark, eins der wohlhabendsten Länder weltweit, am niedrigsten.

Wissenschaftler:innen bemängeln, dass es an belastbaren Daten fehle. „Men-

schen können sich nicht gut an ihre Mediennutzung erinnern, beispielsweise den zeitlichen Umfang, Zeitpunkt, Häufigkeit oder Inhalte. Daher sind Befragungsangaben oft fehlerbehaftet“, sagt Psychologe Meier. Tatsächlich sind die Plattformen so designt, dass sie durch den unendlichen Strom an kurzen Reizen das Zeitgefühl ausschalten.

Zwar sind Meta & Co. gemäß der EU-Verordnung „Digital Services Act“ verpflichtet, ihre Daten für Forschungszwecke zu teilen – doch halten sie sich nicht daran. „Ich habe schon öfter an die Plattform geschrieben und gefragt, ob wir die Daten bekommen können. Doch da kommt überhaupt keine Rückmeldung zurück. Als Forscherin habe ich keine finanziellen Ressourcen, um dem juristisch nachzugehen“, berichtet die Psychologin Julia Brailovskaia, die zu Online-Mediennutzung und psychischer Gesundheit forscht.



Die großen Tiere halten die von Bäumen durchgezogene Weidelandschaft sauber

Spaniens wilde Feuerwehr

Der Wisent ist Spaniens neuer Star im Tourismus und im Brandschutzsektor. Doch die Wiederansiedelung der fast ausgestorbenen Art sorgt auch für Kritik

Aus Madrid und El Recuenco **Reiner Wandler** (Text und Fotos)

An einem Freitag Ende Juli ließ Raúl Rodríguez seine Tiere frei und seine Finca hinter sich. Es war der letzte Augenblick, bevor der Waldbrand, der tags zuvor durch einen in Brand geratenen Pkw ausgelöst worden war, nur 50 Autominuten westlich von Madrid 30.000 Hektar Land verschlang.

Als der 45-Jährige ein paar Tage später zurück kehren konnte, traute er seinen Augen nicht. Auf der einen Seite des Maschendrahtzaunes war die Erde schwarz verbrannt, auf der anderen Seite aber war das Gelände vom Feuer verschont geblieben. Die Flammen hatten die riesige Finca eingeschlossen, konnten aber nur an wenigen Stellen eindringen. „Das haben wir den Tieren zu verdanken“, ist sich Rodríguez sicher. „Sie haben alles abgegrast und haben so eine Art natürliche Brandschneise geschaffen.“

Mit den Tieren meint er vor allem die sieben Wisente, die er seit mehr als einem Jahr auf dem Gelände hält. Diese größte Rinderart Europas frisst täglich bis zu 60 Kilogramm – Gras, aber auch viel holziges Gestrüpp und herumliegende Rinde. Das hält die von Bäumen durchgezogene Weidelandschaft sauber. Die Tiere tragen damit auf natürliche Art zur Brandverhinderung bei. „Das ist schon länger ausreichend dokumentiert“, sagt Rodríguez. Aber es mit eigenen Augen zu sehen, sei noch einmal etwas ganz anderes.

Der Immobilienhändler ist erleichtert. Er hat einen Großteil seiner Gewinne hier investiert und anders als seine Nachbarn beim Brand nur wenig verloren. Auf 50 seiner 240 Hektar Land entsteht derzeit ein privater Naturpark, der Bisonte Park Madrid. Neben dem europäischen Bison, wie der Wisent in Spanien heißt, lebt hier allerlei Rotwild und auch exotischeres wie etwa Mufflons, die einst aus Asien nach Europa kamen.

Weiter unten auf der Finca züchtet er mit seinem Bruder Jesús und einem dritten Partner auch Rassepferde und Kampfstiere. Doch sein Herz hängt an den Wisenten. „Einst gehörten sie hierher, waren auf der iberischen Halbinsel heimisch“, sagt Rodríguez und verweist auf Höhlenmalereien in dem weltweit bekannten Altamira.

„Die Wisente halten nicht nur die Landschaft sauber, sie verändern sie, indem sie wieder Freiflächen zwischen den Bäumen schaffen“, erklärt Rodríguez, als er im ausgedienten Militärgeländewagen übers Gelände fährt – immer entlang des Weges, auf dem ab Oktober, wenn der Park aufmacht, die Besucher die Fauna und Flora bestaunen sollen. „Familien, Schulklassen, Studenten ...“, zählt er auf, an wen sich sein Geschäftsmodell richtet. Die Besucher sol-

len gegen Eintrittsgelder die Tiere hautnah erleben, ohne Zaun, in halbfreier Wildbahn.

Die beiden Brüder, die in einem Dorf in der Provinz Toledo aufgewachsen sind, finden die Wisentherde schließlich unweit eines großen Zelttes, in dem in Zukunft Vorträge gehalten werden sollen. Bis zu 50 Meter lassen die Tiere Menschen an sich heran, bevor das riesige Männchen leicht faucht und mit entschlossener Körperhaltung herüberschaut.

„Das haben wir den Tieren zu verdanken. Sie haben alles abgegrast und haben so eine natürliche Brandschneise geschaffen“

Raúl Rodríguez, Unternehmer

„Nach dem Feuer sind alle Tiere hier nervöser als zuvor“, sagt Rodríguez. Die Wisente besonders, denn unter den Tieren befindet sich ein ganz junges Kalb, geboren kurz vor dem Brand. Sie haben es Phönix genannt, wie der mythischer Vogel, der aus seiner Asche wieder neu entsteht. Schon jetzt, Monate bevor der Park öffnen wird, ist der Kleine ein Star. Er und seine Herde, die die Finca vor dem Brand schützten, gingen durch die gesamte spanische Presse und durchs Fernsehen.

Natürlich kennt auch Enrique Collado, knapp drei Autostunden weiter im Osten im kleinen Ort El Recuenco, diese Reportagen. Der 29-Jährige ist Bürgermeister und setzt große Hoffnungen in der Wisente. „Der Gemeinde gehören 6.000 Hektar Wald und Wiesen“, sagt der Ortsvorsteher des 80-Seelen-Dorfes. Ein Teil davon soll jetzt mit Wisenten gepflegt werden. Seit Januar weidet ein paar Kilometer außerhalb des Ortes eine neunköpfige Herde auf 400 Hektar Land, umgeben von Elektrozaun.

Die Gegend in Zentralspanien, in der die Provinzen Guadalajara, Cuenca und Teruel zusammentreffen, ist so dünn besiedelt wie sonst in Westeuropa nur Lappland. „Wir haben keine Schaf- und Ziegenherden mehr, niemanden, der vom Holz lebt“, erklärt der junge Kommunalpolitiker, warum der Wald so vernachlässigt aussieht.

Schon vor Jahrzehnten wanderte ein Großteil der Bevölkerung ab, darunter auch die Eltern von Collado. Er wurde in Madrid geboren,

Lidia Valverde,
Sprecherin von
Rewilding
Spain: „30 bis
40 Prozent der
Nahrung der
Wisente sind
hölzernes
Gestrüpp“



studierte dort Telekommunikationstechnik und kam vor ein paar Jahren ins Dorf seiner Eltern, um dort zu leben, wo er immer die Sommerferien mit dem Großvater verbracht hatte. Die Landschaft sauber zu halten, damit ein mögliches Feuer keine Nahrung findet, sei mit menschlicher Arbeit so gut wie unmöglich. „Wir haben weder Personal noch das Geld dafür“, gibt Collado zu bedenken. 1.200 bis 3.000 Euro würde es pro Hektar kosten, die Wälder mit Waldarbeitern sauber zu halten. „Die Wisente sollen nach und nach diese Arbeit übernehmen – weitgehend kostenlos.“ Dass dieser Plan funktionierten kann, glaubt auch Lidia Valverde, Sprecherin von Rewilding Spain: „30 bis 40 Prozent der Nahrung der Wisente sind hölzernes Gestrüpp, das weidet keine andere Tierart ab“. Ziel der Organisation ist es, ausgestorbene Tiere neu anzusiedeln, ihre Arbeit versteht sie als „Renaturierungsinitiative, um beschädigte oder verloren gegangene ökologische Prozesse in dem Gebiet wie-

europa, so etwa in Polen, gab es noch Exemplare. „Wir untersuchen, inwieweit sich die Tiere an das mediterrane Klima anpassen“, sagt Valverde. Bisher gebe es keine Probleme. Etwas, was auch die Betreiber des Bisons Parks Madrid bestätigen. Die Tiere vertragen die heißen trockenen Sommer gut, heißt es dort. „Wir wollen, dass unsere Projekte auch positive Auswirkungen auf die Dörfer haben, als Motor für eine wirtschaftlich soziale Entwicklung dienen“, sagt Valverde. Und tatsächlich ist es der Tourismus, der den Dörfern, aus denen einst die Menschen in Scharen abwanderten, wieder eine Perspektive gibt. Es entstehen neue Landhäuser für Urlauber*innen, es gibt wieder genügend Kundschaft für Gastronomie und Einzelhandel und es kommen Menschen, die sich dem Ökotourismus widmen. „El Recuenco ist von 60 auf 80 feste Einwohner angewachsen. Wir haben sogar wieder genug Kinder, um die Schule zu öffnen“, sagt Bürgermeister Collado. 3 sind dafür nötig, 5 sind es

und Pilzesuchen im Herbst – es gibt immer Kundschaft. Natürlich verdiene er weniger als früher. „Aber ich habe einen Traum wahr gemacht, ich lebe in einem der am naturbelassensten Gebiete Spaniens“, sagt Casanova. Noch als Städter sei er Wochenende für Wochenende auf einem Campingplatz in der Region zu Besuch gewesen. Die Wisentsichtungen für die kommenden Wochen sind ausgebucht. Sie seien ein riesiger Tourismusmagnet. So große Tiere und dann auch noch in weitgehend freier Wildbahn, das sei ein einzigartiges Erlebnis. „Klar kannst du auch ohne Führung hierherkommen, es ist ja ein öffentliches Waldstück, aber die Chance, sie zu sehen, ist mit uns größer“, sagt Casanova. Reiseleiter wie er bekommen von Rewilding Spain kostenlosen Zugang zu den GPS-Daten der Herde. Aber auch das ist nicht immer eine Erfolgsgarantie. Am Vortag sollen Touristen mit freilaufenden Hunden im Wald gewesen sein, trotz strikten Verbots. Das habe die Tiere verschreckt. Die Herde hat sich tief ins dichte Unterholz zurückgezogen. Die GPS-Sender haben keinen Empfang. Nur ein Männchen lässt sich an einer Wasserstelle blicken.

die Natur. Invasive Arten seien für 60 Prozent aller Artenausrottungen verantwortlich, mahnt er, und die Folgen seien wegen der komplexen Wechselwirkungen zwischen den Ökosystemkomponenten nicht vorhersehbar. Die Wisente könnten etwa Rotwild das Futter streitig machen und es so verdrängen. Solange die Gefahren nicht genau untersucht würden, dürften die Wisente gar nicht erst ausgesetzt werden. An den Universitäten des Baskenlandes und im britischen Manchester untersuchen sie daher die Auswirkung der Ansiedlung der Wisente auf die Ökosysteme und auf die Tiere selbst. Die Studien werden wichtig sein, wenn es darum geht, irgendwann einmal zu entscheiden, ob Tiere ganz ausgewildert werden, anstatt sie nur halbfrei zu halten. „Noch liegen keine endgültigen Ergebnisse vor“, sagt Jurgi Cristóbal von der Universität des Baskenlandes. „Es geht darum, herauszufinden, in welchen Klimazonen sie leben können“, sagt er. Bisher sehe alles danach aus, dass die Tiere die heißen Sommer in Guadaluja gut vertragen. Auch der Winter, wenn die Temperaturen hier deutlich unter Null Grad sinken, sei kein Problem. „Die Wisente passen sich gut an unterschiedliche Gegebenheiten an“, glaubt Cristóbal. Und sie gehörten eben nicht zu einer völlig fremden Art, sagt der Forscher und verweist auf eine neuste Entdeckung in Nordspanien. Dort wurden Knochen eines Wisents mit einer Pfeilspitze aus Bronze gefunden. Erste DNA-Untersuchungen ergaben, dass es sich um einen europäischen Bison und nicht um den südeuropäischen, völlig ausgestorbenen, Steppenbison handelt, berichtet Cristóbal. Sollte sich das bestätigen, wäre es der Beweis, dass zumindest in der Bronzezeit die Wisente, wie wir sie heute noch kennen, auf der iberischen Halbinsel waren. In einer der laufenden Untersuchungen vergleichen Forschende derzeit das Gelände, auf dem die Wisente weiden, mit einem unberührten Vergleichsgrundstück. Und es zeigt sich: Das, was die Wisente abweiden, fressen weder Kühe noch Schafe noch Ziegen noch Rotwild. Und genau diese ökologische Leerstelle sei es gewesen, die der Natur geschadet habe.



Ihr Gelände wurde von den mächtigen Waldbränden verschont: Die Brüder Raúl und Jesús Rodríguez

derherzustellen“, wie es heißt. Und Teil des Planes ist auch die Herde in El Recuenco. Die Tiere stammen ebenso wie die im Bisons Park bei Madrid von einem Züchter in der Provinz Segovia in Zentralspanien. Der wiederum bekam die ersten Exemplare aus Osteuropa. Neben den Wisenten hält Rewilding Przewalski-Pferde und Tauros, eine Rückzüchtung aus Holland, die dem Ur-Rind sehr nahe kommt. „Die Wisente waren in ganz Europa so gut wie ausgestorben“, sagt Valverde. Nur in Ost-

mittlerweile im Ort. Der Antrag bei der Schulbehörde läuft. Ximo Casanova ist einer von denen, die sich einem neuen Leben hier inmitten der Natur verschrieben haben. Der 55-jährige hat seine Autowerkstatt am Mittelmeer unweit von Valencia verkauft und sich in der Region niedergelassen. Nach einer Ausbildung als Wanderführer und Leiter für astronomische Beobachtungen und Pilzkunde führt er jetzt Besucher aus den Großstädten durch die Natur. Geführte Wanderungen, Mountainbiketouren

„Ich habe einen Traum wahr gemacht, ich lebe in einem der am naturbelassensten Gebiete Spaniens“

Ximo Casanova, Naturführer

Ruhig, aber angespannt schaut es zu der Menschengruppe herüber. Die Schilder überall an den Eingängen zum Waldstück mahnen 100 Meter Mindestabstand an. Angesichts der beeindruckenden Größe der Tiere versteht sich das von selbst. Während die Presse die Ansiedlung der Wisente mit Ausdrücken wie „historisches Ereignis“ oder „zum ersten Mal seit Jahrtausenden“ feiert, sorgt das Projekt für Debatten unter Wissenschaftlern. Die Wisente, die es einst in Spanien gab, gehören nicht zur gleichen Rasse wie die aus Osteuropa, kritisieren manche. „Die Einführung einer Art in eine fremde Umgebung ist ein riskantes Unterfangen, wie die Beispiele der Kaninchen in Australien oder der Amerikanischen Flusskrebse in Europa zeigen“, warnt deshalb Carlos Nores. Der pensionierte Professor von der Universität Oviedo und Sprecher einer Forschergruppe warnt vor irreversiblen Schäden für



Dieser Artikel wurde möglich durch finanzielle Unterstützung des **Recherchefonds Ausland e. V.** taz.de/auslandsrecherche

Anzeige

Der neue Atlas der Globalisierung mit über 250 Karten und Grafiken

26 Euro | shop@taz.de | T. (030) 25 90 21 38

Jetzt bestellen

Arbeit soll sich wieder lohnen, aber ganz ohne Druck

Die Arbeiterwohlfahrt lobt den Plan der Regierung, Sozialleistungen zusammenzulegen. Bei den Hinzuverdienstregeln hätte er es aber gern großzügiger

Von Tobias Schulze

Den einen oder die andere wird es erstaunen, aber: Wohlfahrtsverbände finden nicht alles schlecht, was die Bundesregierung plant. Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) lobt beispielsweise explizit den Kern der Sozialstaatsreform, an der das Sozialministerium gerade arbeitet. Sie soll das Sozialsystem einfacher machen und mehrere Leistungen bündeln: Auf der einen Seite die Grundsicherung (für Menschen mit keinem bis wenig Einkommen), auf der anderen Seite Wohngeld und Kinderzuschlag (für Menschen, die etwas mehr, aber trotzdem nicht genug verdienen).

Ein eigener Reformvorschlag, den die AWO am Mittwoch vorstellte, übernimmt diese Grundidee. „Unser Sozialstaat ist zu komplex und bürokratisch“, sagte Vorstandsreferent Lukas Hochscheidt am Vormittag bei der Präsentation des Konzepts. Das System sei in die Jahre gekommen und brauche eine „Generalsanierung“.

Einen zentralen Unterschied zwischen den beiden Konzepten gibt es aber doch: Betroffene, die neben dem Leistungsbezug auch arbeiten, hätten nach den Vorstellungen der AWO mehr Geld in der Tasche als

„Unser Sozialstaat ist zu komplex und bürokratisch.“

Lukas Hochscheidt, AWO

nach denen der Regierung. Im Reformansatz der AWO gebe es „keine systematischen Schlechterstellungen durch eine Veränderung der Hinzuverdienstregeln“, sagte Hochscheidt.

Derzeit dürfen Grundsicherungsempfänger*innen die ersten 100 Euro, die sie selbst verdienen, behalten. Erst jeder weitere Euro wird auf die Leistung angerechnet. Die Regierung plant, diesen Freibetrag auf 50 Euro abzusenken. Höhere Einkommen sollen dafür weniger stark angerechnet werden als bisher. So soll der Anreiz steigen, mehr zu arbeiten.

Die AWO will den Freibetrag nicht antasten. Aus der Praxis in der Arbeitsmarktförderung wisse man nämlich: Auch Tätigkeiten mit geringem Stundenumfang könnten später zu regulären, umfangreicheren Jobs führen.

Bei höheren Einkommen will gleichzeitig auch die AWO die Sozialleistung weniger stark abschmelzen als bisher. Außerdem will sie einen „Erwerbsbooster“ von 100 Euro an jeden Leistungsberechtigten zahlen, der über den Umfang eines Minijobs hinaus arbeitet. Für Alleinerziehende soll es einen zusätzlichen Freibetrag geben.

Der AWO zufolge würde das Modell sowohl Arbeitsanreize setzen als auch Armut bekämpfen. Sie beruft sich auf Zahlen des Ifo-Instituts, das das Modell in ihrem Auftrag durchgerechnet hat. Die Wirtschaftswissenschaftler*innen kamen dabei auf 322.000 zusätzliche Arbeitskräfte und eine um 0,9 Prozentpunkte gesunkene Armutsquote – aber auch auf Mehrkosten in Höhe von mindestens 5,36 Milliarden Euro.

„Armutsbekämpfung bekommt man nicht zum Nulltarif“, heißt es dazu vom Verband. Zur Gegenfinanzierung schlug Vorstandsreferent Hochscheidt unter anderem vor, den Kinderfreibetrag abzuschaffen, durch den Gutverdiener*innen einen Vorteil gegenüber Kindergeldempfänger*innen mit niedrigeren Einkommen haben.

Sein Kollege Lukas Werner verwies darauf, dass sich die AWO mit ihrem Reformvorschlag noch zurückgehalten habe: Dass aus Sicht des Verbands die Grundsicherung an sich erhöht werden müsse, auch jenseits der Hinzuverdienstregeln, sei in das Modell gar nicht erst eingeflossen. Es handele sich also schon um „einen Kompromissvorschlag im Lichte der politischen Realitäten“.

Fußfessel hilft gegen gewalttätige Männer

Eigentlich kann die elektronische Fußfessel zum Schutz vor häuslicher Gewalt erst ab Juli 2027 angeordnet werden. Dennoch gab es schon knapp 80 Fälle

Aus Freiburg Christian Rath

Auch in Deutschland hat sich die elektronische Fußfessel nach spanischem Modell bereits bewährt. Seit Anfang 2025 wurden in 79 Fällen Frauen mit Ortungsgeräten ausgestattet, die anzeigen, wenn sich der Mann nähert, der sie bedroht. Es gab bislang keinen Übergriff.

Bei der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (so der offizielle Name der „elektronischen Fußfessel“) trägt normalerweise nur der Mann einen GPS-Sender. Damit kann kontrolliert werden, dass er zu festgelegten Zeiten in der Wohnung oder am Arbeitsplatz ist. Es kann auch überwacht werden, dass er bestimmte Orte nicht betreten darf, etwa Kindergärten oder Spielplätze. Die Fußfessel wird in Deutschland seit 2012 bei entlassenen Straftätern im Rahmen der Führungsaufsicht angewandt.

Im Juli beschloss der Bundestag zusätzlich eine Änderung des Gewaltschutzgesetzes. Künftig kann die elektronische Fußfessel auch bei gewalttätigen Männern

angewandt werden, wenn ein hohes Risiko besteht, dass sie Annäherungsverbote missachten. So gibt der GPS-Sender am Fuß des Mannes Alarm, wenn er sich der Wohnung der tyrannisierten Frau nähert. Nach dem spanischen Modell erhält die Frau, wenn sie will, aber auch ein eigenes GPS-Ortungsgerät, damit sie auch das Haus verlassen und weiter ihr Leben führen kann. Sie erhält damit eine mobile Schutzzone von meist 200 Metern. In Spanien wird dies bereits seit 2009 praktiziert und es gab noch keinen Mord an einer geschützten Frau.

In Deutschland ist für die Umsetzung des spanischen Modells die Gemeinsame Überwachungsstelle der Länder (GÜL) in Hessen zuständig. Sie überwacht bereits seit 2012 die normalen Fußfesselinsätze und beruht auf einem Staatsvertrag der Länder.

Konkret funktioniert die DV-Technik so: Wenn der Aggressor in der Stadt der geschützten Frau zu nahe kommt, dann werden die Frau und die Überwachungsstelle informiert. Der Aggressor mit

dem Fußsender bekommt aber keine Nachricht, damit er nicht erfährt, wo sich die Frau gerade aufhält. Die GÜL bespricht dann mit der Frau, wohin sie sich bewegen kann. Im Zweifel muss sie wieder nach Hause. Die Mitarbeiter:innen der Überwachungs-

Nach dem spanischen Modell erhält die Frau ein GPS-Ortungsgerät, damit sie das Haus verlassen kann

stelle sind im Schichtbetrieb rund um die Uhr im Einsatz. Als ausgebildete Sozialarbeiter:innen sollen sie den Frauen auch in angespannten Situationen empathisch zur Seite stehen.

Eigentlich tritt die Änderung des Gewaltschutzgesetzes erst am 1. Juli 2027 in Kraft. Doch die GÜL hat die entsprechenden Ortungsgeräte für die Frauen, die sogenannte DV-Technik (DV =

Domestic Violence, häusliche Gewalt) bereits Ende 2024 angeschafft und im Januar 2025 in Betrieb genommen. 86 DV-Geräte stehen der Überwachungsstelle schon zur Verfügung. Diese wurden in 79 Fällen bereits genutzt, wovon 43 Anwendungen inzwischen beendet sind. Maximal 51 DV-Einheiten waren gleichzeitig im Einsatz, erklärte das hessische Justizministerium auf Anfrage der taz.

Rechtlich möglich war der sofortige Einsatz der DV-Geräte, weil ein Großteil der Bundesländer bereits entsprechende Regelungen in ihren Polizeigesetzen hat. Außerdem wird das spanische Modell nun auch bei entlassenen Straftätern im Rahmen der Führungsaufsicht angewandt, wenn Gefahr für ihre Ex-Partnerinnen droht.

Bisher bestätigt sich der spanische Erfolg. Es gab in Deutschland nicht nur keinen Mord, sondern überhaupt keine Übergriffe auf geschützte Frauen, so das hessische Justizministerium. Wie viele Alarmmeldungen es im Zusammenhang mit den mobilen Schutzzonen bisher gab und wie oft die Polizei eingeschaltet werden musste, ist allerdings nicht bekannt. Die Fälle mit DV-Technik werden von der GÜL statistisch nicht gesondert erfasst. Insgesamt gab es nach 1,5 Prozent der technischen „Ereignismeldungen“ einen Polizeieinsatz.

Ab dem 1. Juli 2027, wenn die neue bundeseinheitliche Regelung in Kraft tritt, wird sich der Einsatz der DV-Technik vermutlich deutlich ausweiten. Die Bundesregierung ging in ihrem Gesetzentwurf von bis zu 160 gleichzeitigen Fällen aus. Das hessische Ministerium rechnet sogar mit 525 parallelen Fällen.

Deshalb müssen beim GÜL nicht nur weitere DV-Geräte angeschafft, sondern es muss auch viel neues Personal eingestellt werden. Von derzeit 31 Beschäftigten soll die Überwachungsstelle auf über hundert Mitarbeiter:innen anwachsen. Außerdem zieht die GÜL Anfang 2027 nach Darmstadt um. Die bisherigen Räume in der JVA Weiterstadt werden ihr zu klein.

Ein Mann trägt im Landeskriminalamt Niedersachsen eine elektronische Fußfessel
Foto: Julian Stratenschulte/dpa



Zweiter Verdächtiger gefasst

In Kroatien wurde ein Ukrainer wegen der Sprengungen an Nord-Stream-Pipelines festgenommen. Er geht den Ermittlern nicht das erste Mal ins Netz

Vier Jahre nach den Anschlägen auf die Nord-Stream-Pipelines ist ein zweiter Verdächtiger gefasst worden. Die Bundesanwaltschaft ließ den Ukrainer Wolodymyr Z. in Kroatien von dortigen Beamten festnehmen, wie die Karlsruher Behörde mitteilte. Sie wirft ihm unter anderem das gemeinschaftliche Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion vor. Bei dem Festgenommenen handelt es sich um den Mann, der im Herbst 2025 bereits in Polen festgenommen worden war. Die polnische Justiz lehnte den deutschen Auslieferungsantrag damals ab, der Ukrainer kam frei.

Der Mann soll laut Bundesanwaltschaft als ausgebildeter Taucher an den Tauchgängen in der Ostsee beteiligt gewesen sein, bei denen die Sprengsätze

an den Gasleitungen platziert wurden. Für den Transport nutzten er und seine Mittäter demzufolge eine Segeljacht, die aus Rostock startete. Mithilfe gefälschter Ausweispapiere soll diese über Mittelsmänner bei einem deutschen Unternehmen angemietet worden sein.

Mehrere Sprengungen in der Nähe der dänischen Ostseeinsel Bornholm hatten die beiden Nord-Stream-Pipelines im September 2022 so sehr beschädigt, dass kein Gas mehr durchgeleitet werden konnte. Durch Nord Stream 1 floss vorher russisches Erdgas nach Deutschland, Nord Stream 2 war noch nicht in Betrieb.

Bislang wurde für die Anschläge niemand zur Rechenschaft gezogen. Ende August 2025 konnte der mutmaßli-



Anschlag in der Ostsee 2022 Foto: Andrei Khalip/Reuters

che Drahtzieher der Operation, Serhij K., auf Grundlage eines Europäischen Haftbefehls an der Adriaküste gefasst werden. Er war dort im Urlaub mit sei-

ner Familie. Die Bundesanwaltschaft hat vor einigen Wochen Anklage gegen ihn am Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg erhoben. (dpa)

Ausgebrannt aus dem Amt

Jens Marco Scherf war der erste grüne Landrat Deutschlands. Sein Amt machte ihn am Ende krank. Mit den Folgen hat er nach wie vor zu kämpfen

Von **Pascal Maier**



Jens Marco Scherf war als Landrat permanent im Krisenmodus: Nach Corona, Angriffskrieg und Energiekrise wurde es irgendwann zu viel Foto: Pascal Maier

Die Wahl meines Nachfolgers war für mich eine enorme Entlastung“, sagt Jens Marco Scherf sichtlich entspannt. Er war einer der beiden ersten Grünen-Landräte Deutschlands – und das im konservativ geprägten unterfränkischen Landkreis Miltenberg. Auf seine eigene Art war er der Winfried Kretschmann Bayerns, also ein konservativer Grüner mit Regierungsverantwortung. Nach großer Euphorie zu Beginn hat ihn sein Amt aber letztlich krank gemacht.

„Ich glaube, es ist Lilienpink“, überlegt Scherf, während seine 16-jährige Tochter den hellen Rosaton mit einer Farbwalze auf die Wand ihres Zimmers aufträgt. Sie ist die zweitjüngste von vier Kindern und streicht gemeinsam mit einer Freundin ihr neues Zimmer. Für seinen Lebensabschnitt nach dem Amt hat sich Scherf mit seiner Frau ein kleines Einfamilienhaus in der Kleinstadt Erlenbach am Main gekauft.

Auf dem Küchentresen liegt eine Werkzeugkiste, die Wohnung ist noch spärlich eingerichtet. „Das ist für mich jetzt ein schönes Projekt“, sagt der Altlandrat. Er sei seit Ende April offiziell wieder gesund, was seine Diagnose „Erschöpfung mit mittelschweren depressiven Phasen“ angehe. Er könne aber immer noch nicht arbeiten und leide nach wie vor unter einer schweren Tagmüde: „Heute ist der erste Tag ohne Müdigkeit, die letzte Woche war schlimm.“

Politik kann ein hartes Geschäft sein: Auch der ehemalige SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert erkannte das für sich rechtzeitig und zog sich im Oktober 2024 aus der großen Parteipolitik zurück. „Die Energie, die für mein Amt und einen Wahlkampf nötig ist, brauche ich auf absehbare Zeit, um wieder gesund zu werden“, sagte Kühnert damals.

Jens Marco Scherf hat den Absprung nicht rechtzeitig geschafft. Dabei hatte alles so gut für ihn angefangen: In einer denkwürdigen Stichwahl wurde Scherf 2014 mit einer hauchdünnen Mehrheit von nur 40 Stimmen zum Miltenberger Landrat gewählt. Ein Grüner als Landrat, das war für den unterfränkischen Landkreis, für Bayern und für ganz Deutschland

bis dato ein Novum – eine politische Sensation.

Nachdem das CSU-Urgestein Roland Schwing, der den Landkreis 28 Jahre lang fest im Griff hatte, nicht mehr zur Wahl antrat, gab es ein Momentum für frischen Wind. Doch am Ende hat Scherf vor allem als Persönlichkeit die Wahl gewonnen – nicht als Grüner.

Nach großer Euphorie folgten bei dem nach außen so selbstbewusst wirkenden Scherf noch am Wahlabend die Selbstzweifel. Als er nachts um zwei endlich in seinem Bett lag, habe er sich gefragt, ob er dem Amt gewachsen sei: „Was erwarten die

„Die Art und Weise der politischen Auseinandersetzung im Kreistag hat einen Anteil daran, dass mir irgendwann die Kräfte ausgegangen sind“

Jens Marco Scherf

alle von mir? Werde ich diesen Erwartungen gerecht?“

Die Menschen im Landkreis gaben ihm sechs Jahre später eine klare Antwort auf diese Frage: Scherf wurde gleich im ersten Wahlgang mit fast 70 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Doch fast gleichzeitig zu seiner Wiederwahl stufte die Weltgesundheitsorganisation den Ausbruch von Covid-19 als Pandemie ein.

Die Krise wurde damit zum Dauerzustand, was neben dem Klinikpersonal auch Scherf als Krisenmanager an die Belastungsgrenze brachte. Als sich die Pandemie endlich dem Ende zuneigte, hoffte Scherf auf eine Verschnaufpause. Doch es kam anders: Es folgte der russische Angriff auf die Ukraine, es kamen erneut Flüchtlinge, die versorgt werden mussten – dann die Energiekrise.

„Und dann habe ich 2023 gemerkt, dass eigentlich gar

nichts mehr geht“, sagt Jens Marco Scherf. Er habe depressive Phasen gehabt, in denen es ein Kraftakt gewesen sei, überhaupt morgens aus dem Bett zu kommen. Unter Migräne leide er zwar schon seit seiner Jugend, aber ab diesem Moment sei sie unerträglich geworden. Erfolge seien für ihn keine Motivation mehr gewesen und erholen habe er sich auch nicht mehr können: „Die Batterie lädt nicht mehr. Der Akku ist kaputt.“

Vielleicht hätte er damals mit einem klaren Schnitt und einem Klinikaufenthalt das Ruder noch herumreißen können, denkt Scherf heute. Aber er sei von den Krisen getrieben gewesen. Er hatte sich zwar schon vorher in Behandlung begeben, aber erst im März 2025 zog Scherf endgültig die Notbremse: Von da an ließ er die Amtsgeschäfte von seinem Stellvertreter übernehmen. Dass er nicht mehr als Landrat antreten würde, hatte er da schon bekanntgegeben.

Jetzt sitzt Scherf gemütlich in kurzer Hose und St.-Pauli-Shirt auf einem Gartenstuhl hinter seinem neuen Haus – in der linken Hand eine Kaffeetasche. Seit seiner Jugend ist der 52-jährige Fußballbegeistert und hat als Fan, Spieler und Schiedsrichter alle Rollen neben und auf dem Platz durch. Nachdem es ihm gesundheitlich etwas besser geht, pfeift er seit April wieder Spiele bis zur Kreisklasse.

Vor Kurzem habe er auf dem Rasen vier rote Karten an eine Mannschaft verteilen müssen, erzählt Jens Marco Scherf. Daraufhin habe ihn ein Zuschauer angeschrien: „Kein Wunder, dass du Burn-out hattest. So wie du pfeifst, bekommst du wieder einen!“ In diesem Moment habe er sich gefragt, ob er bei einem Herzinfarkt auch so angegangen worden wäre.

Mit dem Begriff „Burn-out“ hat sich Scherf bis zuletzt schwergetan – öffentlich hat er ihn stets vermieden. Er beginnt zu erklären, dass „Burn-out“ ja nicht die korrekte medizinische Bezeichnung sei, dann wird er aber doch nachdenklich. „Ich habe es nicht gesehen“, beschreibt Scherf seine Situation damals und schiebt sofort nach, eigentlich habe er es doch gesehen. Schließlich sagt er: „Ich wollte es nicht wahrhaben.“

Als Landrat hatte Scherf eine 70- bis 90-Stunden-Woche und

einen naturgemäß vollen Terminkalender. Am Wochenende war er meist auf Veranstaltungen, um mit den Menschen im Landkreis in Kontakt zu kommen. Das Landratsamt sei eine Art Schnittstelle zwischen Gesetzgeber und praktischer Umsetzung, sagt Scherf. Gerade deswegen sei der Austausch mit den Leuten extrem wichtig. Aber seit Beginn seiner Amtszeit sei die Anzahl der Gremien, Sitzungen und allgemein die Bürokratie immer mehr geworden. Zuletzt habe er die Gespräche gedanklich gar nicht mehr verarbeiten können.

Jens Marco Scherf ist über Parteigrenzen hinweg respektiert: Er wird als pragmatischer Landrat beschrieben, der den Landkreis gut durch die Krisen geführt hat. Auch der neue Vorsitzende der CSU-Kreistagsfraktion in Miltenberg, Jürgen Reinhard, sieht das so. Fügt aber hinzu, Scherfs größte Schwächen sei gewesen, dass er mit Widerrede nicht klargekommen sei. Andere Vorstellungen könne er „recht harsch“ mit einer „typischen Lehrermentalität“ abwiegeln.

Scherf, der gerade noch so entspannt in seinem Gartenstuhl saß, ist als ehemaliger Schulleiter davon sichtlich angefasst. Mit bebender Stimme sagt er: „Die Art und Weise der politischen Auseinandersetzung im Kreistag hat einen Anteil daran, dass mir irgendwann die Kräfte ausgegangen sind.“ Er wirft der CSU-Fraktion im Miltenberger Kreistag eine Blockadehaltung „wider jeglicher Vernunft“ vor. Jürgen Reinhard widerspricht und sagt, CSU-Vorschläge seien pauschal von Scherfs parteiübergreifendem Bündnis abgelehnt worden.

Scherf hat es als Landrat geschafft, Mehrheiten über sein vermeintlich linkes Lager hinaus zu organisieren – unter anderem, indem er mit den konservativen Freien Wählern eng zusammenarbeitete. Selbst beschreibt Scherf als Wertkonservativen, Liberalen bis Sozialliberalen. Während Winfried Kretschmann in den 70ern Maoist war, trat Jens Marco Scherf mit 14 Jahren der Jungen Union bei – milieubedingt, wie er selbst sagt. Drei Jahre später sei er wegen des homophoben Klimas innerhalb der CSU-Jugendorganisation wieder ausgetreten.

Mit 19 trat Scherf dann den Grünen bei – vor allem, weil er von der ostdeutschen Protestbewegung Bündnis 90 und dem Motiv Freiheit fasziniert war. Im Februar 2023 fin-

Man sieht es ihm auf den Fernsehbildern nicht an, aber zu diesem Zeitpunkt war Scherf schon krank. Ein Sprichwort sagt: Wer die Hitze nicht verträgt, der soll nicht in der Küche arbeiten. Gilt das letztlich auch für die Politik? Scherf stellt die Gegenfrage: Sei ein Politikbetrieb erstrebenswert, indem am Ende nur noch diejenigen eine Rolle spielen, die es aushielten, mit bloßen Händen in den Ofen zu greifen?

Eine hohe Resilienz, eine hohe Belastbarkeit, das seien eigentlich immer seine Stärken gewesen, sagt Scherf zurückgelehnt in seinem Gartenstuhl. Er wehre sich dagegen, seine Sensibilität negativ auszulegen. Er wolle kein Politiker sein, an dem die Folgen von schwierigen Entscheidungen einfach abperlen. Der 52-jährige hat erst mal keine Ambitionen mehr auf politische Ämter. Ab September möchte er für den Anfang wieder einen Tag in der Woche als Lehrer arbeiten.

Anzeige

Unterstützen Sie ...

Talent kennt keinen Lebenslauf

Wir suchen Menschen mit anderen Perspektiven – nicht mit dem perfekten CV. Pascal Maier und Ann Toma-Toader absolvieren seit Juni 2026 das taz panter-Volontariat.

taz panter-Volontariat
In 18 Monaten erlernen
die Volontär*innen in
der taz das
journalistische
Handwerk.
taz.de/stiftung

... mit einer Spende

taz.de/spenden
GLS-Bank Bochum / BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00

taz  **panterstiftung**



Foto: picture alliance/dpa | Danny Gohlke

taz  **forum**

Sachsen-Anhalt

Wetten, dass ... die Demokratie gewinnt?!

Bei der Wahl am 6. September Sachsen-Anhalt könnte die rechtsextreme AfD laut Umfragen die absolute Mehrheit erreichen. Es steht also viel auf dem Spiel.

Die taz diskutiert bei einer Veranstaltung in Magdeburg mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und den Spitzenkandidat:innen der demokratischen Parteien.

Live und im Stream

25. August 2026, ab 18:30 Uhr

Moritzhof, Moritzplatz 1, **39124 Magdeburg**
Eintritt frei

Krieg führt zu Bankrun

Menschen in Russland heben aktuell immer mehr Rubel von den Banken ab. Sie haben Angst davor, dass ihr Sparvermögen verstaatlicht wird

Von **Mathias Brüggmann**

Russlands Ukrainekrieg kommt immer mehr in der russischen Bevölkerung an – und mit ihm die Angst vor fatalen Folgen. Russische Sparerinnen und Anleger haben seit einigen Monaten mehr Geld von ihren Konten abgehoben als 2022, als das Land nach dem von Wladimir Putin entfachten Krieg von Panik erfasst wurde. Großunternehmen ziehen angesichts der Drohung von Enteignungen, wirtschaftlicher Instabilität durch die Kreml-Politik und ukrainischer Drohnenangriffe verstärkt Gelder ins Ausland ab.

Dies findet statt vor dem Hintergrund zunehmender Befürchtungen und Gerüchte, die russische Regierung könne in Kürze Sparguthaben zwangsumwandeln in Kriegsanleihen. Denn wegen der rasant wachsenden Kriegskosten, massiver Einnahmeverluste durch aufgrund ukrainischer Drohnenangriffe zerstörter Raffinerien, Fabriken und Großlager explodiert das Haushaltsdefizit: Es liegt schon jetzt mit umgerechnet 65 Milliarden Euro fast doppelt so hoch wie für das Gesamtjahr geplant war.

Hinzu kommt, dass aufgrund der Rezession in den zivilen Branchen der russischen Wirtschaft und nicht kostendeckenden staatlichen Preisen im Rüstungssektor die Zahl notleidender Kredite bei den Banken rasant steigt. In der Folge wächst die Angst der Bevölkerung, dass ihre Konten und Spareinlagen noch sicher sind.

Durch Massenabhebungen ist der Bargeldumlauf seit Jahresbeginn bis Mitte August kumuliert um 2,4 Billionen Rubel (fast 24 Milliarden Euro) gestiegen. Das ist mehr als im ersten Kriegsjahr 2022 (2,2 Billionen Rubel), als die Behörden nach Beginn der Invasion mit drakonischen Beschränkungen den Ansturm auf die Banken stoppen mussten. Nach einer Prognose der Sberbank könnte die Summe bis zum Jahresende noch auf 3,8 Billionen Rubel ansteigen.

„Das ist die Folge der Angst, dass der Staat etwas mit dem Bankensystem tun könnte, dass er die Einlagen verstaatlichen könnte“, sagte die frühere Mitarbeiterin der russischen Zentralbank, Alexandra Prokopenko, die jetzt am Carnegie Russia Eurasia Center in Berlin arbeitet. Finanzminister Anton Siluanow dementierte jegliche Verstaatlichungsabsichten.

„Wenn die Regierung Geld braucht, wird Putin Vermögen einfach konfiszieren“, sagte der Partner eines russischen Milliardärs der US-amerikanischen Tageszeitung *Washington Post* und fügte hinzu: „Wenn man die Möglichkeit hat, sein Geld abzu ziehen, tut man das.“ Die russische Zentralbank bezifferte die Kapitalflucht aus Russland allein im 2. Quartal auf 8,1 Milliarden Euro. Immer mehr reiche Menschen in Russland verlagern Gelder aus heimischen Banken zu Brokern in Kasachstan, Kirgistan und Armenien.

Offizielle russische Angaben belegen, dass das Land zwischen 2022 und Ende 2025 bereits Vermögenswerte im Umfang von umgerechnet ungefähr 72 Milliarden Euro verstaatlicht habe – Eigentum von unliebsamen russischen Unternehmen oder ausländischen Firmen, die Russland nach dem Überfall auf die Ukraine verlassen haben.

Hinzu kommt der psychische Druck durch immer mehr ukrainische Angriffe auf russische Raffinerien, Logistikzentren und Rüstungsfabriken. Die Regierung hat immer wieder das Internet abgeschaltet – und damit Geschäfte in Bereichen E-Commerce, Transport und Dienstleistungen abgewürgt. Die Drohneneinschläge in mehr als zwei Dutzend Logistikzentren der Internet-Handelsplattformen Wildberries und Ozon haben Waren in Milliardenhöhe verbrennen lassen – und damit Hunderttausende russische Lieferanten dem Bankrott nähergebracht.

Die ökonomische Lage wird immer verzwickter, die Schlangen vor Tankstellen werden wegen mangelnder Benzinversorgung immer länger. Aber eine unmittelbare Finanz- oder Bankenkrise steht nicht bevor: Russische Haushalte hatten vor der massiven Abhebungswelle Guthaben in Höhe von 713 Milliarden Euro angehäuft – so viel wie nie in der russischen Geschichte.

Zahl des Tages

8 Prozent

Auch bei der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) kommen die Auswirkungen der Hitze an. Laut Hauptgeschäftsführer Stephan Fasshauer gibt es ein erhöhtes Unfallrisiko durch Hitze. Häufigkeit und Intensität der Hitze hätten sich in der Vergangenheit verändert, erklärte Fasshauer: „Wir sehen den Effekt in unseren eigenen Daten: Ab 30 Grad gibt es etwa **8 Prozent mehr Arbeitsunfälle** als bei Temperaturen zwischen 10 und 15 Grad.“ Bei Wegeunfällen im Straßenverkehr seien es sogar rund 17 Prozent mehr. Für jemanden auf einem Gerüst, an einer Maschine oder hinter dem Steuer könne nachlassende Konzentration schwerwiegende Folgen haben, so Fasshauer. (dpa)

Kühle Räume für alle

Auch ohne Wohneigentum muss Hitzeschutz möglich sein, findet Justizministerin Hubig und will den Einbau von Klimaanlage für Mieter erleichtern

Bundesjustizministerin Stefanie Hubig will Mietern den Einbau von Klimaanlage erleichtern. Auch die „klassische Rechtspolitik“ könne einen Beitrag zum Hitzeschutz leisten, sagte die SPD-Politikerin der *Rheinischen Post*. „Ich denke insbesondere an das Mietrecht. Ich kann mir zum Beispiel vorstellen, dass wir es Mieterinnen und Mietern erleichtern, ihre Wohnungen mit Klimaanlage oder Sonnenblenden auszustatten.“

Hubig verwies darauf, dass es bei entsprechenden Vorhaben von Mietern derzeit einige Hindernisse gebe. „Wenn Hitzeschutz mit baulichen Veränderungen an der Wohnung verbunden ist, ist das bislang gar nicht so einfach.“ Es müssten per Gesetz „für beide Seiten klare und praktikable Regelungen“ geschaffen werden.

Mieter müssten bisher immer eine Erlaubnis des Vermieters einholen, so ein Sprecher des Justizministeriums. Geprüft werden solle, wie es vereinfacht werden könne, wenn sich Mieter „selber darum kümmern wollen, dass ihre Wohnung eben besser gegen Hitze geschützt ist“. Einen konkreten Zeitplan gebe es allerdings noch nicht, „das war jetzt ein erster Anstoß“, sagte der Sprecher.

Der Deutsche Mieterbund begrüßte Hubigs Äußerungen. „Jetzt kommt es darauf an, diesen Vorstoß schnell in konkrete gesetzliche Verbesserungen zu überführen“, sagte eine Sprecherin den Zeitungen der Medien-gruppe Bayern.

Der Eigentümerverband Haus & Grund sprach sich gegen Änderungen aus. Der Einbau einer Klimaanlage sei kom-

plex und bedeute „meist einen Eingriff in die Bausubstanz, ihre Statik und in den Energieverbrauch“. „Sinnvoller wäre es, zunächst die bestehenden Möglichkeiten auszuschöpfen, statt weitere gesetzliche Ansprüche zu schaffen“, erklärte der Verband.

Hubig unterstützte zudem die Idee, Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz zu verankern. „Ein besserer Schutz vor den Folgen des Klimawandels muss insgesamt zu einem Schwerpunktthema der Politik werden“, forderte sie. Dies sei auch „eine Frage der sozialen Gerechtigkeit“, weil die Folgen des Klimawandels nicht alle Menschen gleich betrafen: „Alte Menschen, Kinder, vulnerable Personen und arme Menschen leiden besonders stark unter Hitzewellen.“ (afp/dpa)



US-Finanzministerium in Washington
Foto: J. David Ake/AP Photo/picture alliance



„Trump tritt die Goldene Regel mit Füßen“

Investoren verlangten für langfristige US-Anleihen zuletzt so viel wie seit fast 20 Jahren nicht mehr. Ökonomen warnen bereits vor einer Schuldenkrise

Von **Simon Poelchau**

Donald Trump droht der von ihm selbst angehäuften Schuldenberg über den Kopf zu wachsen. „Die USA stecken in einer handfesten Schuldenkrise“, warnt der Ökonom Rudolf Hickel im Gespräch mit der taz. Der US-Präsident habe weltweit das Vertrauen der Finanzmärkte in die USA erschüttert.

Der Bremer Finanzmarktexperte und Mitgründer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik steht mit seiner Warnung vor den wachsenden US-Staatsschulden nicht alleine da. „Man muss sich um die Stabilität der globalen Anleihemärkte Sorgen machen“, sagte der neue Wirtschaftsweise Gabriel Felbermayr der Nachrichtenagentur Reuters. Das Schuldenmachen sei nun überall deutlich teurer. „Aber nicht nur das: Die Gefahr einer größeren globalen Staatsschuldenkrise ist aktuell sehr hoch.“

Der Grund für die lagerübergreifende Sorge der Ökonom*innen: Weltweit sind die Renditen, die Finanzinves-

toren für Staatsanleihen verlangen, zuletzt massiv in die Höhe geschossen. Besonders deutlich zeigte sich das gesunkene Vertrauen der Finanzmärkte bei langfristigen US-Staatsanleihen. Knapp 5,3 Prozent verlangen Investoren dieser Tage für US-Anleihen mit einer Laufzeit von 30 Jahren. Das ist so viel wie seit dem Beginn der Weltfinanzkrise 2007 nicht mehr.

„Das ganze Wirrwarr, das Trump erzeugt, lassen sich die Finanzmärkte gut bezahlen“

Thomas Theobald, IMK-Ökonom

„Trump treibt die Kosten mit seiner Politik nach oben“, warnt Hickel. Zunächst hat er mit seiner Zollpolitik den globalen Handel gestresst, jetzt sind die Öllieferketten durch den Krieg gestört, den der US-Präsident seit Anfang März zusammen mit Is-

rael gegen Iran führt. Die Folge ist, dass die Inflation sowohl jenseits als auch diesseits des Atlantiks wieder steigt. In der Eurozone lag sie im Juli bei 2,9 Prozent, wie das EU-Statistikamt am Mittwoch mitteilte. Die Gefahr steigender Leitzinsen durch die Zentralbanken dämpfen Erwartungen auf Wirtschaftswachstum.

Denn eine zu hohe Inflation bekämpfen Zentralbanken gerne mit Zinserhöhungen, was wiederum auch die Renditen der Staatsanleihen in die Höhe treibt. US-Ökonomen warnen deshalb, dass die Fed sich in einer Fiscal Trap, fiskalischen Falle, befände. Eigentlich müsste die US-Notenbank wegen der Inflation die Zinsen erhöhen. Doch dies würde die US-Zinsausgaben noch weiter steigen lassen, was Trump zu verhindern versucht und deswegen Druck auf die Fed ausübt. Denn bereits im vergangenen Jahr musste die US-Regierung 970 Milliarden Dollar für den Schuldendienst berapen. Dieses Jahr könnte es sogar mehr als 1 Billion Dollar sein.

„Das ganze Wirrwarr, das Trump erzeugt, lassen sich die Finanzmärkte gut bezahlen“, sagt auch Thomas Theobald vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der taz. „Es ist aber noch keine akute Staatsschuldenkrise.“ Was den Finanzmarktexperten optimistischer stimmt als Ökonom Hickel: Der US-Schuldenstand ist derzeit nicht auf Rekordniveau. Ende 2025 belief sich der Schuldenberg gemessen an der US-Wirtschaftsleistung auf knapp 124 Prozent. Zum Vergleich: Ende 2020 waren es rund 130 Prozent.

Nichtsdestotrotz haben die USA ein strukturelles Problem. Ihre Schulden sind nicht tragfähig. „Trump tritt die Goldene Regel mit Füßen“, sagt Hickel. Damit verweist der Ökonom auf eine Einsicht, wonach es durchaus sinnvoll sein kann, wenn der Staat Schulden macht. Wenn er nämlich damit Investitionen in die öffentliche Infrastruktur finanziert, die sich wiederum in Wirtschaftswachstum niederschlagen. So kann der Staat seine Schulden über steigende Steuereinnahmen refinanzieren.

Doch Trump bläht derzeit vor allem seinen Militärapparat auf. Ende Juli genehmigte das US-Repräsentantenhaus dem Pentagon ein Rekordbudget. Dies sieht für nächstes Jahr Haushaltsmittel in Höhe von 1,15 Billionen Dollar vor – fast ein Drittel mehr als das diesjährige Budget. Doch schafft mehr Geld für Waffen nicht sonderlich viel Wachstum. „Dadurch können die steigenden Staatsschulden nicht mit mehr Wachstum refinanziert werden“, sagt Hickel.

Ökonom Theobald weist zudem auf die Steuergeschenke hin, die Trump Reichen und Megareichen bereits im vergangenen Jahr mit seiner „Big Beautiful Bill“ machte. Der US-Präsident nannte sie „die größte Steuersenkung in der Geschichte“. „Auch da wurden die Staatsschulden nicht effizient verwendet, um Wachstum zu schaffen“, so Theobald.

All das lässt eben offenbar das Vertrauen in die USA auf den Finanzmärkten schwinden und die Renditeerwartungen steigen. Doch die US-Regierung hat noch ein weiteres Problem, das die Ökonomen mit Interesse beobachten: Auf der Suche nach frischem Kapital gerät die US-Regierung immer mehr in Konkurrenz mit den großen IT-Konzernen. Die wiederum brauchen das Geld, um in riesige Rechenzentren zu investieren, damit sie bei der KI-Wette nicht den Anschluss verlieren.

Aus Istanbul
Jürgen Gottschlich

Habib Altinkaya versteht sich als Umweltschützer. Er kommt aus Ulupinar, einem kleinen Ort an der Mittelmeerküste, westlich von Antalya. An diesem Strandabschnitt führt der auch international bekannte lykische Wanderweg vorbei, eine teils unberührte malerische Gegend. Einige Buchten sind nur zu Fuß oder mit dem Boot zu erreichen, die Unechten Karrettschildkröten legen hier ihre Eier ab. Doch in diesem Jahr bieten die scheinbar unberührten Buchten ein verstörendes Bild.

Überall hat sich Plastik abgelagert, nicht nur Haushaltsmüll, sondern kleingeschreddertes Plastik, das den gesamten Ufersaum bedeckt. Zusammen mit einigen Freunden organisierte Habib Altinkaya vor Kurzem eine Säuberungsaktion der Bucht bei Çıralı, die von Umweltschützern wegen der Eiablagen der Schildkröten besonders beobachtet wird.

Innerhalb von zwei Stunden füllten sie mehr als 20 große Müllsäcke. Pinar Özkaya, die in der Gegend ein Restaurant betreibt und sich an der Müllaktion beteiligte, schrieb im Internet später: „Eine solche Plastikverschmutzung wie im Moment habe ich hier an der Küste noch nie erlebt.“

Der Eindruck, den Pinar Özkaya in der Çıralı-Bucht bekam, ist kein örtliches Phänomen. Türkische Zeitungen berichten von einer nie dagewesenen Plastikverschmutzung fast an der gesamten Mittelmeerküste. Am berühmten Konyaalti-Stadtstrand von Antalya mussten die Touristen zeitweilig ihr Bad zurückstellen, bis die Müllabfuhr den Strand notdürftig gesäubert hatte.

Neben dem normalen Abfall, den viele Besucher trotz Mahnungen und Abfalleimern immer noch an den Stränden zurücklassen, hat die Plastikfracht an den Stränden eine weitere, in diesem Jahr offenbar entscheidende Ursache: Es sind Plastikabfälle die aus Recyclinganlagen am östlichen Ende der türkischen Mittelmeerküste stammen, genauer gesagt aus der Çukurova-Ebene nahe der Millionenstadt Adana.



Eine neugeborene Grüne Meeresschildkröte kämpft am Samandag-Strand in Hatay, Türkei, mit einem weggeworfenen Plastikbecher
Foto: Şebnem Coşkun/Anadolu Agency/Imago

Wo Europas Plastikmüll landet

An türkischen Stränden häuft sich Kunststoff wie nie zuvor.
Ein Grund ist, dass Exporte aus Europa wieder steigen

Die Çukurova-Ebene liegt zwischen den beiden Flüssen Seyhan und Ceyhan die hier ins Mittelmeer münden. Im Feuchtgebiet zwischen den beiden Flussmündungen liegt das größte Baumwollanbaug Gebiet der Türkei. Die Ebene ist von Bewässerungskanälen durchzogen, es ist im Sommer brütend heiß, kaum jemand lebt hier.

In diesem Gebiet haben sich über die Jahre etliche Recyclingfirmen angesiedelt, die Plastikmüll, hauptsächlich aus Europa verarbeiten. Die Firmen entstanden, als China 2018 die Einfuhr von Plastikmüll verbot und die EU sich nach anderen Gegenden umsah, um ihren Plastikmüll zu entsorgen.

Nach einem ersten Höhepunkt 2020, als die EU und Großbritannien gemeinsam über 600.000 Tonnen Plastikmüll in die Türkei schickten, gingen die Zahlen nach Protesten in der Türkei und europäischen Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace wieder etwas zurück um dann, wie der britische *Guardian* in diesem

August berichtete, im Jahr 2025 wieder auf über 640.000 Tonnen Plastikmüll anzusteigen.

Wie die Kammern der Ingenieure und Architekten feststellten, ist ein großer Teil des in die Türkei verschifften Plastikmülls für das Recycling gar nicht geeignet. Gegenüber dem *Guardian* sagte ein Sprecher, ein großer Teil des in Adana ankommenden Plastikmülls bestehe aus schmutzigem, kontaminierten Plastik, das verbrannt oder gleich im Fluss entsorgt würde. Rund 50 Prozent des aus der EU importierten Plastikmülls sei nur schlecht oder gar nicht zu recyceln.

Rund 60 Prozent aller Plastikmüllimporte aus der EU landen in der Çukurova-Ebene bei Adana. Von dort gerät der nicht ordnungsgemäß verarbeitete Plastikmüll ins Meer und wird dann durch die Strömung über Hunderte Kilometer die türkische Küste entlang nach Westen getrieben. Dazu gehört Mikroplastik, aber auch gut sichtbares, kleingeschreddertes Plastik, das mit der Brandung an die Strände geschwemmt wird.

Das Plastik verstört nicht nur die TouristInnen, die hier mit ihrem eigenen, aus der EU exportierten Müll konfrontiert werden, es ist vor allem für die Meeresbewohner, die das Zeug fressen oder deren Nahrungsketten dadurch gestört werden, ein großes Problem.

In Adana hat sich die Umweltorganisation Adana Ecology Platform gebildet, die seit Längerem dagegen protestiert, dass die Çukurova-Ebene zur Plastikmüllhalde Europas wird. Auch Greenpeace tritt seit Längerem dafür ein, dass die EU-Länder ihren Plastikabfall selbst recyceln oder fachgerecht entsorgen und nicht ihren Müll in Drittländern abladen.

Europäische Firmen, die sich laut EU-Verordnung eigentlich davon überzeugen müssten, dass ihr Abfall fachgerecht verarbeitet wird, kümmern sich offensichtlich nicht darum, wie man in der Türkei sehen kann. Was nutzt die beste Mülltrennung in Deutschland, wenn der Plastikmüll anschließend an der türkischen Küste landet.

Das könnte für ein wenig Umverteilung von oben nach unten führen: Alle bekämen dieselbe Summe – aber wer vorher besonders viel fossile Energie verbraucht hat, hätte viel mehr CO₂-Preis gezahlt als Klimageld bekommen. Andersherum könnten besonders klimafreundliche Menschen darüber sogar Geld verdienen. Statistisch gesehen gehören reiche Menschen eher zu der ersten und arme Menschen zu der zweiten Gruppe. Einen großen CO₂-Fußabdruck muss man sich schließlich erst mal leisten können.

Was der Staat über die CO₂-Preise einnimmt, landet derzeit im Klima- und Transformationsfonds des Bunds. Aus dem sollen Klimaschutzprojekte finanziert werden – das Geld ist also schon verbucht. Für ein zusätzliches Klimageld müsste es also neue Einnahmequellen geben – etwa die von Badum und auch Umweltverbänden wie Greenpeace vorgeschlagene Milliardensteuer.

Klimawandel heizt Europas Meere auf

Fast überall an Europas Küsten ist das Meerwasser extrem warm. Ohne den Klimawandel wären solche Temperaturen praktisch unmöglich, betonen Forscher

Nicht nur die Lufttemperaturen haben in diesem Sommer in vielen Ländern Europas Rekordwerte erreicht – auch die Meere um den Kontinent sind vielerorts besonders warm. Diese Wärme – mancherorts mehr als sechs Grad über den üblichen Temperaturen – geht zu einem großen Teil auf den Klimawandel zurück, schreibt ein internationales Forschungsteam der Organisation World Weather Attribution (WWA) in einem Bericht.

Demnach liegen die Temperaturen an fast allen europäischen Küsten teils deutlich über dem Durchschnitt des Zeitraums von 1990 bis 2020. Besonders stark betroffen sind das westliche Mittelmeer sowie am Atlantik der Golf von Biscaya und die Iberische Halbinsel.

Um den Einfluss der Erderwärmung zu ermitteln, verglich das Forschungsteam die Entwicklung der Juli-Temperaturen an der Meeresoberfläche mit Klimamodellen. Der Klimawandel habe – hauptsächlich durch die Verbrennung fossiler Energieträger wie Öl, Gas und Kohle – im Mittelmeer eine Erwärmung um etwa 2 Grad verursacht, in der Region um den Golf von Biscaya und die westliche Küste der Iberischen Halbinsel um 1,4 Grad und im Gebiet um Irland und an der britischen Westküste um etwa 1,3 Grad.

Im laufenden Jahr hätten 90 Prozent der Küsten am Golf von Biscaya und der Iberischen Halbinsel Hitzewellen erlebt, im westlichen Mittelmeer seien es 80 Prozent gewesen. Ohne die menschengemachte Erderwärmung, die derzeit etwa 1,4 Grad über dem vorindustriellen Niveau liegt, wären es den Berechnungen zufolge jeweils etwa 40 Prozent gewesen. Auch im östlichen Mittelmeer und in den Küstenregionen um Irland wären deutlich weniger Gebiete von Hitze betroffen gewesen.

Die Wärme der Ozeane könnten die Ökosysteme und Nahrungsketten im Meer schädigen und mitunter auch die Bestände etwa von Meeressäugern und Seevögeln dezimieren. So berichten Fischer im Südwesten von England seit 2025 zu einem deutlichen Anstieg des Vorkommens von Gemeinen Kraken (*Octopus vulgaris*), die eigentlich in den wärmeren Gewässern vor Nordafrika heimisch sind.

Zudem könnten die hohen Wassertemperaturen die Entstehung schwerer Stürme begünstigen, heißt es weiter. Als Beispiel dafür nennt das Team die schweren Überschwemmungen in der spanischen Region Valencia im Herbst 2024.

„Wärmeres Wasser zum Schwimmen mag für Strandbesucher in kühleren Ländern wie meinem eigenen verlockend klingen“, sagt Co-Autorin Claire Bergin von der irischen Maynooth University. „Aber die Folgen für das Leben im Meer unter der Oberfläche sind ernster.“

„Mit jeder zusätzlichen Tonne Kohlenstoff, die wir ausstoßen, drängen wir die Temperaturen und Ökosysteme der europäischen Küsten auf unbekanntes Terrain“, sagt Co-Autor Thomas Frölicher von der Universität Bern. Die Klimaforscherin Friederike Otto vom Imperial College London ergänzt, man könne sich nicht durch Anpassung herauswinden. „Ökosysteme sind um ihrer selbst willen wertvoll, aber auch viele Menschen und Wirtschaftszweige hängen davon ab, dass sich das Meer nicht so schnell erwärmt, wie es derzeit der Fall ist.“

Auch weltweit liegen die Meerestemperaturen derzeit auf Rekordniveau. Laut vorläufigen Daten der US-Wetter- und Ozeanografiebehörde NOAA lag die durchschnittliche globale Meerestemperatur am vorigen Sonntag bei 21,16 Grad. Der Wert liegt – bezogen auf dieses Datum – 0,75 Grad über dem Mittel der Jahre 1991 bis 2020 und 0,92 Grad über dem Durchschnitt der Jahre 1982 bis 2010. Der Wert bezieht sich auf die Temperatur zwischen den beiden 60. Breitengraden – lässt also die Polargebiete außen vor. (*dpa*)

Klingbeil plant keine Klima-Reichensteuer

Das SPD-geführte Finanzministerium prüft nicht, ob man Superreiche für ihre Klimabilanz gesondert zur Kasse bitten sollte. Gefragt hatten die Grünen

Von **Susanne Schwarz**

Die Bundesregierung erwägt nicht, Superreiche für ihre großen Klimaschäden besonders zur Verantwortung zu ziehen. Das geht aus der Antwort des Bundesfinanzministeriums von Lars Klingbeil (SPD) auf eine Frage der Bundestagsabgeordneten Lisa Badum (Grüne) hervor, die klimapolitische Sprecherin ihrer Fraktion ist. Das Schreiben liegt der taz vor.

Badum hatte gefragt, ob die Bundesregierung geprüft habe, ob Multimillionäre, die „aufgrund ihres Lebensstils und ihrer Vermögenswerte überproportional große Verantwortung an der Klimakrise tragen, einen entsprechenden finanziellen Beitrag zum Klimaschutz leisten sollten“.

Die Antwort von Michael Schrodri (SPD), parlamentarischer Staatssekretär im Finanzministerium, fällt kurz und knapp aus: „Die Bundesregierung hat keine Prüfung im Sinne der Fra-

gestellung durchgeführt.“ Bereits jetzt würden diejenigen, die stärker zum Klimawandel beitragen, „durch die in der Regel verursachergerechte Ausgestaltung klimabezogener Steuern und Abgaben“ einen größeren Anteil der damit verbundenen Kosten tragen.

Gemeint sind wohl die CO₂-Preise, die im Falle von Stromerzeugung und Industrie die EU erhebt, im Falle von Mobilität und Heizen Deutschland selbst. Unternehmen geben diese Kosten in der Regel an die Verbraucher*innen weiter. Wer also zum Beispiel mit einem schweren Auto mehr Benzin verbraucht oder fürs Beheizen einer großen Villa mehr Gas nutzt als die Durchschnittsperson, zahlt entsprechend auch einen höheren CO₂-Preis.

Für das Kerosin, mit dem Privatjets fliegen, fällt aber beispielsweise weder in Europa noch in Deutschland ein CO₂-Preis an. Und: In die schlechte Klimabilanz der Superreichen spielt nicht nur

ihr eigener Konsum hinein, sondern auch die „Arbeit des Gelds“, wenn es in fossile Geschäftsfelder investiert ist.

Laut der Entwicklungsorganisation Oxfam hatte das reichste Prozent der Weltbevölkerung rechnerisch bereits ab dem 11. Januar alle Treibhausgase ausgestoßen, die ihm für das gesamte Jahr 2026 zusteht – also die Menge CO₂, die pro Kopf jährlich emittiert werden darf, um die Erderwärmung im langfristigen Durchschnitt auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen.

Badum wünscht sich deshalb eine Milliardensteuer – und würde die Einnahmen in ein Klimageld fließen lassen. So eine regelmäßige Zahlung vom Staat an alle Bürger*innen, um Menschen bei finanziellen Belastungen durch Klimapolitik zu entlasten, ist schon lange im Gespräch. Klassischerweise ist die Idee, dass die staatlichen Einnahmen aus den CO₂-Preisen dafür genutzt werden.

Anzeige

taz 🐾 blogs

**Nicht zu fassen ...
aber zu lesen.**

Mutiges, Abseitiges und Tiefgründiges lesen
Sie auf den Blogs der taz: **taz.de/blogs**

62 Ghanaer im Krieg gegen die Ukraine gefallen

Ghanas Außenminister verlangt in Moskau ein Ende der russischen Praxis, Afrikaner zum Krieg in der Ukraine zu rekrutieren. Es gibt Tausende Betroffene

Aus Accra und Berlin **Russell Adadevoh** und **Dominic Johnson**

Über 62 Ghanaer sind im Einsatz für die russische Armee in der Ukraine gestorben und 15 weitere Ghanaer, die nach Russland gereist sind, werden bis heute vermisst. Das sagte Ghanas Außenminister Sam Okudzeto Ablakwa am Dienstag während seines laufenden Besuchs in Russland. Er äußerte sich in Moskau während einer Pressekonferenz mit seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow. In bilateralen Gesprächen habe er die Notwendigkeit betont, die illegale Rekrutierung von Ghanaern nach Russland zu beenden, sagte er. „Die Regierung Ghanas wird weiterhin in dieser Angelegenheit ihre Stimme erheben und sicherstellen, dass unsere Jugend geschützt wird“, erklärte Ablakwa und lobte eine Zusage der russischen Regierung, mit Ghana gemeinsam gegen illegale Rekrutierungen vorzugehen. „Dies ist nicht unser Krieg und er sollte keine ghanaischen Menschenleben fordern.“

Lawrow erklärte, ghanaische Staatsbürger hätten aus „Solidarität mit einem Land, dass ihnen geholfen hat, Rassismus zu bekämpfen“, sowie aus „materiellen und finanziellen Gründen“ Verträge mit dem russischen Verteidigungsministerium geschlossen. Mehrere Länder hätten sich aber inzwischen an Russlands Regierung mit der Bitte gewandt, diese Praxis zu beenden.

Aus zahlreichen afrikanischen Ländern sind junge Männer nach Russland gelockt, dort in die Armee integriert und an die Kriegsfrent in der Ukraine geschickt worden. Junge Frauen aus afrikanischen Ländern landen vielfach unfreiwillig in russischen Drohnenfabriken als Arbeitskräfte.

Am vergangenen Sonntag berichtete das Außenministerium der Ukraine, man wisse von 2.982 Menschen aus 27 afrikanischen Ländern, die in Russlands Streitkräften dienten. 486 davon seien bislang im Krieg gefallen. Weitere 35 aus 17 Ländern befänden sich als Kriegsgefangene in ukrainischer Gefangenschaft.

Vor einem halben Jahr hatte die Recherche-gruppe All Eyes on Wagner 1.417 Namen von in Russlands Armee dienenden Afrikanern veröffentlicht. Hauptherkunftsländer waren damals Ägypten, Kamerun und Ghana.

„Um Afrikaner zu rekrutieren, setzen russische Geheimdienste ein breites Arsenal manipulativer Methoden ein“, so das ukrainische Außenministerium. „Darunter sind Versprechen hoher Gehälter in zivilen Arbeitsplätzen, Aufnahme in Bildungseinrichtungen, Aus-sichten auf Einbürgerung in Russland oder andere Vorteile. In vielen Fällen werden Ausländer unter Androhung der Deportation oder Inhaftierung dazu gezwungen, Militärverträge auf Russisch zu unterzeichnen.“

In Äquatorialguinea erregte vor Kurzem der Fall des Rückkehrers Angel Masie Nchama Aufsehen. Er war im Dezember 2025 auf Empfehlung eines kamerunischen Freundes nach Moskau geflogen, um eine achtmonatige Securityausbildung zu absolvieren, wie er dachte. Vor Ort musste er einen russischsprachigen Vertrag unterzeichnen und wurde nach zwei Wochen zur russischen Armee entsandt, mit anderen Rekruten aus Kamerun, Niger, Libyen und Kolumbien.

45 Tage später wurde seine Gruppe an die Front im ostukrainischen Gebiet Donezk geschickt. Von seinem ersten Bataillon aus 424 Soldaten sei er nach zwei Wochen der einzige noch Lebende gewesen, berichtete er; danach befahlte er ein zweites Bataillon, von dessen 566 Soldaten 40 Tage später drei übrig waren.

Nachdem es ihm gelungen war, seine Familie in der Heimat zu kontaktieren und diese die äquatorialguineische Botschaft einschaltete, wurde Masie mit dem Versprechen einer Armeekarriere nach Murmansk in der Arktis versetzt und mit drei Medaillen dekoriert. Er verbrachte zwei Monate in einem Militärlager, bis ihm beim Wochenendausgang die Flucht zum Flughafen gelang, wo sein Botschafter ihn abholte. Seit einigen Monaten zu-rück in Äquatorialguinea, warnt Masie seine afrikanischen Altersgenossen davor, Angeboten aus Russland zu folgen: „All diese Versprechen sind der sichere Tod.“

Personendaten des Fiskus meistbietend zu verkaufen

In Frankreich wurden bei Hackerangriffen auf Steuerbehörden die Daten von 700.000 Steuerpflichtigen gestohlen. Auch die Server des Erziehungsministeriums mit Daten von Kindern wurden gehackt

Aus Paris **Rudolf Balmer**

Ein Kinderspiel, oder fast. Ohne große Schwierigkeiten hat sich in Frank-reich ein Hackerduo, das sich auf X selbst „ZeroBytes“ nennt, Zugang zu-erst zu Datenbanken der Steuerbe-hörden verschafft und dann des Er-ziehungsministeriums. Dabei wur-den Personaldaten von Lehrer*innen und Schüler*innen kopiert. Das Da-tenleck ist enorm und besonders peinlich für die Verantwortlichen der Netz-sicherheit. Das Ausmaß wird im Internet von www.frenchbreaches.com dokumentiert und aktualisiert.

Diese gestohlenen Daten würden bereits im Darknet meistbietend zum Kauf angeboten. Ein Teil sei be-reits an zwei Interessenten für „mehrere Tausend Euro“ verkauft worden, behaupten die bisher nicht identi-fizierten Hacker. Sie brüsten sich mit dem Erfolg ihres Angriffs und ver-sprechen weitere Taten.

Sie sagen, es gehe ihnen haupt-sächlich „ums Geld“. Sie kommuni-zieren auf X ausschließlich schrift-lich unter ihrem Pseudonym. Laut dem Fernsehsender BFM, der Kon-takt mit ihnen aufnehmen konnte, wollen sie ihre Einbrüche in Daten-banken der Staatsverwaltung fort-setzen. Aufgrund des verwendeten Vokabulars vermutet BFM, dass es sich eher um Jugendliche handeln könnte.

Die Steuerbehörden mussten zer-knirscht bestätigen, dass Daten von rund 700.000 Personen oder Un-ternehmen gestohlen wurden. Be-troffene müssen davon ausgehen, dass von ihnen Name und Passwort, Anschrift, Telefonnummer, Mail-Adresse, Steuernummer, Geburts-ort und -datum, Zivilstand und An-gaben zum steuerpflichtigen Ein-kommen und des Steueransatzes in unbefugte Hände gerieten und in betrügerischer oder sonstiger bö-s-

williger Weise verwendet werden, selbst wenn anscheinend nicht di-rekt Bankdaten entwendet wurden.

Dank einer Kombination der ge-stohlenen Daten wären jedoch di-verse Phishing-Attacken oder sogar ein Identitätsklau der vom Diebstahl Betroffenen möglich. Schon war-nen Frankreichs Banken ihre Kun-den, jetzt besonders vorsichtig zu sein. Die Cyberkriminalitätsexpertin Gabriela Belaïd befürchtet im Web-journal „Mediapart“, dass es wegen des Datenlecks sogar zu Einbrüchen oder Homejacking-Angriffen kom-men könnte.

Die Steuerverwaltung hat sich inzwischen öffentlich entschuldigt und begonnen, per E-Mail die Op-fer individuell zu informieren. Sie musste aber gestehen, dass, wie von „ZeroBytes“ behauptet, noch zwei andere ihrer Datenbanken ge-knackt wurden. Angeblich geht es um Grundstückskataster und eine

Liste mit ungeklärten Erbschafts-fällen.

Der Datendiebstahl im Erzie-hungswesen ist deshalb gravierend, weil dabei eine Unmenge vertrau-licher Informationen zu Minderjäh-rigen entwendet wurden, die künftig gegen sie benutzt werden könnten. Sophie Vénétitay von der Gewerk-schaft SNES-FSU sieht aber auch eine Gefahr für das exponierte Personal: „Man stelle sich vor, was das bedeuten kann, wenn dies in die Hände von Leuten gerät, die mit einem Lehrer eine Rechnung begleichen wollen.“

Eigenen Angaben zufolge hatte „ZeroBytes“ sich zu Beginn Log-in-Namen und Passwörter bestimm-ter Computer von Zugriffsberechtig-ten beschafft. Das ermöglichte es ih-nen, via VPN in das interne Netzwerk der Schulbehörde von Créteil bei Pa-ris und danach in andere Server zu gelangen und sich dann dort zu be-dienen. Diese Vorgehensweise ist be-kannt. Doch dass ihr sofort und de-finitiv ein Riegel vorgeschoben wird, ist kaum zu erwarten.

Laut „ZeroBytes“ sei ihre unbe-fugte Präsenz im Netzwerk der Schu-len sogar früh bemerkt worden. Doch man habe sie weiter gewähren lassen. Das wirft zusätzliche Fragen zur Kompetenz der Netzwerkverant-wortlichen auf.

Kurz vor dem Einbruch in die Ser-ver des Fiskus und der Erziehungs-behörde wurde in Frankreich ein an-derer Skandal öffentlich, als bekannt wurde, dass bei der Polizei und der Gendarmerie rund 3 Millionen Klag-en oder andere Hinweise auf Straf-taten, darunter auch Zehntausende Sexualverbrechen gegen Minderjäh-rige, unbearbeitet in der Schublade liegen geblieben waren.

Wie sollen nach diesen Enthüllun-gen die Bürger*Innen, die in vielen Fällen gehalten sind, der öffentlichen Verwaltung private Personenanga-ben zu liefern, dieser Staatsverwal-tung noch Vertrauen schenken?



Betretene Gesichter vor der Presse: die Generaldirektorin für öffentliche Finanzen und der Staatssekretär für öffentliche Konten
Foto: Rafael Lafargue/ Abaca/IMAGO

Italiens rechter Star Salvini verglüht

Einst baute Matteo Salvini aus der rechten Regionalpartei Norditaliens die schlagkräftige Lega und führte Italiens Neue Rechte. Jetzt sackt die Lega zur Kleinpartei ab und will ihren Übervater loswerden

Aus Rom **Michael Braun**

Muss sich Matteo Salvini, Chef der rechtspopulistisch-fremdenfeindlichen Lega und Vize-Ministerpräsi-dent Italiens, bald in die Frührente verabschieden? Seine Partei jeden-falls steht vor einer Zerreißprobe, die ihn seinen Job und die Lega selbst ihre Existenz kosten könnte.

Gleich mehrere Lega-Granden preschten in den letzten Tagen vor, um mehr oder minder unver-hohlen sowohl den Rücktritt Salvini als Parteichef als auch eine ra-dikale Kurskorrektur der Lega zu fordern. Den Anfang machte Atti-lio Fontana, Präsident der Region Lombardei. Hier, im produktiven Herz Italiens, war die Lega in den späten 80er Jahren des vergan-genen Jahrhunderts entstanden, hier hat sie auch heute noch ihre wichtigsten Hochburgen.

In einem Interview mit dem *Corriere della Sera* teilte jetzt Fon-tana gegen Salvini aus, sprach von verbreitetem „Unbehagen“ in der Lega, beklagte den Absturz „von 34 Prozent auf 5 Prozent“ in den letz-ten Jahren und gab auf die Nach-frage des Interviewers, ob er den Rücktritts Salvinis wolle, die un-verblümete Antwort: „Keine Lösung darf a priori ausgeschlossen wer-den“. Zudem kündigte er die Grün-dung einer „Vereinigung“ an, in

der sich die Salvini-Kritiker*innen sammeln wollen.

Fontana steht mit seiner Kritik keineswegs allein. An seiner Seite hat er den Präsidenten der Region Friaul-Julisch Venetien Massimi-liano Fedriga ebenso wie den Ex-Präsidenten der Region der Region Veneto Luca Zaia, der an der Par-teibasis ebenso wie in der Wähler-schaft hohe Popularität genießt.

Und da wäre auch noch Massi-miliano Romeo, Fraktionsvorsit-zender der Lega im Senat und Chef der Lega Lombardia, des wichtigsten Regionalverbandes der Partei. Ro-meo stellte am Dienstag sein neues Buch „Die Lega schaffen. Agenda für die Erneuerung“ vor. Dort for-dert auch er einen radikalen Kurs-wechsel, die Rückkehr nämlich zur „Nordfrage“, die früher einmal den Markenkern jener Partei bildete, die ursprünglich als „Lega Nord“ gegründet worden war.

Die Kritiker Salvinis, die jetzt den Absturz „von 34 auf 5 Prozent“ beklagen, vergessen allerdings hinzuzufügen, dass er es ja gewe-sen war, der die Lega zu ihren größ-ten Erfolgen geführt hatte, und zwar mit der völligen Abkehr vom früheren Profil als Nordpartei. Un-ter ihrem Gründer und Übervater Umberto Bossi hatte die Partei über Jahrzehnte hinweg gegen das „diebische Rom“ ebenso wie die

„Parasiten in Süditalien“ gehetzt und die Abkoppelung der reichen Nordregionen zur Not auch per Se-zession von Italien propagiert.

Darüber war die Partei zum Ju-niorpartner in den Rechtsregie-rungen unter Silvio Berlusconi aufgestiegen, geriet aber nach 2010 in eine schwere Krise, als die Bereicherung der Familie Bos-sis aus den Fonds der staatlichen Parteienfinanzierung bekannt wurde. Die Wende brachte dann Matteo Salvini, der im Jahr 2013 Lega-Chef wurde.

Er setzte nicht nur auf sein un-verbrauchtes Image, sondern auch auf die radikale Kehrtwende der früheren Nordpartei zur ultra-nationalistischen Kraft („Prima gli Italiani!“ – „Italiener zuerst!“), die den Ausstieg aus dem Euro ebenso forderte, wie sie gegen die „Inva-sion der kriminellen Immigran-ten“ hetzte.

Das Rezept ging auf; bei den Wahlen von 2018 schnellte die Lega auf 17 Prozent hoch, und Salvini wurde Innenminister in der Regierungskoalition mit den Fünf Sternen. Seine Politik der „geschlossenen Häfen“ gegen die NGOs brachte ihm dann bei den EP-Wahlen 2019 gar 34 Prozent ein.

Doch dann machte er einen ersten Fehler, als er im Jahr 2021 in die Covid-Notstandskoalition

unter Mario Draghi eintrat. Das Gros der rechtspopulistischen Wähler*innen wandte sich von ihm ab und einem neuen rechten Shooting Star zu: Giorgia Meloni. Die erhielt bei den Wahlen 2022 26 Prozent, während die Lega auf 9 Prozent absackte.

Als dann im Jahr 2023 der frü-here Fallschirmjärgergeneral Ro-berto Vannacci auf die politi-sche Bühne trat, sah Salvini seine Chance gekommen. Er bot Van-nacci die Kandidatur fürs EP ebenso an wie den Posten des Vize-Parteichefs.

Vannacci schlug ein – nutzte die Lega allerdings bloß als Sprung-brett, um im Februar 2026 mit Fu-ture Nazionale (FN) seine eigene rechtsradikale Partei zu gründen, mit Erfolg. FN ist bei der Auslän-derhetze und der Beschwörung der Gefahren bei der inneren Si-cherheit immer noch einen Tick lauter als die Lega. Seine FN liegt gegenwärtig in den Umfragen bei 7-8 Prozent, Tendenz steigend, während die Lega auf 5-6 Prozent abstieg, Tendenz fallend.

„Zurück zum alten Nord-Mar-kenkern“ ist deshalb die verzweifelte Antwort der innerpartei-lichen Kritiker*innen Salvinis. Statt eines neuen Aufstiegs der Lega droht jedoch deren endgültige Im-plosion.



Kurz nach dem Beben: Menschen suchen in den Trümmern eines eingestürzten Gebäudes in Cali nach Überlebenden
Foto: Samir Rojas/Getty

Krisenmanagement und mangelndes Taktgefühl

Zehn Tage nach dem schweren Erdbeben in Kolumbien ist die Bilanz für die neue Regierung durchgewachsen. Immerhin: Die Institutionen haben funktioniert

Aus Bogotá **Katharina Wojczenko**

Montag vor einer Woche bebte um 7:34 Uhr Ortszeit in Kolumbien die Erde. Mit einer Stärke von 7,4 war es das schwerste registrierte Erdbeben dieses Jahrzehnts. Während das Erdbeben aus den internationalen Schlagzeilen gerät, ist es in Kolumbien weiter das beherrschende Thema – und Kritik am Krisenmanagement wird lauter. Sowie am Taktgefühl der neuen Regierung.

Bilder vom Wochenende zeigen zum Beispiel den Wohnungsbauminister Jaime Andrés Beltrán unter Palmenschirmen am Karibikstrand, im Kreise seiner Lieben, während viele seiner Landsleute seit dem Erdbeben kein Dach mehr über dem Kopf haben. Noch mehr als die Bilder erzürnte die Erklärung des Ministers die Gemüter: Er sei auch Ehemann, Vater und Kind – und setze die Familie an erste Stelle, rechtfertigte er sich per Video. Anders als andere Beamte stelle er seine Arbeit nicht über die Familie.

Die Wogen gingen hoch, die Opposition strebt einen Misstrauensantrag an. Am Montagabend sah sich Beltrán zu einer Entschuldigung gezwungen – die allerdings kaum anders klang als die bisherigen Rechtfertigungen. Präsident Abelardo de la Espriella steht weiter hinter ihm.

Der neue ultrarechte Präsident hat null politische Erfahrung. Am dritten Tag im Amt traf ihn das Erdbeben. Was erschwerend hinzukommt: Es hatte keine Amtsübergabe gegeben, genannt *empalme*. So heißt der Prozess, der den Übergang von der alten zur neuen Regierung in Kolumbien möglichst reibungslos gestalten soll – bis in die staatlichen Einrichtungen wie der Katastrophenbehörde. Doch de la Espriella hatte den Prozess abgebrochen. Er und sein linker Vorgänger Gustavo Petro sind sich spinnefeind.

So saß in der Katastrophenschutzbehörde zum Zeitpunkt des Bebens immer noch der Direktor der Vorgängerregierung. Javier Pava war es auch, der in den ersten Momenten das Gesicht der Behörde in den Medien war. De la Espriellas Kandidat war zwar schon verkündet, doch das Dekret für ihn fehlte immer noch.

Vielleicht auch deshalb kündigte der Präsident etwa eine Stunde nach dem Erdbeben per Video an, die Leitung des Katastropheneinsatzes selbst zu übernehmen. Er bereiste die am schwersten betroffenen Städte und schickte Minister durchs Land. Schließlich hatte er im Wahlkampf versprochen, sich besonders um die Regionen zu kümmern und den Zentralismus aufzubrechen. Wohingegen der neue Innenminister Rodrigo Lara offen sagte: „Ich weiß nicht, was in Chocó passiert.“ Chocó ist eine überwiegend von Afrokolumbianer*innen bewohnte Region, die historisch wegen strukturellen Rassismus vom Staat vernachlässigt wurde.

Unter diesen schwierigen Voraussetzungen haben die kolumbianischen Institutionen noch recht gut agiert. „Alle Institutionen haben funktioniert“, sagte zum Beispiel María José Torres Macho, die ranghöchste Vertreterin der Vereinten Nationen in Kolumbien. Die Zusammenarbeit der UN mit den Behörden sei durch den Regierungswechsel nicht beeinträchtigt worden.

Klar wurde auch: Die Pazifikregion, namentlich Chocó, war nach dem Beben lange so allein wie vor dem Beben. Und wie so oft zuvor: ohne Strom, ohne Internet, ohne Telefon, ohne medizinische Versorgung. Das Krankenschiff „Benkos Bihoé“ lag zum Beispiel am Tag des Bebens schon länger ohne Personal und Treibstoff vor Anker. Die neue Gesundheitsministerin musste es erst ausstatten.

Bei den ersten Auftritten redete de la Espriella teils so, als ob er noch im Wahlkampf sei – was in Kolumbien bei einigen

auf Kritik stieß. In Buenaventura, wo am Pazifik Kolumbiens größter Hafen liegt und das dennoch zeitweise von Hilfe abgeschnitten war, warf er Fußbälle mit Propagandaaufdruck aus dem Auto. Auch das kam bei vielen nicht gut an.

Problematisch sind auch die Zahlen. Das Präsidialamt veröffentlicht mitunter andere Informationen als andere Regierungsinstitutionen. In den ersten Tagen war die Vereinigung kolumbianischer Hauptstädte, Asocapitales, wohl die wichtigste Quelle für Journalist*innen. Die Pressearbeit der Präsidentschaft ist ungenügend, es fehlt an Ansprechpartner*innen, Nachfragen sind nicht möglich.

Doch die größte Debatte kreist um die internationale Hilfe. Kolumbien hat anfangs internationales Rettungspersonal von Ländern abgelehnt, die es anboten – und stattdessen nur Hilfsgüter und anderes Fachpersonal abgefordert. Später akzeptierte das Land zum Beispiel Rettungskräfte aus den USA und Israel – was der Regierung den Vorwurf einbrachte, dass vor allem die ideologische Nähe eine Rolle spiele.

Gleichzeitig kamen die privaten berühmten „Topos Aztecas“ (Aztekenmaulwürfe) aus Mexiko ins Land, die sich unter Kolumbianer:innen wegen ihres Einsatzes im Nachbarland Venezuela Respekt erarbeitet hatten. Deren Anwesenheit hat nichts mit dem internationalen Hilfsprozess zwischen Regierungen zu tun. Sie arbeiten nach anderen Protokollen – was zu Konflikten führt. So beschwerte sich der Anführer der Topos in Cali, Carlos Cienfuegos, dass die staatlichen Retter aus den USA zu feige zum Retten seien.

Was den Wiederaufbau betrifft, der auf die Rettung und Bergung folgt, bleibt abzuwarten. De la Espriella hat seinen Unterstützer Donald Trump gebeten, die Strafzölle aufzuheben, mit denen Trump den früheren linken Präsidenten Gustavo Petro gestraft hat. Bisher ohne Erfolg.

De la Espriella hat einen „Marshallplan“ angekündigt und an Privatwirtschaft und Banken appelliert, auf dass sie sich beteiligen und/oder günstige Kredite vergeben mögen. In der erbten Haushaltskasse herrscht Ebbe. Innenminister Rodrigo Lara setzt auf Spenden von Baumaterial. Bleibt zu hoffen, dass dieses Mal erdbebensicher gebaut wird. Selbstgebaute Häuser stellen derzeit das größte Risiko dar in Kolumbien, weil sie in der Regel die Erdbebenbaunorm nicht erfüllen.

Deutlich praktischer und erfahrener kamen zwei Weltstars herüber: Popstar Shakira besuchte am Montag mit Howard Buffett, dem Sohn des Milliardärs und Philanthropen Warren Buffett, das Departamento Chocó. Ihre Stiftung Pies Descalzos ist dort seit fast 20 Jahren tätig. Zusammen mit ihrem „Freund“ Buffett versprach sie den Bau von zehn Schulen und den Wiederaufbau einer Universität.

Zuvor hatte der Fußballnationalspieler Jhon Arias zusammen mit seiner Frau Alejandra Ayala um Spenden geworben. Sie ist Anwältin, spezialisiert auf Menschenrechte und internationales humanitäres Recht. Beide stammen aus Quibdó. Sie haben aus eigenen Geldern ein Flugzeug mit medizinischem Personal und Hilfsgütern finanziert.

Die bisherige Schadensbilanz des Bebens legt jedenfalls nahe, dass der Bedarf noch gewaltig sein dürfte. Nach Angaben von Präsident Abelardo de la Espriella sind Gesamtschäden von umgerechnet etwa 8,3 Milliarden Euro entstanden. Davon entfielen rund 6,8 Milliarden auf Gebäude, etwa 1,5 Milliarden auf Infrastruktur. Dies sei die Schätzung eines privaten Unternehmens, sagte de la Espriella am Montag. Knapp 27.000 Wohnhäuser seien zerstört, mehr als 120.000 beschädigt. Fast 300 Menschen starben, mehr als 4.000 wurden verletzt, 143 gelten noch als vermisst.

Rätselhafte Eskalation in Irakisch-Kurdistan

Am Montag haben Kampfdrohnen das Büro des Präsidenten der kurdischen Autonomieregion in Irak getroffen. Verdächtig ist Iran, doch Teheran dementiert

Von **Teseo La Marca**

Am Montag wurden das Büro des Ministerpräsidenten der Regionalregierung Irakisch-Kurdistans Masrour Barzani und das Haus des Chefs des Nachrichtendienstes Kurdistans von zwei Drohnen beschossen. Es gibt keine Berichte über Tote oder Verletzte. Doch der jüngste Angriff auf den Wohnsitz des kurdischen Regierungschefs ist, wie Barzani selbst in einer Erklärung bekanntgibt, eine „gefährliche Eskalation“.

Seit Monaten steht die Autonome Region Kurdistan im Norden Iraks unter Beschuss. Der Iran, der sich mit Kurdistan eine etwa 750 Kilometer lange Grenze teilt, und irantrou Milizen in Irak feuerten seit Beginn des USA-Irak-Krieges mehr als 1.000 Drohnen und Raketen auf Kurdistan, wobei die meisten Geschosse rund um die Hauptstadt Erbil niedergingen.

Grund für den anhaltenden iranischen Drohnenhagel sind US-Militärbasen in der Region und die Präsenz militanter iranisch-kurdischer Regimegegner, denen die Region Kurdistan in Irak Unterschlupf gewährt. Außerdem wird Israel nachgesagt, die Region für Geheimdienstoperationen gegen den Iran zu nutzen.

Barzani machte auch für die jüngste Aggression den Iran verantwortlich, da die Drohnen von der iranischen Seite der Grenze stammten. Daraufhin verurteilten zahlreiche Länder, einschließlich Nachbarstaaten wie Saudi Arabien, Türkei und Vereinigte Arabische Emirate, den Angriff. Iraks Außenminister Fouad Hussein sprach von einem „gefährlichen Präzedenzfall, der die Spannungen weiter verschärfen und die regionale Stabilität gefährden könnte.“

Doch in diesem Fall kam aus Teheran ein deutliches Dementi. Erst erklärte der iranische Außenminister Abbas Araghtsch, keine Informationen über einen Drohnenangriff Irans zu haben. In einer weiteren Mitteilung auf „x“ sprach er von einer „rücksichtslosen Attacke“ und mahnte die „kurdischen Freunde“ zu mehr Wachsamkeit gegenüber „Operationen unter falscher Flagge, die darauf abzielen, Zwietracht zwischen Nachbarn zu säen“.

Die Schuldabweisungen aus Teheran bleiben für viele Kurden in Irak unglaublich. Nicht nur, weil Iran, bevor er sie plötzlich „kurdische Freunde“ nannte, sie monatelang mit Drohnen beschoss und dadurch Dutzende Todesopfer forderte.

Auch die kurdische Generaldirektion für Terrorismusbekämpfung gab am Montag Details bekannt, die deutlich auf einen iranischen Hintergrund hinweisen. Es handle sich bei dem Angriff um zwei mit Sprengstoff bestückte „Hadid 110“-Drohnen, die zu den modernsten im iranischen Arsenal gehören. Mit einer Geschwindigkeit von über 500 Stundenkilometern ist dieses neue Modell fast drei Mal so schnell wie eine klassische Shahed-Drohne, die bisher das Kernstück des iranischen Arsens bildete. Die Bauweise der „Hadid 110“-Drohnen macht es für Flugabwehrsysteme außerdem schwerer, sie rechtzeitig zu entdecken und abzuschießen.

Das irakisch-kurdische Medium Rudaw.net spricht angesichts dessen von einem „Test“ der neuen Drohnen unter realen Kriegsbedingungen. Die Ziele gehören zu den am stärksten beschützten Orten in der Autonomen Region Kurdistan. Beim Angriff handle es sich daher weniger um einen Mordversuch gegen den kurdischen Regierungschef als vielmehr um eine iranische Machtdemonstration.

Auch der Zeitpunkt sei kein Zufall. Ende Juli zogen die USA ohne Ankündigung ihre Patriot-Flugabwehrraketen aus der Region ab, die bisher einen großen Teil der iranischen Drohnen und Raketen abgefangen hatten. Gemäß einem im Jahr 2024 mit Bagdad geschlossenen Abkommen sollen die US-Truppen bis zum 30. September aus Irak abgezogen werden. Die Autonome Region Kurdistan ist damit den Angriffen schutzlos ausgeliefert. Eine eigene kurdische Flugabwehr scheiterte bisher an der Zentralregierung in Bagdad, die einen solchen Schritt genehmigen müsste.

Gestern meldeten die Vereinigten Arabischen Emirate ebenfalls die ersten iranischen Raketenangriffe seit Monaten, was Teheran ebenfalls dementierte. Die Emirate stoppten daraufhin jeden Handel mit Iran.

EXKLUSIVES ANGEBOT

für taz-Abonnent:innen

39,60 Euro für ein Jahr

Le Monde diplomatique auf Papier:

Jetzt bestellen und jeden Monat
LMd direkt zugeschickt bekommen



**MEHR
ERFAHREN**

taz 

Deutsche Ausgabe

+ LE MONDE *diplomatique*



debatte

Mehltau des Verdachts

Künstler gelten in Ostdeutschland als Systemlinge, denen nicht zu trauen sei. Waren die Ziele partizipativer Kunst zu ambitioniert?

Neulich rief ein Freund an. Unsere Väter waren Kollegen an einer ostdeutschen Hochschule gewesen, beide Naturwissenschaftler. Jetzt rief er mich an, weil sein Vater, Professor im Ruhestand, einem organisierten Verbrechen auf der Spur war. Ja, ich hatte richtig gehört. Das heißt, nicht er selbst war auf der Spur, sondern Sonderermittler des Bundeskriminalamts. Sie hatten Kontakt zu ihm aufgenommen, weil sein Fachwissen hilfreich sein konnte.

Lieber übergibt man Geld und Vertrauen im Jutebeutel

Die Verbrecher, um die es ging, operierten europaweit und, wie oft in solchen Fällen, war es schwer, ihnen auf die Spur zu kommen. Sie hatten Verbindungen in staatliche Institutionen hinein, bekamen Hinweise aus Verwaltung, Justiz, Polizei. Die Sonderermittler operierten konspirativ und inzwischen auf eigene Faust. Unter dem Druck der Verbrecher nämlich, so der Vater des Freundes, waren vom Bundeskriminalamt alle Mittel gestrichen worden. Sie standen kurz davor, einen Mafiaring auszuheben, und jetzt war ihnen von einem korrupten Abteilungsleiter das Geld gestrichen worden.

Sein Vater, so erzählte der Freund, bot sofort seine Hilfe an. Er nahm einen Jutebeutel, ging zur Sparkasse, hob 15.000 Euro ab, begab sich zu einem konspirativen Treffpunkt unter einer S-Bahn-Brücke, übergab den Sonderermittlern das Geld, dankte ihnen von Herzen für ihre Arbeit und ging zufrieden nach Hause. Vielleicht war Deutschland ja doch noch zu retten!

Dass ein kritisches Bewusstsein nicht davor schützt, Opfer eines Betrugs zu werden, lässt sich nicht nur in Ostdeutschland beobachten. Wenn die Opfer stolz darauf sind, sich eine eigene Meinung bilden und kausale Zusammenhänge scheinbar selbst erkennen zu können, findet der Betrug gerade im kritischen Bewusstsein ein ideales Einfallstor. Er keimt aus eins oder zwei Körnern Wahrheit – echte Notlagen, Missstände, Ängste – und kann, bei entsprechender Pflege, als handfeste Paranoia erblühen.

Immer neue Einzelheiten können ans Licht gezerrt, neue Verbindungslinien und Zusammenhänge geknüpft werden – die Logik des Verdachts kennt keine Grenzen. Und je weiter sie um sich greift, je mehr Menschen, Ideen, Institutionen der Verdacht erfasst, umso befriedigender ist das Gefühl, das sich bei jenen einstellt, die ihn hegen. Wusste ich's doch! Wie dumm doch alle anderen sind! Wie gut, dass wenigstens ich noch selbst denken kann!

Im Osten Deutschlands sind staatliche Institutionen, Behörden, Gerichte, Medien, Universitäten, Schulen, zivilgesellschaftliche Organisationen, kurzum: alles, was mit Öffentlichkeit oder Staat in Verbindung gebracht werden kann, vom Mehltau des Verdachts befallen. Lieber übergibt man Geld und Vertrauen im Jutebeutel unter irgendeiner S-Bahn-Brücke, als denen noch zu glau-

ben. Dubiose Modalitäten sind inzwischen Qualitätsmerkmal für Seriosität und Anstand.

Auch die meisten Kultureinrichtungen gelten inzwischen als systemkonform und ideologisch verstrahlt. Ein Verdacht, der von den politischen *Sonderermittlern* (neuerdings auch von politischen Mandatsträgern) nach Kräften geschürt wird.

Die Kultureinrichtungen reagieren oft mit einer Art Wagenburgmentalität: Sie schließen sich enger zusammen und verteidigen umso entschlossener die bestehenden – liberalen, demokratischen, rechtsstaatlichen – Verhältnisse. Was Verdacht und Misstrauen natürlich erhärtet – ein Teufelskreis. Eine andere Strategie kann man von trotzkistischen Kadergruppen lernen: Ein Verdacht lässt sich ausräumen, wenn man sich selbst an die Spitze der vermeintlichen Aufklärer stellt. Zum Beispiel, indem man – wie jüngst auf einer Fachtagung vorgeschlagen – ein paar völkische Stoffe auf die Theaterbühnen bringt. Während es so durchaus gelingen kann, den Verdacht von sich selbst abzuwenden, bedient die Strategie doch die Steigerungslogik allgemeinen Misstrauens.

Nicht, dass es keinen Grund gäbe, kritisch oder misstrauisch zu sein – es gibt zu viele. Und der Versuch, gesellschaftliche Öffentlichkeit herzustellen, und sei es nur die bescheidene Öffentlichkeit eines Festivals für Kunst und gegenseitiges Interesse, gerät in einem solchen Klima zur Herausforderung. Sprache, Kleidung, Essen, Frisur – alles ist Hinweis, alles erhärtet den jeweiligen Verdacht.

Es ist, als versuche man einen Ort des Austauschs und Dialogs zu schaffen und befinde sich dabei in einem *conspiracy room*, wie man ihn aus alten Kriminalfilmen kennt, wenn die Polizei endlich den Unterschlupf des paranoiden Täters gefunden hat: Alle Wände sind mit Bildern, Zeitungsschnipseln, Studien, Parolen, Fakten und einem wirren Netz von Zusammenhängen bedeckt.

Wenn wir auf dem Festival OSTEN (*Kulturfestival in Bitterfeld-Wolfen, das diesen September wieder stattfindet; d. Red.*) trotzdem versuchen, Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen, dann mit dem Hinweis, den Blick doch bitte immer schön auf den Boden zu richten. Auf das Naheliegende. Wo stehen wir, was ist der gemeinsame Grund?

Und dann: Immer schön einen Fuß vor den anderen setzen, so weit der gemeinsame Boden eben reicht. Vielleicht eine Wasserrutsche bauen, weil es im Sommer heiß ist und ein Freibad fehlt. Oder auf der alten Industriebrache gemeinsam Schafwolle spinnen und färben. Oder auf einem rückgebauten Plattenbau gemeinsam einen Kartoffelacker anlegen. Oder einfach „wie Schafe in der Gefahr dicht beisammenstehen“ (Ece Temelkuran).

Das alles wird nicht verhindern, dass wir als Propagandisten des Systems wahrgenommen werden, als Systemlinge. Die Sonderermittler kann man nicht täuschen. Aber, hey, auch wenn man nicht der gleichen Verschwörungstheorie anhängt, kann man doch gemeinsam Spaß haben. Sogar Hoffnung schöpfen. Zugegeben, die Demokratie wird das nicht retten. Und auch die Klimakatastrophe nicht stoppen. Vielleicht waren die pädagogischen Ziele partizipativer Kunst in letzter Zeit auch ein bisschen zu ambitioniert. Oder?



Foto: Daniel Sadrowski

Aljoscha Begrich ist 1977 in Barby, DDR-Bezirk Magdeburg, aufgewachsen. Er ist Dramaturg und Kurator unter anderem des Festivals OSTEN, das er auch leitet.



Foto: privat

Christian Tschirner geboren 1969, aufgewachsen in Karl-Marx-Stadt, ist ein deutscher Theaterregisseur. Er ist unter anderem Kurator des Festivals OSTEN.



Wetten, die Demokratie gewinnt? Nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern droht erstmals eine AfD-Regierung. Die taz berichtet, was auf dem Spiel steht – und wer jetzt die Demokratie verteidigt. Alle Texte zur Serie finden Sie unter taz.de/ltw26

Barbara Oertel über die Neuwahldebatte in der Ukraine

Bröckelnde Legitimation

Nein, Mychajlo Fedorow hat sich nicht in der Schmoll-Ecke verkrochen, ganz im Gegenteil. Der ehemalige ukrainische Verteidigungsminister, dessen Absetzung im Juli in der Ukraine Proteste ausgelöst hatte, redet Tacheles. Jetzt fordert er neue Präsidentschaftswahlen. Dies hatten in der Vergangenheit übrigens auch Donald Trump und Wladimir Putin getan; ihre Einstellung zu freien und fairen Wahlen dürfte bekannt sein.

Klar: Wahlen unter Kriegsrecht sind laut ukrainischer Verfassung verboten. Doch Fedorows Argumentation ist nachvollziehbar. Wie legitim kann ein vom Volk auf fünf Jahre gewähltes Staatsoberhaupt noch sein, das bereits seit 2019 im Amt ist? Zumal Russlands Angriffskrieg noch Jahre dauern könnte.

Demokratie sei kein Luxus in Friedenszeiten, sondern ein Teil dessen, wofür die Ukraine kämpfe, sagt Fedorow. Dabei sind ihm die praktischen Herausforderungen durchaus präsent. Millionen Ukrainer*innen haben ihr Land ver-

lassen, die Zahl der Binnengeflüchteten geht ebenfalls in die Millionen. Nicht nur frontnahe Gebiete stehen unter Dauerbeschuss. Wie sollen da – auch unter den Armeeangehörigen – demokratische Wahlen organisiert werden, die diesen Namen verdienen?

Wahlen, die Fedorow jetzt ins Spiel bringt, sind nur ein Aspekt seiner Manöverkritik. Genauso wichtig sind Korruptionsskandale im Umfeld von Präsident Selenskyj sowie dessen erratische und unverständliche Personalpolitik. Es ist ein offenes Geheimnis, dass für Selenskyj unbedingte Loyalität mehr wiegt als Kompetenz und Veränderungswillen.

Apropos Korruption: Am Mittwoch wurden mehrere Razzien durchgeführt, darunter auch bei der Vize-Chefin des Präsidialamtes, Iryna Mudra. Sie wurde entlassen. Offensichtlich machen die Anti-Korruptionsbehörden ihren Job. In Zeiten wie diesen verdient allein diese Entschlossenheit Respekt.

der tag 2

Bernd Müllender über den Großbrand im Hohen Venn

Gigantische ökologische Tragödie

Man kann ein beliebiges deutsches Medium verfolgen: Immer wieder sollen wir über den furchterlichen Großbrand im belgischen Hohen Venn erfahren und wie weit die Flammen hochheiliges deutsches Staatsgebiet bedrohen: nur noch 2,3 Kilometer. Der Feuerschein ist keine 400 Meter entfernt zu ahnen. Müssen Menschen in einem Zipfel von Kalterherberg in der Nähe von Aachen evakuiert werden?

Hallo! Zunächst mal geht es um BelgierInnen, die zu Hunderten bereits Hab und Gut zurückerlangen mussten. Vor allem aber ist – solange es keine ernsthaft Verletzten und Toten gibt – die grenzüberschreitende ökologische Katastrophe von Belang. Ein Drittel des größten Hochmoores Europas ist vernichtet, über 3.000 Hektar. Ein einmaliges Naturschutzgebiet existiert nicht mehr. Die Torfschichten, entstanden in der Eiszeit vor 11.000 Jahren, enthalten Pollen, Pflanzenreste, Mikroorganismen und gelten als Archiv der Umweltgeschichte. Alles weg. Ein ökologischer Totalschaden ereignet sich vor unserer Haustür – und wir

sollen erfahren, ob Onkel Ernst sein Urlaubsquartier am Büthenbacher See zwei Tage früher verlassen muss?

Ein Abt der Gegend schrieb einmal, im Venn gebe es keinen Horizont, keine Grenze, „sondern Endlosfülle“. Niemand weiß, ob sich diese Endlosfülle wieder erholen kann wie nach dem viel kleineren Brand 2011. Oder ob der Torf metertief dauerhaft zerstört ist. Moore speichern exorbitante Mengen CO₂. Statt Moor-Renaissance entsteht womöglich eine dauerhafte Mondlandschaft: größte Tundra Mitteleuropas? Endlosleere.

Auch der Venn-Brand ist menschengemacht. Aktuell entflammt durch irgendeinen Raucher oder eine Grille. Wegen der Klimakatastrophe und ortshistorisch: Das Moor wurde einst in Teilen trockengelegt, um es mit Fichten holzgerig aufzuforsten. Jetzt sind exorbitante Mengen Feinstaub und Kohlendioxid freigesetzt. Das ist eine gigantische ökologische Tragödie. Und wir erfahren: Der Rauch war kurzfristig sogar in Köln zu riechen, fast 100 Kilometer entfernt. Kurz darauf aber nicht mehr. Wie beruhigend!

Hannes Koch über Katherina Reiche und die halbleeren Gasspeicher

Riskante Wette

Tatenlos nimmt Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) hin, dass die unterirdischen Erdgas-Speicher hierzulande nicht so voll sind, wie sie sein sollten. Das könnte sich im Winter rächen – mit stark steigenden Preisen.

Schon jetzt klettern die Kosten für den Brennstoff wieder. Die Privathaushalte und Firmen merken das bereits. So rät Klaus Müller, der Chef der Bundesnetzagentur, sich auf höhere Rechnungen einzustellen. Gleichzeitig fordert er die Gashändler auf, mehr Gas einzuspeichern.

Gegenwärtig tun die Unternehmen das aber nicht. Denn der Rohstoff ist ihnen augenblicklich zu teuer, um beim Verkauf im Winter schöne Gewinne zu ermöglichen. An diesem ökonomischen Kalkül ändert sich auch nichts durch Appelle des Netzenturchefts oder Beruhigungsbotschaften seiner Vorgesetzten, der Wirtschaftsministerin.

Im Gegenteil ist festzustellen, dass Reiche eine Zielmarke ignoriert oder zumindest fahrlässig interpretiert, die sich die Bundesregierung selbst

gesetzt hat. Die sogenannte Gasfüllstandsverordnung bestimmt, dass die Speicher bis November, wenn es normalerweise kalt wird, zu durchschnittlich 70 Prozent gefüllt sein müssen. Momentan sind sie jedoch halb leer. Die Lücke zu schließen, könnte zeitlich knapp werden.

Warum weigert sich nun die Wirtschaftsministerin, die Unternehmen anzuweisen, mehr Gas einzulagern? Sie will vermeiden, dass die schlagartig höhere Nachfrage die Preise treibt, und der Bund oder die Verbraucher Milliarden Euro zusätzliche Kosten tragen müssen.

Andererseits leisten zu leere Speicher einer Kostenexplosion im Winter Vorschub, wenn beispielsweise durch außergewöhnlich niedrige Temperaturen der Bedarf stark zunimmt. Eine solche Situation soll die Speicherverordnung gerade verhindern. Der Fairness halber ist aber einzuräumen: Ob die Vorsorge mehr Geld kostet oder der Verzicht darauf, weiß momentan niemand. Katherina Reiche wettet auf die erste Option.

talkshow

Ziemlich peinlich

Das Verteidigungsministerium versucht, mit dem „Kinda chic“-Trend junge Menschen für die Bundeswehr zu gewinnen. Das riecht nach Verzweiflung

Von **Giorgia Grimaldi**



Das Wort chic ist abgenutzt. Erst waren es edgy Looks, die als chic galten, jetzt sind es schon Banalitäten wie Schneidebretter mit Tomatenprint und Toastbrot. Ein Social-Media-Trend hat „kinda chic“, also „irgendwie schick“, zum Ausdruck der Stunde gemacht. Und während die meisten User bereits gelangweilt sind von der inflationären Nutzung, kommen andere gerade erst auf den Geschmack.

Das deutsche Verteidigungsministerium zum Beispiel. So scheint neuerdings auch Krieg eine schicke Angelegenheit zu sein. Mit dem Trend will das Ministerium Kämpfen, Feldküche und Sterben fürs Vaterland instagrammable machen. Das zeigt nur eines: Für Propagandazwecke ist mittlerweile jedes Mittel recht. Junge Menschen haben keinen Bock auf den Bund, deshalb müssen Memes herhalten, um mit der Zielgruppe Kontakt aufzunehmen. Und das ist nicht kinda chic, sondern kinda ziemlich peinlich.

Vor zwei Tagen veröffentlichte das deutsche Verteidigungsministerium einen Instagram-Post, bei dem es heißt: „Kind of chic, die NATO-Ostflanke zu verteidigen“, über einem Bild von zwei jungen Soldaten auf einem Panzer. Ein-

mal weiterwischen und es heißt: „Kind of chic, deine Spaghetti aus dem Pickpott zu essen.“ Rußverschmiert sitzen sie auf einem Baumstamm und schlürfen Nudeln. Der Post ist markiert mit der Aufschrift „KI-Inhalte“.

Wer im Social-Media-Team der Bundeswehr dachte, dass die nonchalante Kommunikationsstrategie erfolgreich sein würde, muss bitter enttäuscht sein. Denn die Zielgruppe, die als Kanonenfutter angeworben werden sollte, antwortet in den Kommentaren eindeutig: „Kinda chic, erst ausgelacht und politisch ignoriert zu werden, um dann gegen die eigenen Interessen in den Krieg zu ziehen“, „Kinda chic, von einer Drohne zerfetzt zu werden“, oder auch „Kinda chic, an derselben Front wie Opi zu verrecken“.

Woher kommt der Trend, den sich die Bundeswehr hier zu eigen machen wollte? Es geht hier nicht um das deutsche, ruppige „schick“ mit kurzem „i“, sondern um das französische „chic“ mit seinem eleganten, langen „i“. Über das Englische wurde es zur Social-Media-Vokabel. Sie soll eine gewisse Ästhetik beschreiben, die vor allem der Girlie- und It-Girl-Sphäre zuzuordnen ist.

Chic sein, ist die Kunst, möglichst elegant auszusehen, ohne so zu wirken, als

hätte man sich dafür sonderlich angestrengt. Chic darf ein bisschen messy sein: starkes Make-up, Tattoos, Zigaretten, solche Dinge. Entscheidend ist die Haltung: selbstbewusst, lässig, unangestrengt, cool. Chic ist eine Ästhetik der mühelosen Überzeugungskraft. Sie lebt vom „gewissen Etwas“, von dem, was man nicht herstellen kann. Man hat es oder man hat es nicht.

Kriegspropaganda hat nichts davon. Mal ganz abgesehen davon, dass die Sprache, mit der man Toastbrot ästhetisch überhöht, denkbar ungeeignet ist, um jungen Menschen den Krieg schmackhaft zu machen. Auch die Israeli Defence Forces (IDF) nutzte den Trend, um auf ihren Social-Media-Kanälen für ihre Zwecke zu werben.

Dass die junge Generation nicht für Krieg zu haben ist, war aber auch vorher schon klar. Über ein Viertel der jungen Männer ignoriert die Briefe der Bundeswehr, und die „Jugendtrendstudie 2025“ hob hervor, dass 81 Prozent der sogenannten Gen Z nicht bereit sind, für ihr Land zu sterben. 69 Prozent sagten auch, sie wären nicht bereit, ihr Land mit der Waffe zu verteidigen. Wer darauf mit Kriegspropaganda im vermeintlichen Jugendlingo reagiert, performt keine Chicness, sondern Verzweiflung.

Ein Versuch des Verteidigungsministeriums, hip zu sein – cool!
Foto: Screenshot: Instagram Verteidigungsministerium

Von Ann-Kathrin Leclere

Kamryn Renae steht in einem pinken Rock auf ihrer grellgrünen Isomatte und packt ihre Sachen für die nächste Wanderung zusammen. Pinker Schlafsack, pinkes Zelt, ein bisschen Rouge auf die Wangen, nur noch eine große Sonnenbrille mit Strasssteinen aufsetzen und ab geht es in den Wald in Oregon. Die 22-jährige Travel-Influencerin wandert gerade eine der berühmtesten Fernwanderstrecken der USA, den Pacific Crest Trail (PCT) von Mexiko bis Kanada. Und wie sie das macht, regt viele auf.

Sie finanziert ihre Reise mit OnlyFans, hat pastellfarbenes Equipment, und beginnt fast jedes Video mit einem Make-up-Tutorial. Dabei erbringt sie Höchstleistungen und läuft laut eigener Aussage 30 bis 40 Kilometer am Tag. Seitdem Renae im April ihre Reise begonnen hat, hat sie über 300.000 neue Instagram Follower*innen bekommen, ihre Videos schauen mehrere Millionen Menschen. Aber warum ist es so faszinierend, eine Frau dabei zu beobachten, wie sie durch die Wildnis läuft und gleichzeitig darauf achtet, süß auszusehen?

Einerseits, weil Renae sichtbar macht, wie sich die Wander- und Outdoorwelt gerade durch Social Media verändert. Mit ihrer Ästhetik bricht sie die immer noch ziemlich festgeschriebene Vorstellung von einem Menschen, der draußen in der Natur unterwegs ist. Outdoor war lange eine männlich geprägte Welt. Funktionalität stand im Vordergrund, und die hatte eine bestimmte Ästhetik: gedeckte Farben, robuste, klobige Schuhe, Regenjacken, alles natürlich ultra-leicht. Wer wandert, soll eins mit der Natur werden. Bei Renae werden hingegen die cuten Wanderroutfits und ihr Verspieltheit zum Teil des Wandererlebnisses.

Andererseits erkennt man an ihr die Weiterentwicklung eines Trends. Schon seit etlichen Jahren ist die Outdoorbekleidung von den Bergen in die Städte gewandert. Das kann man zurückdatieren auf die 80er und 90er Jahre, in denen etwa Windbreaker-Jacken durch Hip-Hop-Artists geprägt wurden. 1993 hatte beispielsweise die North-Face-Steep-Jacket einen Auftritt im Musikvideo von der Hip-Hop-Gruppe Wu-Tang und etablierte sich in den kommenden Jahren in der Jugend- und Hip-Hop-Kultur.

In den letzten Jahren konnte man es an dem rasanten Aufstieg der Salomon-Sneaker erkennen oder an der Verbreitung von Patagonia-Jacken. Neben den Tarnfarben entwickelten die Marken auch

knalligere Designs – Rihanna trug beim Super Bowl 2023 etwa knallrote Salomon-Sneaker. Für die Kombination aus funktional und fashionable ist auch ein neues Wort entstanden: Gorpcore.

Zahlreiche Marken haben diese Fusion für sich entdeckt und monetarisiert. Gleichzeitig geht der Trend nicht unbedingt damit einher, dass die Kleidung gut geeignet ist, um sie draußen anzuziehen. „Es ist so schwer, süßes Wanderequipment zu finden, das gleichzeitig funktional ist“, sagt Renae in einem Video vom 2. Juli, während sie über steinige Wege und schneebedeckte Gipfel läuft.

Das Interessante an Kamryn Renae ist aber, dass sie zeigt, wie der Gorpcore-Trend aktuell weitergedreht wird. Nicht die Outdoorbekleidung kommt in die Stadt, sondern die GenZ-Influencer*innen mit ihren trendigen Styles in neue Kulissen: Berge, Seen und Tümpel. Die Natur liefert eine perfekte Bühne für Selbstdarstellung. Renae versteht diese Logik besonders gut, weil sie zwei eigentlich gegensätzliche Ästhetiken miteinander verbindet: Eine junge Frau in Pink vor einem riesigen Berg funktioniert als Bild gerade deshalb so gut, weil es immer noch ein Widerspruch ist.

Online bekommt sie deshalb auch ziemlich viel Hass ab. In den Kommentarspalten scheinen manche darauf zu warten, dass sie scheitert. Manche Skeptiker*innen fragen sich zum Beispiel, woher sie denn bitte ihre ständig wechselnde Ausrüstung hat oder wie sie genügend Akku haben kann, um ihre Vlogs zu machen. „Das ist eine Fake-Wanderin, fällt nicht darauf rein“, schreibt ein Nutzer unter das Video am 2. Juli.

Renae selbst erklärt diese Reaktionen in einem Interview für den Playboy unter anderem mit misogynie und Eifersucht. „Ich glaube, es ärgert unsichere Männer, wenn sie mich in meinen süßen Outfits wandern sehen, weil sie wissen, dass sie niemals den PCT wandern könnten, geschweige denn gleichzeitig ihre Hände gepflegt halten.“

Dabei ist Renae bei Weitem nicht die Einzige, die diesem Trend gerade nachgeht. Wenn man Stichworte wie „whimsical hiking“ oder „girly hiking“ auf den Social-Media-Kanälen sucht, dann findet man eine Reihe an Creator*innen. Viel Pink, viele süße, kurze, gestreifte Shorts, mit Perlen und Glitzer beklebte Wanderstöcke aber auch viel All-in-Black – Wandern im Berghain-Style.

Die fortlaufende Kapitalisierung des Wandersports, der immer mehr zum Laufsteg wird, obwohl es eigentlich etwas sein



Die Travel-Influencerin Kamryn Renae nimmt ihre Follower*innen mit auf ihren Wanderungen
Screenshot: Instagram
Kamryn Renae

Barbie in der Wildnis

Wandern, aber in süß liegt im Trend. Influencerin Kamryn Renae verbindet Hochleistungssport mit Fashion und verdient ihr Geld mit OnlyFans

sollte, wofür man wenig braucht, man sich mit der Umwelt auseinandersetzt und theoretisch jede*r Zugang haben sollte, ist zu kritisieren. „Viele nutzen Natur als Hintergrund für ihren Content, während sie gleichzeitig Fast Fashion, sieben verschiedene Wasserflaschen und acht verschiedene Hiking-Fits promoten, die am Ende auf einer Mülldeponie landen“, sagt die Nutzerin „eva_exploring“ in einem Instagram-Video.

Und ja, einige schöne Orte werden durch Influencer*innen regelrecht verstopft. Das sieht man etwa an den Drei Zinnen in den Dolomiten. Spektakuläre Bilder haben die markanten Gipfel zu einem der berühmtesten Fotomotiv Europas gemacht. Nicht nur Anwohner*innen, sondern auch Tourismusorganisationen beschwerten sich mittlerweile über Kurzzeitouris, die nur zu einzelnen Punkten fahren, um ein kur-

zes Video zu drehen – und so noch mehr Menschen anlocken.

Dass Renae ihre Reise mit der Porno-Plattform OnlyFans finanziert, macht die Fusion der modernen Influencer*innen-Welt und der Weiterentwicklung des Wandersports besonders deutlich. Jährlich werden nur etwa 8.000 Personen für den PCT zugelassen. Und die Kosten für die Wanderung können mit Nahrungsmitteln, Unterkunft, Versicherungen und anderen Dingen an die 10.000 Dollar kosten. Ein privilegierter Spaß also, den sich Renae über OnlyFans verdient.

Es ist nicht nur zu verteuern, dass sich die Wanderexperience durch Content-Creator*innen verändert. Renaes Videos sehen teilweise mehrere Millionen Menschen, die niemals den PCT-Trail laufen werden (können). Sie lässt sie teilhaben an der Natur vor Ort. Und für ihre Follower*innen

macht sie auch deren Veränderungen durch die Klimakrise erfahrbar. Als sie in Kalifornien unterwegs ist, filmt sie etwa auch viele tote, abgebrannte Bäume, 18 Monate nach dem Jahrhundertwaldbrand in dem Gebiet.

Außerdem – so neu ist die Idee, in die Natur zu gehen und sie für die eigene Wahrnehmung auszuwringen und zu dokumentieren, gar nicht. Etliche Dichter*innen der Romantik fanden bereits an ihr Faszination. Heute ist uns die Natur im Alltag verloren gegangen, und gerade deshalb entsteht die Sehnsucht nach ihr.

Kein Wunder eigentlich, dass die GenZ, die jahrelang mit einer globalen Pandemie und Social Media aufgewachsen ist, reihenweise in die Berge strömt. Einzig das Medium hat sich verändert. Der romantische Mensch schrieb einst Gedichte oder malte ein Bild. Kamryn Renae macht eben einen Vlog.

Klagen gegen die Vergeltung

Da Trump ABC mit einem Lizenzentzug drohte, reichte der Sender Klage beim Bundesgericht ein. Nicht das erste Mal, dass ABC im Visier der Regierung ist

Aus New York City Sebastian Moll

Donald Trump stellte zu Beginn der Woche einmal mehr sein Verhältnis zu einer unabhängigen Presse zur Schau, als er der CNN-Korrespondentin Kristen Holmes befahl, das Maul zu halten. Holmes hatte gefragt, ob es Absprachen zwischen Trump und Kim Jong-un gegeben habe, die gemeinsamen militärischen Manöver zwischen den USA und Südkorea zurückzuführen. Trumps Reaktion: „Seien sie still, sie laute, respektlose Person. Sie berichten ohnehin nur Fake News.“

CNN ist seit Langem eine Lieblingszielscheibe von Trump ebenso wie ABC – eines der letzten unabhängigen Nachrichtennetzwerke der USA. ABC berichtet kritisch über die Regierung: Erst jüngst weigerte sich der Sender, eine Rede Trumps zu angeblicher Wahlmanipulation auszustrahlen. Trump drohte deshalb mehrfach, ABC die Lizenzen zur Nutzung öffentlicher Funk-

wellen zu entziehen. Eine Drohung, die der Trump-treue Direktor der nationalen Rundfunkbehörde FCC, Brendan Carr, brav wiederholte.

Nun kam ABC dem Weißen Haus und der FCC zuvor und reichte eine Klage vor einem Bundesgericht in Washington gegen die FCC ein. Der angedrohte Lizenzentzug, so hieß es in der Klageschrift, bedeute eine existenzielle Bedrohung für den Sender und somit eine eindeutige Verletzung des Rechts auf Pressefreiheit.

Die Klage stellte den ersten Fall dar, in dem eine große Nachrichtenorganisation sich massiv gegen die Versuche Trumps wehrt, ihre Unabhängigkeit zu beschneiden. Selbst ABC hatte sich noch Ende 2024 auf einen Vergleich mit Trump eingelassen, als dieser den Sender wegen vorgeblicher Diffamierung verklagt hatte. Der Reporter George Stephanopoulos hatte behauptet, Trump habe sich der Vergewaltigung schuldig gemacht.

ABC ist Trump seit dessen Amtsantritt ein Dorn im Auge. Trump steht mit der populären Talkshow „The View“ auf Kriegsfuß, moderiert von Whoopi Goldberg, Joy Behar und Ana Navarro, die Trump regelmäßig offen kritisieren. Ebenso ungern schaut Trump die Late-Night-Show von Jimmy Kimmel, der aus seinem Missfallen für Trump keinen Hehl macht.

Im vergangenen Jahr hatte ABC Kimmel sogar bereits temporär suspendiert, nachdem dessen Bemerkungen zum Tod des MAGA-Vorkämpfers Charlie Kirk im Weißen Haus für Unmut gesorgt hatten. Bereits damals hatte FCC-Chef Carr damit gedroht, ABC die Lizenzen zu entziehen. ABC, das zum Disney-Konzern gehört, setzte Kimmel jedoch schließlich wieder ein.

Carrs Argument für seine wiederholten Drohungen, ABC und auch NBC die Sendelizenzen wegzunehmen, ist, dass die Sender eine teure, öffentliche Infrastruktur nutzen und deshalb ver-

pflichtet seien, dem öffentlichen Interesse zu dienen. Anna Gomez, die einzige FCC-Kommissarin, die noch von Joe Biden berufen wurde, nannte die Art und Weise, wie Carr mit dem Begriff des „öffentlichen Interesses“ herumwerfe, „nebulös.“ „Es ist im öffentlichen Interesse, über das Wetter und über Sport zu berichten. Diese Administration benutzt es ausschließlich dafür, alles zu diskreditieren, was ihr nicht gefällt.“

Gomez lobte die Haltung von ABC und Disney. „Ich bin froh, dass Disney den Mut gefunden hat, sich zu wehren.“ Versuche, die Trump-Administration zu beschwichtigen, sagte Gomez, seien zwecklos. „Die Regierung verlangt, dass man so über sie berichtet, wie sie das will und sie wird keine Ruhe geben. Wir müssen für den ersten Verfassungszusatz kämpfen.“

Die Unabhängigkeit der Fernsehnachrichten sind besonders in Gefahr, seitdem im vergangenen Jahr der Skydance-Konzern des Trump-Freun-

des David Ellison das Medienunternehmen Paramount übernommen hat. Beim Fernsehnetzwerk CBS folgten bereits massive Umwälzungen. Die neue Senderchefin Bari Weiss veranlasste große personelle und inhaltliche Veränderungen. Bei der renommierten Nachrichtensendung „60 Minutes“ trat beinahe das gesamte Personal aus Protest zurück. Nun wartet man nur darauf, dass bei CNN ähnliche Veränderungen stattfinden. Auch CNN ging im Rahmen des Mega-Mergers an Skydance.

So hängt an der Entscheidung über die Klage von ABC nicht weniger als die Pressefreiheit in den USA. Sollte die FCC mit der Zensur von ABC durchkommen, so Anna Gomez, würde dies bedeuten, dass die Trump-Regierung jedes Nachrichtenorgan nach Belieben einschüchtern kann. Immerhin hat Trump in diesem Fall mit Disney einen Kontrahenten mit tiefen Taschen und einem langen Atem. Der Kampf ist also noch nicht ganz verloren.

taz mixtape

Über Popmusik in der taz zu lesen, ist das eine. Wie sich das anhört, was die Autoren da beschreiben, das andere.

Deswegen gibt es das Beste aus der Musikberichterstattung der taz Kulturredaktion jeden Freitag in einer Radio-Version: taz Mixtape von und mit **Klaus Walter**.

taz hören!

freitags 17–18 Uhr

taz mixtape

auf ByteFM

In Syrien frönten Metalfans ihrer Leidenschaft zwischen Stigmatisierung, Kreativität und Verfolgung über Jahrzehnte im Verborgenen. Ein Tatsachenbericht

Von Ali Al-Haj Ibrahim



Beim Satansanbeten braucht es langen Atem

Bashar Haroun bei einem Konzert in Latakia/Syrien am 1. Mai 2018 Foto: Bashar Haroun

Im März 2007 bereitete ich mich auf meine Abiturprüfungen vor und kehrte nach einer Lerneinheit mit einem Freund nach Hause zurück. Unterwegs kaufte ich für meine Familie Manakish und gefüllte Teigtaschen. Als ich das Haus betrat, sagte ich zu meiner Mutter: „Mach bitte schon mal Tee, ich habe Frühstück mitgebracht.“

Wenige Minuten später standen drei Männer in Zivil vor der Haustür. „Bist du Ali?“ Ich nickte. „Sehr gut“, sagte einer. „Jetzt fehlen nur noch Ahmad und Marwan.“ Sie kannten auch die Namen meiner beiden Brüder. Meine Mutter fragte besorgt, was sie wollten. Einer der Männer lächelte kühl: „Keine Sorge, nur eine Tasse Kaffee, wir haben ein paar Fragen und brauchen Antworten.“

Aus dieser „Tasse Kaffee“ wurde ein Termin beim politischen Sicherheitsdienst in Mas-yaf, unserer syrischen Heimatstadt. Dort traf ich auf mehrere Freunde und den Plattenverkäufer, bei dem wir unsere Kassetten und CDs kauften. Erst Stunden später erfuhren wir den Grund der Einbestellung: Man beschuldigte uns, die Musik der „Satansanbeter“ zu hören – gemeint war Heavy Metal.

Wir mussten eine Erklärung unterschreiben, in der wir versprachen, nie wieder Metalsound zu hören, und wurden entlassen. Unsere Beziehung zu dieser Musik endete hier jedoch nicht. Im Gegenteil. Wir hörten weiterhin Metal, taten das allerdings heimlicher und vorsichtiger als zuvor.

Damals ahnte ich nicht, dass diese Nacht Teil einer viel größeren Geschichte war: die Geschichte einer syrischen Musikszene, die über Jahre zwischen Leidenschaft und Stigmatisierung, Kreativität und Verfolgung teils im Verborgenen existierte.

Heavy Metal entstand Ende der 1960er-Jahre in Großbritannien als verzinkte Weiterentwicklung von Hardrock und Bluesrock. Bands wie Black Sabbath prägten einen diabolischen Sound mit schweren Gitarrenriffs und kraftvollen Rhythmen. In den folgenden Jahrzehnten entstanden zahlreiche Subgenres. Über Kassetten und CDs verbreitete sich die Musik schließlich weit über Europa und die USA hinaus – auch nach Syrien. Rockmusik war dort bereits seit den 1960ern bekannt. Platten- und Kassettenläden in Damas-

kus und Aleppo boten ein breites Sortiment an und ermöglichten damit jungen Leuten den Zugang zur internationalen Musik. Nach Angaben des Musikers und Festivalorganisators Hannibal Saad entstanden ab den 1960ern zahlreiche syrische Rockbands. Viele spielten zunächst Coverversionen von den Beatles, Pink Floyd, Deep Purple und King Crimson.

Bands wie The Cats, Tigers und später Rockestra traten bald auch öffentlich auf. Kulturzentren, Theater und ausländische Kulturinstitute boten Räume für Konzerte. Rockmusik hatte damit einen gewissen Platz im kulturellen Leben Syriens gefunden.

Heavy Metal stieß dagegen auf größere Vorbehalte. Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre begann sich das Genre in Syrien auszubreiten. Sein härterer Klang und seine verzinkte Ästhetik wirkten auf viele Menschen fremd. Mit der Szene entstanden jedoch Musiker, Bands und Orte, die Metal über Jahre am Leben hielten.

Einer der wichtigsten Pioniere war Jack Power, der Künstlername des Sängers Akop Sagajan (1959–2021). Bereits als Kind hörte er Rockmusik und wurde besonders von Ozzy Osbourne und dessen Band Black Sabbath beeinflusst. Bekannt war er unter anderem für seine Interpretationen der Songs von Led Zeppelin, Pink Floyd, Deep Purple und Rainbow.

1989 gründete Sagajan in Aleppo die Band Weltschmerz. Noch im selben Jahr spielte die Band ein Konzert in der Zitadelle

von Aleppo, zu dem nach Sagajans Erinnerung rund 6.000 Menschen kamen. Es gilt als eines der wichtigsten Ereignisse der syrischen Metal-Frühgeschichte.

Auch in den 1990ern trat Weltschmerz auf und ebnete so den Weg für andere syrische Gruppen. Dennoch erhielt Jack Power nie die öffentliche Anerkennung, die seinem Einfluss entsprach.

„Der Staat auf der einen Seite, die Gesellschaft auf der anderen Seite – und du hängst dazwischen“

Bashar Haroun,
syrischer Metalsänger

2014 erlitt er einen Schlaganfall und konnte nicht mehr singen. In einem Interview kurz vor seinem Tod sprach er verbittert darüber, dass er seit Jahren nicht mehr auftreten konnte. In seinen letzten Lebensjahren verkaufte er vor seinem Haus Zuckerwatte und Fruchtsäfte. Im August 2021 starb er nach einer Herzkrankung.

Vor einiger Zeit stieß ich zufällig auf eine alte Aufnahme, in der er „Stairway to Heaven“ von Led Zeppelin interpretierte. Bis dato wusste ich nichts von seinem Tod. Erst in den Kommentaren unter dem Song erfuhr ich, dass diese wichtige Stimme der syri-

schen Metal-Geschichte bereits verstummt war.

Mir wurde erneut bewusst, wie viele Storys dieser Szene verschwunden sind, nicht weil sie unwichtig waren, sondern weil sie kaum dokumentiert wurden.

Der nächste Schritt war die Entstehung einer syrischen Metalmusik mit eigener Handschrift. Eine Schlüsselrolle spielte dabei die Band Nu.Clear. Dawn, gegründet 1997 in Aleppo. Die Mitglieder hatten zunächst Stücke von Dream Theater, Metallica, Iron Maiden und Black Sabbath gecover, begannen dann aber, eigene Songs zu komponieren.

2001 erschien die Single „To Stand Forever“, 2003 folgte das Album „Poem of a Knight“. Es gehörte zu den ersten syrischen Metalalben, die vollständig aus Eigenkompositionen bestanden, und verband im Sound Progressive-Metal mit einer Geschichte über Rittertum, Krieg, Liebe und Ehre.

Die größte Herausforderung war nicht das Komponieren, sondern die Existenz der Band. Wechselnde Mitglieder, Migration, fehlende Proberäume und bürokratische Hürden erschwerten die Arbeit. Mitgründer Shant Hagopian erinnert sich in einem Interview daran, dass die Künstler von offiziellen Stellen gefragt wurden, warum sie diese Musik spielten, und teilweise beschuldigt wurden, Satanismus zu betreiben.

Trotzdem trat Nu.Clear.Dawn in Syrien auf und nahm 2004 am Festival „Rock The Nations“ in Istanbul teil. In den frühen

Nullerjahren entstanden weitere Bands wie The Hourglass, Olive und Slumpark Correctional. Eine funktionierende Infrastruktur für unabhängige Musik entwickelte sich in Syrien jedoch nicht.

Während meiner Recherche stieß ich immer wieder auf den Namen Bashar Haroun. Er wurde 1985 in Aleppo geboren und begann bereits als Jugendlicher, Musik zu machen. 2004 gründete er das U-Ground Music Center – einen Ort für Proben, Aufnahmen, Konzerte und Musikunterricht. Für die Szene, der geeignete Räume fehlten, wurde U-Ground zum wichtigen Treffpunkt. 2008 wurde das Zentrum von den Sicherheitskräften der Armee in Aleppo geschlossen. Haroun und mehrere anwesende Musiker wurden festgenommen. Nach seiner Entlassung mieden ihn manche Bekannte aus Angst, selbst ins Visier der Sicherheitsbehörden zu geraten.

Haroun beschreibt diese Zeit so: „Der Staat auf der einen Seite, die Gesellschaft auf der anderen Seite, und du hängst dazwischen.“ Auch der Zugang zur Musik war schwierig. Als es noch kein Internet in Syrien gab, waren Metalkassetten und CDs nur schwer zu bekommen. Manche wurden aus dem Ausland mitgebracht und zu hohen Preisen verkauft. In Plattenläden lagen Metalaufnahmen nicht offen aus. Wer seltene Werke besaß, genoss innerhalb der Szene besonderen Status.

Noch schwieriger waren Konzerte. Musiker mussten selbst Plakate aufhängen und Werbung machen. Gleichzeitig konnten offizielle Genehmigungen kurzfristig widerrufen werden. Haroun erinnert sich an ein Konzert, bei dem sie gezwungen wurden, alle Plakate wieder abzhängen, als die Genehmigung nur einen Tag vor der Veranstaltung zurückgezogen worden war.

Auch Frauen waren in der Szene kaum sichtbar. Laut Haroun lag das nicht an der Metalgemeinschaft, sondern am gesellschaftlichen Druck. Viele junge Frauen hörten Metal nur im Verborgenen. „Es gab viele weibliche Metal-Fans, aber sie machten es heimlich“, sagt er. Eine Frau könne bloßgestellt werden, wenn sie ein Metalkonzert besuche: „Die Gesellschaft erdrückt sie vollständig.“

Eine Musikszene besteht nicht nur aus Bands. Ich spreche deshalb auch mit syrischen Metalhörerinnen und -hörern. Amer, heute 43, erinnert sich, dass ihn

zunächst politische Botschaften und Songtexte nicht anzogen. Englisch sei damals keine wichtige Kommunikationssprache gewesen, Texte und Übersetzungen waren schwer zugänglich. „Am Anfang lag die Faszination an der Lautstärke und dem ungewöhnlichen Rhythmus“, sagt er.

Salim, 38, hörte mit neun Jahren seinen ersten Metalsong. Sein älterer Cousin brachte ihm Kassetten und CDs aus Aleppo mit. „Ich möchte ein Rockstar werden, wenn ich groß bin“, sagte er damals. Mit 18 wurde auch er während der Kampagne gegen Metalhörer:innen und -musiker:innen festgenommen. Später lernte er Gitarre und machte Metalmusik, nachdem er Syrien verlassen hatte.

Leila, 32, besuchte 2018 ihr erstes Metalkonzert in Damaskus. Sie erinnert sich an ein Gefühl aus Freude und Angst zugleich. Zum ersten Mal habe sie erlebt, dass sie mit ihrem Musikgeschmack nicht allein war. Gleichzeitig wusste sie von den früheren Verhaftungen und Stigmatisierungen. Rund 100 bis 150 Menschen besuchten das Konzert in der Mustafa-Ali-Galerie.

Reem, eine 31-jährige Syrerin, die heute als Ärztin in Deutschland arbeitet, gehört zu den wenigen Frauen, die selbst in einer Metal-Band spielten. Sie entdeckte Metal mit 14, unter anderem durch die US-Bands Metallica und Korn. Später wurde die Musik für Reem zu einem Freiraum, in dem sie experimentieren, selbst spielen und gesellschaftliche Grenzen überschreiten konnte.

Um 2016 spielte sie bei einer von ihrer Schwester und Freunden in Latakia gegründeten Band als Gastkeyboarderin. Sie trat bei etwa drei Konzerten auf; geprobt wurde in Wohnungen oder gemieteten Studios. Eigene Aufnahmen entstanden nicht.

Trotz der geringen Zahl von Metalmusikerinnen fühlte sie sich in der Szene nicht gezwungen, sich stärker zu behaupten als Männer. Ihre Familie hatte keine Einwände, und auch das Publikum habe sie respektvoll behandelt. Dennoch, sagt Reem, sei die Metal-Szene nicht völlig frei von den patriarchalen Vorstellungen der syrischen Gesellschaft gewesen – nur etwas offener.

Mit dem Krieg veränderte sich auch das Leben der Musiker:innen. Einige verloren ihre Häuser, an-



Der syrische Metalsänger Jack Power bei einem Konzert in Latakia Foto: Bashar Haroun

Fortsetzung auf Seite 17

szene

Wie ein Reh
im
Handylicht

Normalerweise, wenn ich zum Einkaufen gehe, schultere ich meinen Rucksack, stecke mir Kopfhörer in die Ohren und laufe die paar Hundert Meter Richtung Kaufhalle. In letzter Zeit wird dieser Weg aber zunehmend schwierig. Und das liegt unter anderem daran, dass ich immer wieder um Haaresbreite Menschen ausweichen muss, die scheinbar aus dem Nichts auftauchend unbeweglich dastehen, wie Steinsäulen.

In aller Regel halten sie ein Handy in der Hand.

Zuletzt blieben vor mir, auf dieser sehr kurzen Strecke, vier Menschen stehen. Ungelogen.

Sie heben nicht die Hand zur Warnung, sie machen nicht mal den Schulterblick. Als wären sie Rehe, die des Nachts ins Scheinwerferlicht eines Autos geraten. Das habe ich auch schon mehr als einmal erlebt. Nur, dass sich so ein Reh irgendwann löst und erschrocken ins Unterholz hoppelt. Diese Leute hoppeln nicht. Wohin auch, in Hauseingänge?

Also winde ich mich an ihnen vorbei und denke mir meinen Teil. Ansprechen würde ich diese Menschen sicherlich nicht. Sie könnten sich schwer erschrecken oder gar wütend werden und sagen:

„Ich bin überhaupt nicht stehengeblieben!“

„Was fällt Ihnen ein!“

„Selber doof!“

Darauf habe ich keine Lust und schüttle im Höchstfall still meinen Kopf. Wie bei den vier auf einen Streich letztons. Da fand ich es angebracht. Auch, weil ich mich in meiner These für dieses neue Prellbockdasein der Menschheit bestätigt fühle: Handysucht.

Kaum brubbelt es in der Hosentasche, legt sich ein Schalter in den Köpfen um, und die Menschen können nicht anders, als so mittig wie möglich im Weg zu stehen. Und während ich vor der Eingangstür der Kaufhalle darüber nachdenke, vibriert es in meiner Tasche. Es ist eine Nachricht von meinem großen Sohn. Das muss wichtig sein, denke ich. Und stehe, glaube ich, rekordverdächtig schnell auch mitten im Weg. Um ein Haar wäre ich in mich selbst hinein gerannt.

Klaus Esterluss

Ostseestrand und Südpolgletscher

Mit „Hiddensee“ von Annekatrin Hendel sowie „Salz und Wasser“ von Ines Reinisch kommen gleich zwei Dokumentarfilme mit maritimen Themen in die Kinos

Von Wilfried Hippen

„Hauptmann oder Ballermann?“ steht an einer Hausfront auf der Ostseeinseln Hiddensee, und mit diesem Bild bringt Annekatrin Hendel in ihrem gleichnamigen Dokumentarfilm die beiden Pole auf den Punkt, zwischen denen sich ihr Film bewegt. Der Dramatiker, Schriftsteller und Nobelpreisträger Gerhart Hauptmann baute sich im Jahr 1929 auf der Insel ein Haus, oder besser eine Residenz, und war damit einer der ersten Prominenten, die in den nächsten Jahrzehnten dort lebten oder ihren Urlaub verbrachten. Heute ist Hiddensee jedoch auch eine Touristenhochburg mit rund 250.000 Tagesgästen pro Jahr.

„Da oben hat der Einstein mal gewohnt!“, sagt einer der Inselbewohner und zeigt auf ein Fenster unter dem Dach eines eher bescheidenen Häuschens. „Zicke-zacke – Zicke-zacke!“, feuert der Schlagersänger Jürgen Drews von einer kleinen Bühne aus sein Publikum an – doch ein wütender Inselbewohner schreit ihm entgegen: „Dat nütscht dir nix – hier ist keen Mallorca!“

Hiddensee war und ist einer der Sehnsuchtsorte Deutschlands, und Annekatrin Hendel konnte der Falle der permanenten Postkartenansichten nur dadurch entkommen, dass sie ihren Film konsequent in Schwarz-Weiß drehte. Auch sonst arbeitete sie mit ein paar interessanten Verfremdungsmitteln: Die Inselprominenten wie Hauptmann, Asta Nielsen oder Joachim Ringelnatz treten bei ihr als Spielpuppen auf, auf einer Landkarte der Insel spielt sie Monopoly, um so die Besitz- und Machtverhältnisse zu verdeutlichen, und die Filmmusik hat Flake, der Keyboarder von „Rammstein“, als eine nervöse Mischung aus musikhistorischen Zitaten und elektronischen Klängen eingespielt, wodurch jeder Anflug von Idylle oder gar Nostalgie gar nicht erst aufkommen kann.

Und auch von den in Dokumentarfilmen üblichen Archivaufnahmen und Talking Heads der Zeitzeugen ist hier nur wenig zu sehen. Stattdessen hat Annekatrin Hendel mit der Kamera die Insel erkundet und dabei Menschen, die dort leben, beobachtet und befragt. Selbstverständlich ist die Geschichte der Insel ein Teil von ihnen.

So macht die Museumsleiterin des Gerhard-Hauptmann-



Fotoshooting am Strand in „Hiddensee“ Foto: Weltkino

Hauses einen Rundgang durch den Prachtbau. Die Tochter des DDR-Propagandisten Karl-Eduard von Schnitzler erzählt, wie sie als Baby in ihrem Kinderwagen umgestoßen wurde, denn ihr Vater war „der meistgehasste Mann“ des Landes. Und die Tochter der Schauspielerin und Nationalpreisträgerin Inge Keller war damals empört darüber, dass Honecker 1976 ihrer Mutter ein Feriendomizil auf Hiddensee spendierte. Heute ist sie froh über die an sie vererbte Immobilie.

Viele Menschen erzählen im Film von Hiddensee in den Zeiten der DDR, denn damals hatten die Bewohner*innen und Gäste dort eine Art Narrenfreiheit, über die Lutz Seiler in seinem Roman „Kruso“ schrieb, der ja auch (mit entsättigten Farben, aber trotzdem voller Postkartenaufnahmen) verfilmt wurde. „Hiddensee“ erzählt von den Konflikten zwischen den Alteingesessenen, Zugezogenen (also nicht dort geborenen) und Touristen.

Hendel folgt dem ehrenamtlichen Bürgermeister, der sich „für die Hiddenseer und nicht für Hiddensee einsetzt“, wie sein Kritiker, der Pastor der kleinen Inselgemeinde, meint. Mit der Neugierde und der Empathie, die gute Dokumentarfilmmache-

r*innen auszeichnet, hat Annekatrin Hendel einen originellen, klugen und manchmal überraschend komischen Film über ein deutsches Inselleben gemacht.

Diese Wirkung hat der Film „Salz und Wasser“ nun überhaupt nicht. Auch sonst ist er wie ein Gegenpol zu „Hiddensee“. Das Wortspiel bietet sich an, denn dieser Film dokumentiert die Expedition des Forschungseisbrechers „Polarstern“ zum massiven Eis der Ostantarktis. Die Filmemacherin Ines Reinisch wurde eingeladen, mit ihrer Kamera diese Forschungsfahrt zu begleiten.

Als Chronistin hat sie auch geliefert: Der Forschungsauftrag, die Untersuchungen von Wasser, Eis und Boden vor Ort sowie

die Schiffstechnik werden präzise, fast schon pedantisch, beschrieben, und die vielen dabei erwähnten Zahlen und Fachbegriffe können auf ein Publikum von interessierten Laien schnell ermüdend wirken.

Das Alfred-Wegener-Institut, das die Fahrt organisierte und „Salz und Wasser“ quasi in Auftrag gab, wird bei Repräsentationen gut mit dem Film arbeiten können. Aber Ines Reinisch dürfte wohl selbst gemerkt haben, dass nur mit diesem Material nicht viel mehr als ein trockener Lehrfilm zu machen ist. Also erzählt sie parallel auch von ihren eigenen Erfahrungen und Gefühlen auf der Reise. „Mein Herz schlug bis zum Hals“, sagt sie etwa, wenn sie Bilder von ihrem ersten Flug mit einem Helikopter zu einem Außenposten der Expedition auf dem Festland zeigt.

Besonders erhellend sind diese Impressionen nicht, und es hilft auch nicht, dass die Filmemacherin sie selbst eingesprochen hat, denn die Authentizität ihrer Stimme macht die Holprigkeit vieler der gesprochenen Sätze nicht wett. Gelungen sind ihr dagegen einige Gespräche mit den Mitgliedern der Schiffscrew und den Wissenschaftler*innen. So spricht etwa die Masterstudentin Naza-

nin Asadi voller Begeisterung davon, welcher persönliche Triumph es für sie ist, als junge Iranerin die Antarktis bereisen zu können.

Auch stilistisch ist der Film uneinheitlich, und Ines Reinisch scheint selbst nicht zu wissen, für wen sie ihn überhaupt gemacht hat. Wie glaubt sie etwa ausführlich erklären zu müssen, dass bei einer Bodenprobe die oberen Segmentschichten die jüngeren und die unteren die ältesten sind? Geht da die Filmemacherin nicht etwas naiv von einer sehr naiven Zuschauerschaft aus?

Schade, dass der Film, in dem solch ein wichtiges Thema wie die Erderwärmung behandelt wird, nicht besser gelungen ist und darum wohl kaum ein größeres Publikum erreichen wird. So ist er eher als Dokument und nicht als Dokumentation wichtig. Vielleicht werden ihn Menschen in kommenden Jahrzehnten ansehen und fragen: „Das haben sie alles damals schon gewusst? Warum haben sie dann so wenig dagegen getan?“

„Hiddensee“. Regie: Annekatrin Hendel. Deutschland 2026, 119 Min.

„Salz und Wasser“. Regie: Ines Reinisch. Deutschland 2025, 106 Min.

Anzeige

taz genossenschaft

EINLADUNG ZU DEN Taz-STAMMTISCHEN

*Seit Mai organisieren taz-Genoss*innen Stammtische in ihren Stadtteilen / in ihrer Region. Über 50 taz-Stammtisch-Treffen bundesweit sorgen bereits für Vernetzung, Inspiration und Ideentausch.

Wenn Sie als taz-Leser*in Interesse haben, an diesen Treffen teilzunehmen, sind Sie herzlich eingeladen.

Schauen Sie, ob es einen Stammtisch in Ihrer Nähe gibt, an dem Sie teilnehmen wollen und schreiben Sie an geno@taz.de, wir leiten Ihre Mail an die jeweiligen Organisator*innen weiter.



Alle Infos und Termine finden Sie hier: www.taz.de/stammtisch

Baran Kok, Ikkimel und Grönemeyer twerken für Solidarität

Nach dem Angriff auf den CSD wird die Berliner Columbiahalle zum Ort queerer Wut auf Rechtsextreme, LGBTQIA*-Feindlichkeit und Friedrich Merz

Aus Berlin **Gustav Cattapan**

Zwischen sechs Polizeiwagen und einigen Sicherheitspollern versammeln sich schon Stunden vor Konzertbeginn Hunderte vor der Columbiahalle. Teenager in Antifa-Shirts suchen mit Pappschildern nach Tickets – sie werden keines mehr finden. Bereits wenige Stunden nach Verkaufsstart waren die Tickets für das Solikonzert in der Columbiahalle vergriffen.

16 Künstler*innen treten an diesem von Baran Kok organisierten Abend als Reaktion auf den islamistischen Anschlag beim diesjährigen Berliner CSD auf. Musikalisch findet sich an dem Abend von OG Lus Frankfurter Assi-Rap, Mariybus Technorap-Stil bis zu Indie-Pop von Blond und Grönemeyers Balladen alles.

Kurz nach Öffnen 90 Minuten vor dem Konzert ist die Eventhalle fast vollständig gefüllt. Mädchengruppen neben Müttern mit ihren Söhnen und schwarz gekleideten Antifas. Progressive Prideflaggen werden gehisst, selbstgebastelte Schilder rausgeholt, „Papa Herbie und Mama ikki machen die Fresse auf für queere Rechte“ steht auf einem.

Als Dragqueen Barbie Breakout das Konzert eröffnet, jubelt die Menge. Der Raum wird sehr schnell still, als Barbie Breakout anfängt, über den Anschlag vom 25. Juli zu sprechen, bei welchem 31 Menschen verletzt wurden und eine 65-jährige Frau starb. „Ich bin scheiße wütend“, ruft die Dragqueen, „wütend auf die Regierung die unsere Gelder kürzt, Draglesungen verbietet und uns nicht respektiert“.

Als die ersten Acts zu spielen anfangen, ist das Publikum wieder da. Zu Ceren gehen die Hände hoch, zu OG Lu rappt der Saal den Text mit. Alle Künstler*innen spielen zwei Songs, zwischendurch halten die Schwulenberatung Berlin und CSD-Organisator*innen aus dem ländlichen ostdeutschen Raum Reden. An sie gehen auch die Spenden, die durch die Konzerttickets gesammelt wurden.



Je länger der Abend wird, desto mehr „Alerta“- und „Merz leck Eier“-Sprechchöre ertönen aus dem Publikum. Soho Bani und Baran Kok ändern extra ihre Songtexte, um dem Kanzler einen mitzugeben. Auch Gloria Viagra, die zweite Drag an diesem Abend, ruft „Januar, Februar, Arschloch, April“ in die Menge. Viagra ist wütend und fordert eine radikalere queere Szene: „Sprüht die Straßen voll und besetzt Parteizentralen!“

Gloria Viagra spricht aber wie viele andere an diesem Abend nicht nur von LGBTQIA+-Themen – „Solidarität ist nicht teilbar!“ Der Schöneberger Apsilon rappt über die NSU-Morde, OG Lu über Molotowcocktails gegen die Polizei und Baran Kok solidarisiert sich mit Kurdistan und Palästina.

Die Columbiahalle erlebt ihren bis dahin lautesten Moment an diesem Abend, als der 70-jährige Herbert Grönemeyer die Bühne betritt. Seine Rede gegen Queerfeindlichkeit bejubelt das Publikum so sehr, dass

„Sprüht die Straßen voll und besetzt Parteizentralen!“

Gloria Viagra

die Hälfte der Worte untergeht. Anschließend liefert Grönemeyer dann ab, er singt, tanzt und twerkt, was das Zeug hält.

Die Einzigen, die an diesem Abend mehr twerken als Herbert Gröne-

meyer, sind Ikkimel und Baran Kok. Der Saal schreit zu Moshpits den Text von „Keta und Krawall“ auswendig mit. Der Abend endet mit einer Rede des Veranstalters Baran Kok, als er spricht, wird der ganze Raum noch einmal ruhig.

Der Freiburger redet an diesem Abend das erste Mal über sein Outing. Bisher habe er öffentlich nicht darüber sprechen wollen, weil er nicht von der Presse wegen seiner kurdischen Herkunft in eine Schublade gesteckt werden wollte. Baran Kok richtet sich auch ans Publikum, fordert von ihnen und der deutschen Musikszene mehr Haltung, mehr Fresse auf für queere Freiheit: „Wenn deine Lieblingskünstler dich nicht akzeptieren, sollten es nicht deine Lieblingskünstler sein.“

Vor ausverkauftem Haus spielen 16 Künstler*innen im Konzert „Fresse auf für queere Freiheit“
Foto: Maxine Stiller

dvdesk

Aus fünf Brüdern im Gras werden fünf weiße Kreuze

Das Antikriegsmusical „Oh! What a Lovely War“ war das Regiedebüt des Schauspielers Richard Attenborough. In dieser Satire passt wunderbarerweise nichts zum anderen

Das britische Kino verbirgt seine avantgardistischen Neigungen – und die sollte man nie unterschätzen – gerne im Spektakulären. Das gilt für den frühen Hitchcock, der schon im Stummfilm den Thriller als reine Form zu entwickeln begann. Es gilt für die nicht nur von Martin Scorsese sehr zu Recht hochverehrten Michael Powell und Emeric Pressburger, denen keine verrückte filmische Idee fremd war. Es gilt für Peter Greenaway und seine höchst eleganten fake-historischen Tableau-Kompositionen zu mitreißender fake-barocker Michael-Nyman-Musik. Und es gilt sogar noch für Christopher Nolan, der sein in „Memento“ ausgestelltes Faible für paradoxe Erzählzeitexperimente nach Hollywood mitgebracht hat.

Man trifft auf pulsierende Avantgarde selbst da, wo man sie gar nicht erwartet. Etwa im Werk Richard Attenboroughs: Er war schon jahrzehntlang eine feste Bank als Darsteller im britischen Theater und Film ge-

wesen, später wurde er zum hochgeschätzten, aber nicht mehr sonderlich aufregenden Regisseur sehr solider Biopic-Epen wie „Ghandi“ oder „Chaplin“. Sein Debüt allerdings, 1969 entstanden, war ein völlig anderer Fall. „Oh! What a Lovely War“ geht dabei auf ein Theaterstück zurück, das von einer Radiodokumentation inspiriert war, die sich vor allem auf ein 1917 erschienenenes Buch mit dem Titel „Tommy’s Tunes“ bezog.

Dieses Buch versammelte satirische Texte, die britische Soldaten im Ersten Weltkrieg meist zu vertrauten Melodien sangen. Zu einem Riesenerfolg wurde die von der ihrerseits avantgardistischen, lange in einer Art Kommune lebenden Theatertruppe Joan Littlewoods, Theatre Workshop entwickelte Musical-Theaterversion.

Littlewood, die scharf links eingestellt war, Brecht inszenierte, viel mit Improvisationen experimentierte und den Krieg hasste, hatte die Soldaten in Commedia-dell’arte-Pierrot-Kostüme gesteckt. Wie im Stadion lief

auf einer Anzeigetafel an der Seite der Bühne fortwährend der Stand der im Krieg Getöteten mit.

Attenborough und das Drehbuch des vor allem als Spionageromanautor berühmten Len Deighton übernehmen das Element, aber nur zwischendurch, weil Attenborough die meiste Zeit den weißen Bühnenraum, in dem sein Film beginnt, für draußen gedrehte Szenen verlässt. Draußen heißt dabei: Brighton, das Seebad.

Hier werden unter einer Leuchtschrift „Erster Weltkrieg“ Soldaten rekrutiert, es geht in die Schlacht, erst als Puppenspiel, dann real, es gibt Match Cuts vom Feuerwerk zu Phosphorbomben auf dem Schlachtfeld. Dies alles zwischendurch mit Musik, die oft in der Unterhaltungstradition von Gilbert und Sullivan, der 19. Jahrhundert-Meister, steht. Dies alles so satirisch wie der Song, der dem Film den Titel verleiht.

Das Grandiose daran ist, wie das eine hier nicht zum anderen passt.

Die Unterhaltungsmusik nicht zu millionenfachem Sterben und Tod. Das Musical nicht zum Antikriegsfilm. Dessen Schützengrabenrealismus nicht zur theaterhaften Künstlichkeit vieler Szenen. Das Staraufgebot von Laurence Olivier und John Gielgud bis Vanessa Redgrave und Maggie Smith nicht zur unübersichtlichen Anonymität des Geschehens. Das Ernste nicht zum Komischen, im Kontrast oft fast wie bei Monty Python absurd und frappant.

Im Theaterstück ist, das war Littlewood wichtig, auf der Bühne niemand gestorben. Im Film dagegen sieht man – neben Szenen wie einer utopischen weihnachtlichen britisch-deutschen Schnapsverbrüderung – viele Verletzte und Tote. Unvergesslich das Schlussbild: fünf Brüder im Gras, in fünf weiße Kreuze überblendet. Dann zieht die Kamera auf, ein unendliches Feld mit damals ohne Spezialeffekt tatsächlich real in den Boden gerammten weißen Kreuzen, kein Ende in Sicht. *Ekkehard Knörer*



„Oh! What a Lovely War“ (Großbritannien 1969, Regie: Richard Attenborough). Das britische Label Eureka hat den Film in seiner „Masters of Cinema“-Reihe nun in einer für rund 30 Euro erhältlichen BluRay-Version kanonisiert.

Fortsetzung von Seite 15

dere mussten wegen der wirtschaftlichen Lage ihre Instrumente verkaufen. Einzelne Mitglieder der Band wanderten aus oder gingen andere Wege; die Gruppe bestand später unter wechselnden Namen weiter.

Auf die Frage, wie sie sich eine syrische Metalmusikerin dieser Zeit vorstellt, antwortet sie: „Ein Mädchen, das sich nicht in die vom gesellschaftlichen Umfeld vorgegebenen Formen zwingen lässt, mutig ist, sich nicht von negativen Vorstellungen über Metal abschrecken lässt und nach kultureller und persönlicher Offenheit strebt.“

Diese Erinnerungen zeigen, dass Metal für viele syrische Jugendliche weniger ein politisches Programm als zunächst eine Möglichkeit war, eine eigene Welt zu entdecken – eine Welt, in der sie sich von ihrem Umfeld unterschieden und dennoch Gleichgesinnte fanden.

Während des Gesprächs mit Bashar Haroun musste ich an meine eigene Verhaftung 2007 denken. Ich erinnerte mich daran, wie mein älterer Bruder aus Angst vor weiteren Problemen alle Kassetten im Haus verbrannte – nicht nur die Metaltapes. Ich erinnerte mich an die Angst, wenn ein Polizeiwagen vorbeifuhr, und an einen Freund, der seine langen Haare abschnitt, um nicht weiter aufzufallen.

Meine Recherche zeigt mir, dass unsere Geschichte kein Einzelfall war. Musiker:innen und Hörer:innen in verschiedenen syrischen Städten machten ähnliche Erfahrungen. Der Vorwurf des „Satanismus“ war Ausdruck einer Mischung aus Angst vor dem Unbekannten, gesellschaftlichen Vorurteilen und staatlicher Repression.

Gleichzeitig wurde diese Musikszene kaum dokumentiert. In syrischen Medien erschien Metal häufig nur in vereinfachter Form – etwa als Musik, die den Tod verherrliche, oder als Ausdruck „verlorener Jugendlicher“. Die Vielfalt seiner Themen – von Politik und Gesellschaft über Philosophie und Mythologie bis hin zu Fantasy – blieb weitgehend unbeachtet.

Inzwischen haben sich viele syrische Metal-Bands aufgelöst, Musiker:innen sind ausgewandert und Aufnahmen verschwunden. Doch Haroun glaubt nicht, dass die Geschichte von Metal in Syrien schon zu Ende ist. Noch immer versuchen junge Menschen, mit einfachen Mitteln Konzerte zu organisieren und das Musikgenre in Syrien lebendig zu halten.

Am Ende unseres Gesprächs sagte er lächelnd zu mir: „Du hast meine Erinnerungen wieder geweckt und mich an schöne Dinge zurückgebracht.“ Diese Recherche war nicht nur der Versuch zu verstehen, warum wir vor fast zwei Jahrzehnten verhaftet wurden, sie war auch der Versuch, die Erinnerung an eine Musikszene aufrechtzuerhalten, die über Jahrzehnte zwischen Begeisterung und Missverständnis existierte – und deren Geschichte heute beinahe verschwunden ist.

Ali Al-Haj-Ibrahim ist 36 und lebt derzeit in Weimar. 2025 hat er in Berlin einen Master in Medienwissenschaften und Politischer Kommunikation abgeschlossen.

„Ich gestehe, ich fand Wagenknecht mal gut. Vielleicht habe ich mich durch ihre rhetorische Eloquenz blenden lassen und zu wenig auf den Inhalt geachtet. Für mich ist die Linke erst wieder wählbar geworden, seitdem sie und ihre Entourage dort weg sind“

Forist Grump, auf taz.de am 18. 2. 2026

wortwechsel

Debatten über Rassismus auf vielen Ebenen

Bei dem Fall des britischen Professors Arday wird die Eigenverantwortung vermisst. Die Leichtathletin Smilla Kolbe und ihr Statement zu Rassismus kommt gut an



Ihre Statements im Fernsehen zu rassistischen Anfeindungen gegenüber ihren Mitsstreiter*innen gingen viral: Smilla Kolbe Foto: Memmler/Nordphoto/imago

Dagegen aufstehen!

„Rassismus bei der Leichtathletik-EM: Eine Sache sagen“, taz vom 14. 8. 26 Smilla Kolbe, in deinem Interview nach dem 800-Meter-Lauf hast du vor laufen-der Kamera emotional und ehrlich eine Lanze für das deutsche EM-Team gebrochen. Respekt!!

Du bedanktest dich zunächst für den Support vieler Menschen in den sozialen Medien. Du benanntest allerdings auch klar und selbstbewusst den zunehmenden Rassismus, mit dem sich dort viele deiner Kolleginnen und Kollegen auseinander-setzen müssen.

Ich bedanke mich hiermit ausdrück-lich für deine Äußerungen! Es ist traurig, dass es Menschen gibt, die sich zu diesem offenen Rassismus hinreißen lassen, nur um andere damit zu verletzen. Sie ver-breiten online Hass und Lügen, und das meist ohne Gesicht – das ist ja so schön einfach. Diese Leute streuen Hass. Wir alle sollten es Smilla gleichtun und gegen diesen Ras-sismus aufstehen!

Achim Bothmann, Hannover

Eigenverantwortung

„Debatte um Schwarzen Cambridge-Professor: Falsch verstandener Antiras-sismus“, taz vom 18. 8. 26 Sie bezeichnen Jason Arday als „Opfer eines falsch verstandenen Antirassismus“ und schreiben, andere hätten ihn „in eine untragbare Position gebracht“. Damit legen Sie Arday auf die Opfer-rolle fest.

Arday war Opfer rassistischer Anfein-dungen. Aber er war nicht nur Opfer. Wo er selbst falsche oder irreführende Anga-ben machte, trug er dafür auch selbst Ver-antwortung.

Er behauptete, 600 Meilen in sechs Ta-gen gelaufen zu sein, und erklärte spä-ter, tatsächlich seien es zwölf Tage gewe-sen. Er sprach von fünf bis fünfeinhalb Millionen Pfund gesammelter Spenden; auf Nachfrage erklärte er, die Summe sei über zwei Jahrzehnte mithilfe zahlrei-cher Fundraising-Kollektive zusammen-gekommen.

Arday berichtete außerdem, vor dem Haus seiner Eltern sei ein Schweinekopf ab-gelegt worden und die Metropolitan Po-lice habe deswegen ermittelt. Die Polizei erklärte später, eine solche Untersuchung habe nicht stattgefunden.

Nichts davon rechtfertigt rassistische Hetze. Aber genauso wenig ist es gerecht-fertigt, Ardays eigene Verantwortung aus der Geschichte herauszuschreiben. Arday war nicht bloß eine Projektionsfläche an-derer. Er war auch selbst handelnder Ak-teur. Diese Eigenverantwortung fehlt mir in Ihrem Kommentar.

Michael Pfeiffer, Neuhausen auf den Fildern

Danke für Zu-MUT-ung

Danke für zwei und mehr unterschied-liche Kommentare zum Fall Arday. Man kann hier so gut sehen, dass nicht einer allein die ganze Wahrheit besitzt.

Bin richtig erfreut über diese Zu-MUT-ung für die Leserschaft, beides mitzuden-ken. Maren Meyer-Stoll, Kassel

Faktencheck fehlt

„Warum ich die Vorsilbe „Deutsch“ wie-der ablegte“, taz vom 4. 8. 26

Ein kleiner Faktencheck: Polioimpfung wurde in den USA erst 1955 zugelassen. Was der Autor Mohamed Ibrahim hier schreibt, kann also nicht wahr sein: „Mein Vater wurde 1945 in einem Dorf im dama-ligen Palästina geboren, aus dem er und meine Großeltern drei Jahre später wäh-rend der Nakba vertrieben wurden. Durch die Vertreibung erhielt er die Impfung gegen Kinderlähmung nicht rechtzeitig.“

Auch der Einmarsch der israelischen Armee im Libanon wird völlig zusammen-hangslos dargestellt.

Auch die Aussage, auf Deutschland nach dem 7. Oktober 2023 bezogen: „De-monstrationen gegen den Krieg wur-den verboten“ trifft einfach nicht die Tat-sachen. Es gibt genaue Vorgaben, wes-halb Demonstrationen verboten wurden, und die Begründung war nie, „weil sie ge-gen Krieg waren“, das ist juristisch einfach falsch.

Ich finde, man sieht, dass ihr bemüht seid, „mehrere Seiten“ zuzulassen, aber ich bin sicher, ihr habt da viele Kämpfe auszufechten. Ich denke, es wäre aber ganz besonders wichtig, bei den Artikeln die Faktenprüfung unabhängig zu ge-währleisten. Ich wünsche euch weiterhin alles Gute. Hanna Brögeler

Neuer Beruf: Interessensspagat

„Diese SPD braucht es nicht“, taz vom 13. 8. 26 Timm Kühn hat recht: Diese SPD braucht es nicht. Aber aus einem anderen Grund. Eine Partei, die gleichzeitig Mieter be-ruhigen, Vermieter nicht erschrecken, Immobilienkonzerne nicht verärgern und trotzdem sozial aussehen möchte, hat offenbar einen neuen politischen Beruf erfunden: den Interessensspagat ohne Bodenkontakt.

Steffen Krach sagt Nein zur Enteig-nung, will aber gegen den Mietenwahn-sinn kämpfen – das ist ungefähr so, als würde die Feuerwehr erklären, sie sei ge-gen Wasser, wolle aber Brände löschen. Vielleicht ist das eigentliche Problem der SPD nicht, dass sie Kapital und Arbeit ver-treten will. Das wäre ja noch klassische So-zialdemokratie. Das Problem ist, dass in-zwischen beide Seiten nicht mehr wissen, ob sie ihr glauben sollen. Die SPD hat also nicht zu viele Wähler verloren. Sie hat ihre Gebrauchsanweisung verloren rhebs auf taz.de

Handeln ist wichtig

„Klimaanpassung ins Grundgesetz“, taz vom 214. 8. 26 Umweltminister Carsten Schneider will den Klima-, Wasser- und Hitzeschutz in das deutsche Grundgesetz einbringen lassen. Handeln wäre aber die bessere Alternative. Nur mehr Güter von den Wasserstraßen auf die Asphaltstraßen und die Bahn zu bringen, ist wegen den zusätzlichen CO₂-Emissionen nicht die Lösung der Probleme. Da muss viel mehr kommen, wenn wir den Kampf gegen den Klimawandel auf unserem Planeten Erde noch gewinnen wollen und können. Roland Klose, Bad Fredeburg

meinungsstark

Ruck in die Mitte

„Cem Özdemir: „Ich bin auch Anwalt der Grünen-Basis“,“ taz vom 17. 8. 26 Cem Özdemir empfiehlt den Grünen einen „Ruck in die Mitte“. Damit steht er in der Tradition seines geistigen Ziehvaters Wil-fried Kretschmann. Dem ist in mehrfacher Hinsicht entge-genzuhalten:

1. Diese Strategie, ausgerufen durch Robert Habeck, hat schon bei der letzten Bundestagswahl nicht den erwarteten Erfolg gezeigt. Sie setzt ein konservatives Umfeld voraus, wel-ches sich bei den konservativen Parteien nicht auf- und wahr-genommen fühlt.
2. stellen die Grünen, gestartet als Anti-(Establishment)-Par-tei, so wie es Petra Kelly immer wieder eingefordert hatte, den Machterhalt beziehungsweise -erwerb über eine gesellschaft-lich progressive Entwicklung, nähern sie sich immer mehr ei-ner CDU an.
3. entzieht sich diese Strategie jeder dialektischen Denk-weise, die ja auch nur vom materialistischen Standpunkt aus ernst zu nehmen wäre. Nämlich, dass jede systemimmanente reformorientierte Politik systemüberwindenden Charakter in sich tragen muss. Uwe Fischer, Berlin

Wo ist die Mitte und die Ökologie?

Eine klare Abgrenzung zur AfD kann ich bei Herrn Özdemir nicht erkennen. Daraus folgt unmittelbar die Frage, wo sich für Herrn Özdemir die „Mitte“ befindet. Ein Blick in die taz vom 15. Juli diesen Jahres macht deutlich, welchen Wert Herr Özdemir der Ökologie beimisst. Ich habe seit 1980 die Grünen bei Bundestagswahlen gewählt. Leute wie Herr Özdemir haben dazu beigetragen, dass ich dies bei der letzten Bundes-tagswahl nicht mehr getan habe.

Hans-Christian Müller, Gelsenkirchen

Nicht im Team Antiislamismus

Ich hätte mir gewünscht, Herr Özdemir wäre gefragt worden, was genau jetzt die Erklärung der Länder des westlichen Bal-kans zu sicheren Herkunftsländern mit Antiislamismus zu tun hat. Und ob westlicher Balkan oder nicht – wer Menschen, die vor Islamisten fliehen, den Schutz verweigert, spielt offen-kundig nicht im Team Antiislamismus.

Britta Bremer, Essen

Auf dem Präsentierteller

„Springer vs. Volksbad: „Bild“ will Becken“, taz vom 12. 8. 26 Geht es noch ungeschickter? Wenn an diesem exponierten Platz offiziell (ursprünglich) mit der Reservierung „exklusiv für die Schwarze Community“ geworben wird, dann interes-siert sich keiner mehr für das „Kleingedruckte“. Die Reaktion der konservativen/rechten Medien war zu erwarten. Und die Gegenreaktion der linken Medien war ebenfalls erwartbar. Warum macht man so ein Angebot und publiziert es so fahr-lässig? Die Volksbühne hat wohl nun die Veranstaltung wegen rassistischer Anfeindungen abgesagt. Warum hat man die Situation eskaliert?

Ich habe Kinder, die zur „schwarzen Community“ gehören. Ich stelle mir vor, wie meine Kinder mit anderen schwarzen Kindern 6 Stunden auf dem Präsentierteller sind. Es ist unver-antwortlich, diese Kinder so in den Mittelpunkt zu stellen und eventuell Aggressionen auszusetzen. Black & White auf taz.de

Was macht die Hand auf ihrem Po?

„Für beide Seiten ein Glücksfall“, taz vom 14. 8. 26 Mich irritiert dieser Artikel. Wo bleibt der feministische, machtkritische Blick, für den ich die taz lese? Sie suchte verzweifelt eine Wohnung, er hatte anderthalb Zimmer zu vergeben – Anlass genug, dieses Verhältnis zu hinterfragen. Stattdessen wird der Mann als cooler Altlinker gefeiert. Das mag er ja auch sein. Ich frage mich nur: Was macht auf dem Foto seine Hand auf ihrem Po? Und warum fällt das in der ge-samten Redaktion niemandem auf?

Sarah Sorge, Frankfurt am Main

gezwitzcher

Meines Erachtens trifft Cambridge die Hauptverantwortung. Sie haben ihn in den Himmel gehoben und jede Kritik mit dem Vorwurf des Rassismus gekontert. Als das nicht mehr ging, hat man ihn fallen lassen

Dr. McSchreck auf taz.de vom 17. 8. 26



taz  die tageszeitung,
friedrichstraße 21,
10969 berlin, briefe@taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.



Alina Schwermer
Erste Frauen

Ein Märchen von Gleichberechtigung

Ankica Škrtić war als Jugendliche nie mit Sport in Kontakt gekommen. Wir wissen nicht viel über die junge Arbeiterin, die in Karlovac im heutigen Kroatien, damals Jugoslawien, lebte. Aber wir können annehmen, dass sie eine entbehrungsreiche Zeit hinter sich hatte: Der Zweite Weltkrieg war gerade vorbei, in Jugoslawien hatten der NS-Terror und der Völkermord durch die Ustascha-Diktatur tiefe Traumata hinterlassen, das Land war zusätzlich vom brutalen Partisanenkrieg erschöpft. Da hörte die Fabrikarbeiterin Ankica Škrtić einen Aufruf: Die Kommunistische Partei der neuen Volksrepublik wollte, dass alle Arbeiter:innen Sport trieben. Ja, warum nicht?

So meldete sich Škrtić 1946 zum landesweiten Frühlings-Crosslauf an, einer in Jugoslawien beliebten Laufdisziplin quer durch die Natur. Sportschuhe besaß die Arbeiterin nicht, also trat Anika Škrtić barfuß an – und siegte. Der Ehrgeiz hatte sie gepackt. Im selben Jahr reiste sie ins heute slowenische Ljubljana zu den nationalen Meisterschaften im 800-Meter-Lauf – und siegte wieder. Für den Sportverband und die jugoslawische Presse war sie die perfekte Story: eine Arbeiterin aus prekären Verhältnissen, eine Amateurin, eine Frau, und erst dank des Kommunismus zum Sport gekommen. Ein Märchen von Gleichberechtigung und sozialem Aufstieg.

So schreibt es der Genderhistoriker Ivan Simić, der ausführlich zur Genderpolitik durch Sport in Jugoslawien geforscht hat. Es war eine sehr besondere Zeit. Oft erzählt diese Kolumne von Frauen, die sich gegen große Widerstände in den Sportbetrieb kämpften, zumeist im Spitzensport. Aber was, wenn eine Regierung ambitioniert Gleichberechtigung mittels Breitensport erstreiten will? Großen Einfluss hatte die sowjetische Sportideologie. Gesunde und disziplinierte Körper, das Kollektiv, weibliche Gleichberechtigung – Sport sollte den neuen sozialistischen Menschen schaffen. Vor allem junge Frauen vom Dorf wurden gescoutet, so Simić. Und am liebsten Muslima, um den Sieg des Kommunismus über alte Normen und Werte zu zeigen, auch in der Kleiderordnung.

Die jugoslawischen Zeitungsartikel erinnern dabei durchaus an deutsche Medien der Gegenwart. Oft sind es emotionale Storys von marginalisierten Frauen, die entgegen vieler Widerstände siegen und dabei etwa den Hidschab ablegen. Sportpropaganda zu zwei Zeiten und unter anderen Vorzeichen, aber mit vergleichbarem Ziel: Sport soll die Überlegenheit einer Ordnung demonstrieren.

Die Forscher:innen Nikola Mijatov und Sandra S. Radenović berichten in ihrer Arbeit zur Rolle von Frauen im jugoslawischen Sport etwa über den Fall Šemsa, eine junge Frau aus Bosnien, die für den Staffellauf zum Geburtstag des Autokraten Tito den Hidschab ablegte. In Bosnien und Kosovo durften muslimische Frauen beim Sport kein Kopftuch tragen. Šemsa trat offenbar auch bei Rennen gegen Männer an. „Wenn die Revolution nicht gewesen wäre, hätte Šemsa den Hidschab weiterhin getragen“, hieß es in der jugoslawischen Presse.

Doch die verordnete Genderrevolution hatte Grenzen. Zum einen, weil auch der Parteiparat wohl nicht gänzlich überzeugt von der Sache der Frauen war: Fußball und Boxen etwa blieben für Frauen verboten, oft (ähnlich wie im Westen) mit Hinweis auf vermeintliche Gesundheitsgefahren. Auch religiöse Oberhäupter aller Couleure waren eher mittelmäßige Feministen. Und Nikola Mijatov und Sandra S. Radenović schreiben, dass trotz der Bemühungen um gleiche Quoten etwa im Crosslauf 1948 nur 19 Prozent der Teilnehmer:innen weiblich waren.

In den Sportverbänden waren rund ein Drittel der Mitglieder Frauen, mit den niedrigsten Quoten im ländlich geprägten Bosnien und Mazedonien. Allerdings ist das sehr respektabel im internationalen Vergleich: So lag in der Bundesrepublik 1950 bei der Gründung des DSB der Frauenanteil bei zehn Prozent.

Mit der Zeit, schreibt Genderhistoriker Ivan Simić, erlahmte die Bewegung. Vor allem, weil es für Mädchen kaum möglich war, weiter Sport zu treiben, sobald sie Hausfrauen wurden. In Slowenien etwa war ein Drittel der Arbeiter:innen täglich noch drei bis sechs Stunden mit Care-Arbeit beschäftigt, ein weiteres Drittel sogar sechs bis neun Stunden. Oder, wie Simić es formuliert: „Sozialistische Männlichkeit beinhaltet nie Haushalt.“ Vielleicht hat Wunderläuferin Anika Škrtić ein ähnliches Schicksal ereilt. Bald jedenfalls verliert sich ihre Spur.



Sehnsucht nach Überraschungen

Etliche Spitzenfußballerinnen haben vor der Saison der deutschen Eliteliga den Rücken gekehrt. Und die Pläne, wieder attraktiver zu werden, wirken unausgegoren

Von **Frank Hellmann**

Natürlich fällt das Rampenlicht schon wieder auf Trainerin Marie-Louise Eta. Zum Eröffnungsspiel der Frauen-Bundesliga zwischen Union Berlin und Bayern München (Freitag 18.20 Uhr/ZDF, Dazn und Magenta TV) generiert die 35-Jährige das größte Interesse, weil sie vor wenigen Wochen als Pionierin die Männer durch den Abstiegskampf führte. Mit ausreichend Abstand startet nun ihre nächste Mission: die zementierten Kräfteverhältnisse im deutschen Frauenfußball aufbrechen. Dass das Münchner Starsensemble das fünfte Mal in Folge die Meisterschaft gewinnt, ist indes auch mit dem eisernen Willen von Union Berlin kaum zu verhindern.

Aber dahinter könnte sich das Feld neu sortieren, nachdem seit 2022/23 immer Bayern, VfL Wolfsburg und Eintracht Frankfurt in dieser Reihenfolge die internationalen Plätze belegten. Union setzte mit der Verpflichtung der Frankfurter Nationalspielerinnen Jella Veit und Lisanne Gräwe ein Zeichen. Auch Bayer Leverkusen strengt sich an, in die Phalanx einzubrechen. Die Bayern haben derzeit mit dem Bezug des Sportparks Unterhaching als neue Hei-

mat – vorerst nur für die Champions-League-Heimspiele – ihre Ambitionen untermauert. „Wenn 2029 alles fertig ist, dann ist das eine Revolution im Frauenfußball“, behauptet Präsident Herbert Hainer.

Vizemeister VfL Wolfsburg und der Dritte Eintracht Frankfurt haben immer größere Probleme, ihre Leistungsträgerinnen zu binden. Wie sehr sich alles verändert, beschreibt Friederike „Fritz“ Kromp als Trainerin von Werder Bremen: „Es ist schon verrückt, wie schnell die Entwicklung ging.“ Ablösesummen, Gehälter würden durch den internationalen Markt rasant steigen. Aber auch national nimmt der Verdrängungswettbewerb zu, weil erstmals nur noch Lizenzvereine mit einem Männerproffteam die höchste Frauenspielklasse bilden. Rund zwei Millionen Euro fließen im Schnitt in die Quersubventionierung. Und wenn ein Mindestgrundgehalt kommt, wird der Personalaufwand noch einmal kräftig steigen.

Nach dem Abstieg von Carl-Zeiss Jena und SGS Essen als letzter Frauenfußballverein könnte es diesmal in der unteren Tabellenhälfte richtig spannend werden: Der VfB Stuttgart und FSV Mainz

05 sind „keine klassischen Aufsteiger“, sondern Neulinge mit einem enormen Ehrgeiz (Stuttgart) und einem klugen Plan (Mainz).

Ansonsten verlassen prägende Figuren die Liga. Europameisterin Georgia Stanway, Geraldine Reuteler und Selina Cerci (alle FC Arsenal), Elisa Senß und Lineth Beerenstyn (beide Real Madrid), Nicole Anyomi (London City Lionesses) oder Vivien Endemann (FC Liverpool) sind weg. Nach der WM 2027 in Brasilien könnten die Bayern-Stars Klara Bühl und Franziska Kett folgen. Im schlimmsten Fall spielt zur Heim-EM 2029 keine deutsche Nationalspielerin mehr in der Heimat. Die Ausgliederung der Frauen-Bundesliga ist zu einem Zeitpunkt geschehen, an dem Vereine und Verband eigentlich alle Kräfte bündeln müssten.

Stattdessen hat sich die Frauen-Bundesliga FBL e. V. eigenständig auf den Weg gemacht – und den Bruch mit dem DFB in Kauf genommen. FBL-Präsidentin Katharina Kiel (Frankfurt) wird selten konkret, wenn es um die geeigneten Maßnahmen geht, „sichtbarer, innovativer und wachstumsfähiger“ zu werden. Wie bitte soll die Identität aussehen, wo England auf allen Ebenen meilenweit enteilt ist?

Lackmустest werden die anstehenden Verhandlungen für den neuen Fernsehvertrag – vorerst nur für die nächsten zwei Jahre. Zwei Streamingdienste übertragen diese Saison noch jedes Spiel. Mit den öffentlichen-rechtlichen Sendern kommen 5,17 Millionen Euro jährlich zusammen. Die Idee, schon ab der Saison 2027/28 Playoff-Spiele mit Halbfinale und Finale zur Meisterschaftsentscheidung einzuführen, um die Gebote in die Höhe zu treiben, wirkt unausgegoren.

Bayern-Direktorin Bianca Rech spricht von einer „Abwertung der Liga“ und Wolfsburgs Sportboss Dieter Hecking von einem „kontraproduktiven Eingriff“ in den Wettbewerb. Es mehren sich die Indizien, dass es auf der nächsten Mitgliederversammlung gar nicht zur Abstimmung kommt. Was oft nicht mitgedacht wird: Kann es sich Deutschland leisten, einen Überraschungsmeister in die immer herausfordernde Women's Champions League zu entsenden, wo jeder Punkt für die künftigen Startplätze zählt? Bereits beim Supercup in Ingolstadt sollen die Bosse aus München und Wolfsburg beratschlagt haben, wie der Plan mit den Play-offs schnell wieder in der Schublade verschwindet.

was alles nicht fehlt

Auf Droge: Wegen eines positiven Kokaintests ist der frühere Wimbledon-Finalist Nick Kyrgios vorläufig suspendiert worden. Der 31-Jährige gab die positive Probe am 22. Juni während des ATP-Turniers auf Mallorca ab, wie die zuständige International Tennis Integrity Agency mitteilte. Kyrgios ist seit dem 4. August vorläufig suspendiert. In diesem Jahr hatte der Australier, der 2022 das Wimbledon-Finale erreichte, auch aufgrund von Verletzungsproblemen lediglich drei Turniere auf der ATP-Tour bestritten.

Neuer Versuch: München bewirbt sich erneut um die Ausrichtung des Champions-League-Endspiels. Bereits 2028 möchte die bayrische Landeshauptstadt das wichtigste Spiel im europäischen Vereinsfußball ausrichten. Der Feriensenat des Münchner Stadtrats befürwortete in seiner Sitzung eine entsprechende Kandidatur. München habe 2025 gezeigt, dass es Sportgroßer-

eignisse auf höchstem internationalen Niveau ausrichten könne, sagte Oberbürgermeister Dominik Krause. Erst 2025 war München Gastgeber des Champions-League-Endspiels.

Ein Königstransfer: Der Wechsel von Spaniens Weltmeisterkapitän Rodri von Manchester City zum FC Barcelona ist endgültig perfekt. Wie Barça mitteilte, erhält der 30-Jährige bei den Katalanen einen Vertrag bis zum Sommer 2030. „Es ist ein Traum, hier zu sein und für Barcelona zu spielen“, sagte Rodri schon vor dem endgültigen Vollzug. „Wir wollen alles gewinnen.“ Mit dem Mittelfeldstrategen steigen die Möglichkeiten des Teams von Trainer Hansi Flick beträchtlich. Der Poker zog sich länger als erwartet. Der spanische Meister wollte den Kauf schon längst festgezurrte haben, doch City lehnte die ersten Angebote ab. Dann erfolgte doch eine Einigung. Die Ablösumme soll bei mehr als 70 Millionen Euro liegen.



Städtereise mit Bosphorus-Fahrt bis zum Schwarzen Meer

ISTANBUL

mit Nihat Gencosman in Kooperation mit Derya Türkmen (taz)

Istanbul ist eine der ältesten Metropolen Europas, herrlich am Bosphorus gelegen, vielschichtig und widersprüchlich. Es gibt völlig unterschiedliche Stadtteile, die Sie während der Reise durchstreifen. Neben traditionell islamisch geprägten Vierteln ist die Stadt auch eine Hochburg der Opposition, ihre Sicht auf die Entwicklung des Landes werden wir bei verschiedenen Treffen erfahren.

10. bis 18. Okt. 2026, ab 1.330 € (DZ/3xHP+5xÜF/ohne Anreise)

Mehr Infos: www.taz.de/tazreisen oder unter T (0 30) 259 02-117
taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

Tiere im Porträt

Von Jürgen Miedl
Um die Tiere abzubilden,
Hilfts bei zahmen wie bei wilden,
Die Motive so zu wählen,
Wie sie sich von selbst empfehlen.

Richtig wohl in Wasserfarben
Fühl'n sich Fische, etwa Barben.
Wie fürs Hochformat erschaffen
Sind die Hälse von Giraffen.

Pointilist? Marienkäfer!
Malst nach Zahlen? Siebenschläfer!
Und natürlich ist der Nackt-
Mull perfekt für einen Akt.



Foto: ap

Salto beim Sex gegen Tod

Geniale Spinnenmännchen der Schwarzen Witwe

Liebe menschliche Männchen, jetzt genau aufgepasst! Denn was nun folgt, spielt zwar im Tierreich, kann aber wichtig werden für den weiteren Verlauf eures wirklichen Lebens. „Schwarze-Witwe-Männchen vererben Trick gegen Tod beim Sex“, meldete am Mittwoch die Fortpflanzungsagentur dpa. So viel Informationen in einem Satz, das müssen wir erst einmal sortieren: Bestimmte Spinnen fressen nach der Paarung ihre Partner auf. Die Männchen einer australischen Art verringern aber das Risiko durch einen speziellen Rückwärtssalto beim Sex. Dieser Trick wird wohl vererbt. Und das haben geniale Forscher der Universitäten Hamburg, Trier

und Rostock herausgefunden. Orte, an denen das Auffressen nach dem Liebesakt fast schon üblich ist. Jedenfalls vollführen die australischen Rotrückenspinnen-Männchen beim Sex eine Art Rückwärtssalto in die Giftzähne des Weibchens. Gleichzeitig verengt sich der Hinterleib so stark, dass der Biss der Liebespartnerin weniger tödlich ist. Dadurch steigern Männchen ihre Überlebenschancen und sie können sich ein zweites Mal mit dem Weibchen paaren. Und genau das, liebe menschliche Männchen, üben wir jetzt mal: Beim Sex einen Rückwärtssalto und den Hinterleib verengen. Nur so habt ihr überhaupt noch eine echte Überlebenschance!

Elons Loch auf dem Mond

Raketenteile von Musk-Firma verursachen Krater

Wie die amerikanische Weltraumorganisation Nasa am Mittwoch bekanntgab, hat der Einschlag von Teilen einer „Falcon 9“-Rakete der Firma SpaceX Anfang August auf dem Mond einen Krater hinterlassen. Der neue Mondkrater ist etwa 18 Meter breit und rund drei Meter tief. Die „Falcon 9“-Rakete war am 15. Januar 2025 vom US-Weltraumbahnhof Cape Canaveral gestartet. Die untere Raketenstufe kehrte zur Erde zurück, die obere Stufe blieb jedoch im All und schlug ungeplant auf dem Mond ein. Die Weltraumfirma SpaceX gehört dem reichsten Mann der Welt, Elon Musk, weshalb nun die Astrophysiker der Wahrheit vorschlagen, dem Krater den Namen „Elons Loch“ zu geben. Denn die Maße des lunaren Lochs stimmen exakt überein mit den Maßen des irdischen Lochs von Musk. Ein kreisrundes Objekt von 18 Metern Breite und drei Metern Tiefe entspricht dabei vergleichsweise der Größe ... nein!, nicht des Saarlands und auch keines Fußballfeldes, was beides gern als Vergleichsgröße herangezogen wird. Das Arschloch von Elon Musk hat ungefähr die Größe eines Tennisfeldes. „Elons Loch“ liegt ganz nah an der dunklen Seite des Mondes.



Getroffenfoto: reuters



Anke Richter

Neues aus Neuseeland: Dotcoms letzter Akt

Wenn uns nicht gerade ein Moschee-Attentat oder starkes Erdbeben erschüttert, dann ist der schönste Arsch der Welt eigentlich ein beschauliches Pflaster für Auslandskorrespondenten. Daher verschwand ich Mitte Januar 2012 auch wie alle anderen Kiwis in die Sommerpause: ohne Internet oder Handy-Empfang an die wilde Westküste. Was sollte schon groß passieren in der einen Woche?

Ab und zu strampelte ich 20 Kilometer auf dem Fahrrad ab, um im Café von Punaikaiki eine Zeitung zu lesen, die meist veraltet war. So erfuhr ich zu meinem Entsetzen erst mit zwei Tagen Verspätung, dass der korpulente Hacker Kim Schmitz aus Kiel, zuletzt international als Megaupload-Gründer Kim Dotcom bekannt und zwischen durch als Kimble, in seiner Luxusvilla nördlich von Auckland verhaftet worden war.

Aktuell geht anders, aber ich musste ran. Der Urlaub war versaut, die deutschen Redaktionen warteten. Neuseeland hatte eine

Weltnachricht. Die Razzia im Morgengrauen war vom FBI im Auftrag gegeben. Ob das legal war, ist umstritten, aber es war hollywoodreif. Genauso hochdramatisch ging es fortan mit dem bekanntesten deutschen Einwanderer in Aotearoa weiter. Auch sein Visastatus war umstritten.

Kim mutierte zum krawalligen Politrebellen und gründete die Internetpartei, die jedoch nach großem PR-Hype bei den Nationalwahlen mit 1,4 Prozent abschmierte. Der Megalomaniac wurde zur Karikatur, kämpfte aber die nächsten zehn Jahre tapfer weiter gegen seine Auslieferung in die USA. Dort will man ihm nach wie vor wegen Copyrightverletzung und Betrug den Prozess machen.

Lange hörte man wenig von ihm, bis auf russische Propaganda über angebliche amerikanische „Biolabore“ in der Ukraine. Im November 2024 hatte der sechsfache Vater einen Schlaganfall. Das erfuhr man nur von X. Er sitzt seitdem schwerbehindert im Rollstuhl und kann einem leid tun. Oder

konnte. Denn vor zwei Wochen ließ er sich erstmals wieder blicken und hören, zugeschaltet aus den Bergen Neuseelands – ausgerechnet bei Amerikas ultrarechtem Schwurbelagitator Tucker Carlson.

Dotcoms Sprache war schleppend. Der 52-jährige erzählte stockend von seiner Reha, von KI und Propaganda, von „free speech“ und seinem Helden Julian Assange. Das beste Land der Welt? Die Schweiz, sagte er. Und ließ dann einfließen, dass er in seiner Nachwahlheimat Aotearoa die NZ Outdoors & Freedom Party unterstützt – eine Splitterpartei für Impfgegner und Covid-Leugner.

Der Auftritt in der Tucker Carlson Show machte prompt Schlagzeilen im *New Zealand Herald*. Falls der verschwörungsnaher Putin-Sympathisant nach der Genesung doch wieder in die Politik zurückkehren sollte, dann habe ich endlich guten Grund, Kim Dotcom ganz unjournalistisch zum Kotzen zu finden. Nicht nur, weil er mir damals den Westküstenurlaub versaut hat.



das wetter

Weichhörer

Kurella war Harthörer. Zum Glück. Lebte er doch neben einer menschlichen Abrissbirne: Weilandt. Ein Schrei von einem Hals. Den ganzen Tag. In einer Tour. Kreisch. Kreisch. Kreisch. Bis sich Kurella die Ohren durchpusten ließ. So das Angebot. Und Kurella nahm es an. Danach war nichts mehr, wie es war. Säusel. Säusel. Säusel. Weilandt war ein liebenswürdiges Wattebäuschchen. Kurella verstand die Welt nicht mehr. Plötzlich war er Weichhörer. Dafür hatte er Glück in der Liebe und heiratete. Selbstverständlich nicht Weilandt.

gurke des tages

Ein Sommer der Brände neigt sich seinem frühherbstlichen Ende zu. Feuer in Frankreich. Feuer in Spanien. Feuer in Deutschland. **Feuer einfach überall.** Und jetzt auch noch an einem Ort, an dem es wirklich hot, hot, hot zugeht: „**Feuer verwüstet Swingerclub**“, meldete die Hitzeagentur dpa am Mittwoch. Im Westerwald habe es einen „**Vollbrand**“ gegeben. Und wir alten Pfadfinder können uns gut vorstellen, wie dieses Feuer entstanden ist: **intensive Reibung.**

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung.
Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift:
Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk,
Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7,
28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21,
10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:
Barbara Junge
Anzeigen:
Dieter Schwengler
Berliner Lokalteil:
Susanne Memarnia | alle Berlin
Regionalteil Nord:
Jan Kahleke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:
taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Tel.: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand:
Pascal Beucker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Kaufmann |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat:
Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg |
Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin |
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis digital
22,40 €



Kino Arsenal August 2026



Fieberträume – Die Filme von Nicolas Roeg THE MAN WHO FELL TO EARTH (Der Mann, der vom Himmel fiel, Nicolas Roeg, UK 1976 | 6. & 22.8.)

3.7.-30.8.

**Magical History Tour
Meet the Sound – Ton im Film, Klang
im Raum**

7.7.-15.8.

Retrospektive Jean Eustache

31.7.-28.8.

**Fieberträume –
Die Filme von Nicolas Roeg**

**2.8., 15.00 Uhr, 16.8., 15.30 Uhr,
29.8., 14.30 Uhr, 30.8., 15.30 Uhr**
Daumenkino Das Kinderprogramm

5.8., 19.00 Uhr
Raumgeben

8.8., 20.00 Uhr & 13.8., 19.00 Uhr
70 mm: ONE BATTLE AFTER ANOTHER

20. & 21.8., 20.00 Uhr
**17. Arsenal Summer School
Introduction to Humanities**

22.8., 14.00 Uhr
Sommerfest im silent green
**Das Arsenal Filminstitut
stellt sich vor**

24.-26.8.
Pop-Kultur Festival 2026

29.8., 20.00 Uhr
Fenster zum Hof
Das Nachbarschaftsprogramm

30.8., 20.00 Uhr
Persona non grata

31.8., 20.00 Uhr
Condition Report #16

31.8.-4.9.
Kino 16 –
**Einführung in das künstlerische
Arbeiten mit 16-mm-Film**



Arsenal Filminstitut e.V.
wird gefördert durch:

Der Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



cargo

taz

FILM
DIENST



FFA

MBB
Medienboard
Brandenburg

**arsenal
filminstitut**

Plantagenstraße 30
13347 Berlin
www.arsenal-berlin.de



Brandenburg auf dem Trockenen: sinkende Pegel in der Talsperre Spremberg Foto: Frank Hammer-schmidt/dpa

Im Supermarkt gegen die Klimakrise

Trotz des Hitzesommers sind Massenproteste der Klimabewegung bisher ausgeblieben. Dabei protestieren die Aktivist:innen weiter – gegen SUVs und Wasserdiebstahl

Von Timm Kühn

Die Auswirkungen der Klimakrise werden in diesem Hitzesommer immer konkreter spürbar. Am Dienstag teilte das Brandenburger Landesumweltministerium mit, aufgrund des Niedrigwassers der Spree müssten gemäß der zweiten Stufe eines Notfallplans einige Schleusen im Spreewald geschlossen werden, um einen Mindestpegel in Richtung Berlin zu halten. Es sei damit zu rechnen, dass das Paddeln im Spreewald nur eingeschränkt möglich ist – mit welchen Folgen ansonsten für das Biosphärenreservat zu rechnen ist, führte das Ministerium nicht aus. Grund für die Wasserknappheit seien die hohen Temperaturen und der zu geringe Niederschlag.

Darüber hinaus wurden in Brandenburg schon seit Längerem in zahlreichen Landkreisen

Wasserentnahmebeschränkungen erlassen, die das private Abpumpen von Oberflächenwasser verbieten, etwa fürs Bewässern von Pflanzen oder Befüllen von Swimmingpools. Derweil teilt das Robert Koch-Institut (RKI) mit, die Zahl der Hitzetoten in Brandenburg und Berlin liege in diesem Jahr deutlich über den Zahlen der vergangenen Jahre. Deutschlandweit rechnet das RKI in diesem Sommer bisher mit über 12.000 hitzebedingten Toten.

Und trotzdem: Massenproteste hat es bisher noch nicht gegeben. Als vor zwei Wochen Fridays for Future zu einem spontanen Protest vor dem Bundeskanzleramt aufgerufen hat, kamen jedenfalls kaum 300 Menschen. In deutschen Medien wird deshalb aktuell gerne gefragt, wo denn nun die Klimabewegung sei. „Kann es sein, dass die Klimabewegung es sich

selbst versaut hat mit dem Mainstream, durch zu viel Festkleben im Berufsverkehr?“, fragte da etwa die *Süddeutsche Zeitung* – und rief damit zuletzt viel Widerspruch in der Bewegung hervor.

Carla Hinrichs, Aktivistin der inzwischen aufgelösten Protestgruppe Letzte Generation, die für genau solche Protestaktionen stand, sagte etwa, die Klimabewegung sei von den Medien „verunglimpft, kriminalisiert und durch den Dreck gezogen“ worden. Auch die Aktivistin Luisa Neubauer sagte, die Schuld für die inzwischen abgeebbten Proteste gegen die Klimakrise nun bei der Bewegung zu suchen, statt bei den Politiker:innen, die diese laufen lassen, sei eine „Beleidigung für alle Menschen in diesem Land, die sich seit Jahren ehrenamtlich engagieren“.

Tatsächlich kann man der Klimabewegung überhaupt nicht vorwerfen, in der Hitze-

krise untätig zu sein. Erst in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch haben etwa Aktivist:innen des Widerstands-Kollektivs, einer Nachfolgeaktion der Letzten Generation, in Charlottenburg nach eigenen Angaben etwa 20 SUVs stillgelegt. Weil die Politik im Umgang mit der Klimakrise versage, habe man sich entschieden, „selbst Hand anzulegen“, hieß es laut den Aktivist:innen auf Zetteln, die in die Windschutzscheiben der überdimensionierten Stadtwagen gehängt worden, denen mithilfe gefrorener Erbsen die Luft aus den Reifen gelassen wurde.

SUVs würden wegen ihres hohen Verbrauchs „Öl ins Feuer der Klimakatastrophe“ gießen, erklärte eine der Aktivist:innen in einer Mitteilung. Zudem würden die Großautos gerade im städtischen Raum viel Platz einnehmen. „Wenn diese Flächen entsiegelt und zum Beispiel mit

Bäumen bepflanzt werden, dann würde das gerade in den heißen Sommermonaten die Straßen kühlen, Schatten spenden und die Luftqualität verbessern“, so die Aktivist:innen.

Einen anderen Schwerpunkt legen die Aktivist:innen einer neuen Protestkampagne namens Guter Grund. Auf Videos ist zu sehen, wie die Aktivist:innen in Supermärkten Getränke-regale mit rotem Absperrband und Zetteln überkleben, auf denen auf die Millionenprofite hingewiesen wird, die Konzerne in der Wasserkrise machen. Am Dienstag und Mittwoch war die Gruppe in Neukölln unterwegs. Bereits am ersten Augustwochenende waren Aktivist:innen bei vergleichbaren Aktionen von der Polizei festgenommen worden.

Mit ihren Aktionen wolle man die Verfügbarkeit von Wasser zur Klassenfrage erklären, sagte

Pressesprecher:in Leonie Ehlerding zur taz. Bei den gegenwärtigen historisch tiefen Wasserständen und Rekordtemperaturen stelle sich die Frage, wer noch Zugang zu Wasser besitzt. „Während die normalen Menschen zum Sparen aufgefordert werden, pumpen die Konzerne munter weiter“, so Ehlerding.

Konkret verweist Ehlerding etwa auf die Situation im bran-

„Während die normalen Menschen zum Sparen aufgefordert werden, pumpen die Konzerne munter weiter“

Leonie Ehlerding, Initiative Guter Grund

denburgischen Baruth, wo der Energydrink-Konzern Red Bull jährlich etwa 2,35 Millionen Kubikmeter Grundwasser entnehmen darf – das sind 92 Prozent der Wassermenge, die dem Ort insgesamt zur Verfügung stehen. In Brandenburg bezahlen Konzerne für die Entnahme von 1.000 Litern Grundwasser lediglich zwischen 10 und 11,5 Cent. „Dieses Wasser entnehmen Konzerne wie Red Bull, aber auch herkömmliche Sprudelwassermarken – und dann verkaufen die Konzerne uns ihre Getränke auch noch zurück“, so Ehlerding.

Die Gruppe stört auch die Geheimhaltung der Verträge, in denen das Recht auf Wasserentnahme geregelt ist. Aktuell würde deshalb versucht, die genauen Inhalte des Wasservertrags in Baruth freizuklagen. Zudem würden die Genehmigungen häufig auf stark veralteten Daten basieren. In Baruth etwa basierten die Wasserrechte von Red Bull auf einem Gutachten von 2006, dessen Daten wiederum aus den Jahren 1981 bis 1999 stammten.

Wieder andere Aktivist:innen haben indes aufgegeben, die aus ihren Augen offensichtlich unwillige Politik zum Handeln zu bewegen – und bereiten sich deshalb, wie kürzlich auf dem „Kollapscamp“ bei Wittstock/Dosse im Norden Brandenburgs, auf die Katastrophe vor. Statt danach zu fragen, wo die Klimabewegung ist, sollte deshalb vielleicht eher nachgeforscht werden, warum viele Menschen nicht mehr glauben, dass ihr Protest etwas verändern kann. Das aber hat vermutlich wohl eher etwas mit der Politik zu tun, als mit der Klimabewegung.

Lilly Schröder hört Berlins Hip-Hop- und Techno-Elite rufen

Pasha und Kalkbrenner calling

Berlin ruft an, er hat zwanzig verpasste Anrufe. „Zwanzigtausend vor der Stage, als wär ich Kalkbrenner / Und im Radio hörst du Pasha jetzt auf alle Sender“, singt Pashanim, kurz Pasha, in seinem neuen Track „Berlin calling“. Der Kreuzberger Rapper reiht sich damit selbstbewusst neben einen der größten deutschen Techno-Exporte ein: Paul Kalkbrenner. Mit seinem gleichnamigen Soundtrack-Album wurde der Leipziger 2008 zum internationalen Aushängeschild der Berliner Clubkultur. Es hielt sich über 113 Wochen in den Deutschen Albumcharts, über 500.000 Exemplare wurden verkauft.

Am Samstag wird sich zeigen, ob Pashanim in Kalkbrenners Fußstap-

fen treten kann. Nur knapp einen Monat nach der Veröffentlichung seines neuen Albums „Lounge Musik“ stehen die beiden Künstler auf derselben Bühne: beim TFELD Festival. Das neue Musikfestival auf dem Tempelhofer Feld versteht sich als „Hommage an die Berliner Jugend- und Subkultur“. Unter dem einfallsreichen Motto „Das ist Berlin“ spielt auf vier Bühnen von 13 bis 22 Uhr ausschließlich die Berliner Hip-Hop- und Techno-Crème de la Crème: Paul Kalkbrenner, Pashanim, Marlon Hoffstadt, AK Ausser Kontrolle, Ceren, Lucio101.

Und Pasha hat recht: Neben Kalkbrenner dürfte er einer der größten Stars unter ihnen sein. Can Bayram, der 2000 als Sohn eines kurdischen Vaters

und einer deutschen Mutter in Kreuzberg geboren wurde, war 2025 nach Taylor Swift in Deutschland der meistgestreamte Künstler in Deutschland. Auf Spotify hat der Rapper fast fünf Millionen monatliche Hörer*innen.

Dabei entzieht Pashanim sich den üblichen Regeln des Musikgeschäfts. Er pfeift auf monatelange Promo, Interviews, Fernsehauftritte und ständige Präsenz in den sozialen Medien. Auch sein neues Album veröffentlichte er Ende Juli ohne große Ankündigung. Darin rappt er, wie immer, über den Alltag in Kreuzberg, Kiffen, Gucci-Sweater, Prada Schuhe, Kriminalität und „schlimme Sachen, die einem in Berlin zu früh passieren“. In „Berlin Calling“ heißt es: „Meine Stadt wird

jetzt gefährlich, was soll’s?“, in „Lounge City“: „Laufe mit Eisen wie Hattori Hanzo / Weil Berlin wird jetzt grad zu Chicago“ – eine Zeile, die sich als Anspielung auf die zunehmenden Schießereien in der Stadt lesen lässt, auch in Kreuzberg, vor allem im Gräfekiez.

Auch die weibliche Antwort auf Pashanim tritt beim TFELD Festival auf, wie viele Fans im Internet die Berliner Sängerin Ceren feiern. Ihren Durchbruch feierte die 22-Jährige im Frühjahr mit „Shabab(e)s im VIP“, ihrem gemeinsamen Track mit Pashanim, der sich einen Monat lang an der Spitze der deutschen Single-Charts hielt. Seitdem ist Ceren Berlins Rising Star: Über eine Million monatliche Hörer*innen verzeichnet die auf Deutsch, Türkisch

und Englisch singende Musikerin inzwischen auf Spotify.

Durch Stars wie diese – und Alltime-Ikone Kalkbrenner – dürfte das Festival gut besucht sein. Die Veranstalter*innen rechnen mit 25.000 Besucher*innen. Laut eigenen Angaben sind bereits 93 Prozent der Tickets verkauft. Die Ticketpreise seien bewusst niedrig gehalten, um möglichst vielen Menschen die Teilhabe zu ermöglichen, heißt es. „Denn Kultur sollte kein Privileg sein, sondern für alle zugänglich.“ Irritierend ist dann nur der Blick auf die Preise: 89 Euro kostet ein Ticket am Mittwoch auf der Website, inklusive Aftershowparty sogar 109 Euro. Zugang für alle sieht anders aus.

nachruf

Nicht nur Kasse machen wollen

Birgit Möhring ist tot. Die Geschäftsführerin der landeseigenen Berliner Immobilien Management GmbH BIM ist am 15. August nach schwerer Krankheit gestorben, teilte das Unternehmen mit. Sie wurde 63 Jahre alt.



Foto: Sebastian Gollnow/picture alliance

„Der plötzliche Tod von Birgit Möhring hat uns alle tief getroffen. Meine Gedanken sind bei ihrer Familie und dem Team der BIM“, erklärte der Aufsichtsratsvorsitzende der BIM, Staatssekretär Wolfgang Schyrocki.

Birgit Möhring war seit 2015 Chefin der BIM und damit die Hüterin der landeseigenen Immobilien. 5.000 Gebäude bewirtschaftet die Gesellschaft mit ihren 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Unter ihnen sind Rathäuser, Feuerwehrrachen, Polizeidienststellen, aber auch außergewöhnliche Immobilien wie das Haus der Statistik in Mitte.

Vor seiner Fusion mit der BIM leitete Möhring die Geschäfte des Berliner Liegenschaftsfonds. Der war unter anderem zuständig für den Verkauf landeseigener Immobilien und Grundstücke. In Möhrings Amtszeit fiel auch eine stadtentwicklungspolitische Kehrtwende. Statt die Grundstücke meistbietend zu verkaufen, sollte auch das Konzept des Käufers eine Rolle spielen.

Den Boden für diese neue Liegenschaftspolitik hatte unter anderem ein Runder Tisch vorbereitet, dem auch der heutige Finanzsenator Stefan Evers (CDU) angehörte. „Ich habe sie als kluge Ratgeberin und verlässliche Partnerin sehr geschätzt“, teilte Evers mit. „Ihr Tod ist ein großer Verlust für die BIM und für das Land Berlin.“

Gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit in der BIM war in Mitte das Haus der Statistik besetzt worden. Dass es inzwischen zu einem Ort wurde, in dem KünstlerInnen, Projekte, aber auch das Finanzamt Mitte und bald das Rathaus des Bezirks ihr Zuhause haben werden, ist auch Möhrings Verdienst.

„Mit ihr verliert Berlin eine engagierte und hochkompetente Streiterin für eine Bodenpolitik, bei der immer das Gemeingut und öffentliche Interesse im Mittelpunkt stehen“, teilten die Fraktionsvorsitzenden der Grünen Werner Graf und Bettina Jarasch mit. „Wirtschaftliche Nachhaltigkeit und soziale oder kulturelle Anliegen waren für Frau Möhring eben keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille.“

Auch die Initiative Stadtneudenken, die den Runden Tisch Liegenschaftspolitik ins Leben gerufen hat, trauert um Birgit Möhring. „Als Geschäftsführerin der BIM war sie über zehn Jahre stets eine verlässliche Ansprechpartnerin“, sagte die Initiative dem Tagesspiegel. „Wir wünschen uns, dass die BIM diesen Weg im Sinne einer offenen und partizipativen Stadtentwicklung weiterführt.“

Nach dem Tod von Möhring ist die BIM derzeit führungslos. Von ihrem Co-Geschäftsführer Matthias Hardinghaus hatte sich die Gesellschaft 2024 getrennt. „Die BIM bleibt handlungsfähig“, betonte Aufsichtsratschef Wolfgang Schyrocki. „Der Aufsichtsrat wird nun in enger Abstimmung mit dem Gesellschafter unverzüglich alle notwendigen Entscheidungen treffen.“

Uwe Rada

Aufklärer der Fördergeldaffäre: Daniel Wesener (Grüne)
Foto: Britta Pedersen/picture alliance

Hartes Urteil von Linken und Grünen

Die Opposition fügt dem Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses ein Sondervotum hinzu. Darin werden die verantwortlichen CDU-Politiker nicht geschont

Von Erik Peter

Ex-Kultursenator Joe Chialo (CDU) ist mit seiner Strategie also durchgekommen. Vor dem Untersuchungsausschuss zur CDU-Fördergeldaffäre hatte er im Juni die Aussage verweigert und dabei die Parlamentarier:innen über Stunden brüskiert. Eine Entscheidung über die Rechtswidrigkeit dieser Missachtung des parlamentarischen Gremiums wird das Landgericht Anfang September treffen – und Chialo womöglich zu einem Ordnungsgeld verurteilen.

Die Entscheidung kommt aber zu spät, um Chialo ein zweites Mal vor den Ausschuss zu zitieren. Denn wenn am kommenden Donnerstag das Abgeordnetenhaus den Abschlussbericht des Ausschusses zur Kenntnis nimmt, ist die Aufarbeitung der rechtswidrigen Vergabe von 2,6 Millionen Euro an 13 von den CDU-Abgeordneten Christian Goiny und Dirk Stettner ausgesuchte Antisemitismusprojekte formal abgeschlossen.

Zu einem gemeinsamen Verständnis des Skandals konnten sich Regierungs- und Oppositionsfractionen dabei nicht durchbringen. Am Dienstag präsentierten Grüne und Linke daher ihr 35 Seiten starkes Sondervotum für den Abschlussbericht, der zuvor von der Mehrheit aus CDU und SPD beschlossen worden war.

Dabei gehe es „nicht nur um eine Ergänzung, sondern um eine Korrektur“, so Daniel Wesener, Haushaltspolitiker der Grünen, bei der Vorstellung des Teilberichts am Mittwoch. Wesener hatte die Aufdeckung der Affäre mit einer Akteneinsicht ins Rollen gebracht und äußerte nun harte Kritik am Vorgehen der Regierungsparteien, die den vom Ausschussbüro erarbeiteten Entwurf eines Abschlussberichtes an zahlreichen Stellen verändert hatten; laut Wesener mit dem Ziel, „die eigenen politischen Fehler der Verwaltung in die Schuhe zu schieben.“

Fehler sehen Wesener und die Opposition dabei in erster Linie bei Chialo und seiner Nachfolgerin Sarah Wedl-Wilson. Beide hätten demnach „wissen können bzw. müssen, dass die von ihnen forcierte Projektmittelvergabe gegen Haushalts- und Förderrecht verstößt“, wie es im Sondervotum heißt. CDU und SPD hatten dagegen argumentiert, die Warnungen aus der Verwaltung seien nicht ausreichend gewesen, auch sei nicht zum formalen Mittel der Remonstration ge-griffen worden.

Offenkundig ist dagegen laut Wesener – und tatsächlich in den Akten vielfach belegt – „der anhaltende, ausdrückliche und einvernehmliche Widerspruch der Fachverwaltung“, Gelder an die Projekte auszugeben, ohne diese ordentlich zu prüfen und ohne den Nachweis über Eigenmittel zu verlangen.

Verwaltungsmitarbeiter bis hinauf zum später entlassenen Staatssekretär Oliver Friederici hatten dabei auch deutlich gemacht, Zuwendungsbescheide nicht selbst zu zeichnen. Laut Wesener seien damit alle Bedingungen einer Remonstration, eines begründeten Widerspruchs, erfüllt. Dagegen stand aber der „feste Vorsatz der Senator:innen a. D., die Förderung trotzdem durchzusetzen.“ Gegen Wedl-Wil-

son ermittelt diesbezüglich die Staatsanwaltschaft.

Anders als im Hauptteil des Abschlussberichtes werden im Sondervotum auch die Abgeordneten Goiny und Stettner nicht geschont. Die von ihnen vorgenommene Erstellung einer geschlossenen Projektliste, Druck auf die Senator:innen und zum Teil auf die Verwaltung sowie eigenmächtig gegebene Förderzusagen an die Projekte seien eine „unzulässige politische Einflussnahme“, die zur letztlich erfolgten rechtswidrigen Mittelvergabe beigetragen habe, wie Wesener sagte. Im Sondervotum heißt es: „Damit haben sie der parlamentarischen Demokratie insgesamt einen Bärendienst erwiesen.“

Grüne und Linke fordern in ihrem Votum, die Arbeitsbedingungen und Befugnisse der Antikorruptionsbeauftragten zu stärken. Diese hatte schon im Oktober 2025 einen Bericht zur Fördergeldaffäre vorgelegt, der allerdings insbesondere vonseiten der CDU in Zweifel gezogen worden war. Vorgeschlagen wird zudem, die Expertise des Antisemitismusbeauftragten des Landes Berlin bei der Bewertung von Förderanträgen hinzuziehen und Fachjurys vor politischer Einflussnahme zu schützen.

Wofür das Geld durch die überwiegend unerfahrenen Antisemitismusprojekte ausgegeben wurde, soll schon bald von der Verwaltung geprüft werden. Zu Rückzahlungsforderungen dürfte es dabei kaum kommen, da Kriterien für eine erfolgreiche Verwendung nicht aufgestellt wurden. Im Abschlussbericht der Koalitionsfraktionen wird derweil von CDU und SPD gefordert, die Verwaltung solle bei der Prüfung „Nachsicht walten lassen“. Wesener sieht darin eine weitere Anmaßung von Abgeordneten, die sich über die „Gewaltenteilung“ hinwegsetzen würden: „Das zeigt, die haben gar nichts verstanden.“



Genossenschaft wirft unliebsame Mieterin auf die Straße

Die Ideal lässt ein Mitglied zwangsräumen, das fehlerhafte Abrechnungen erfolgreich bemängelte. Grund für die Kündigung ist jedoch eine anderer

Von Peter Nowak

Am Anfang war der Ton zwischen den sieben Besucher*innen und dem Vorstandsmitglied der Ideal-Baugenossenschaft noch freundlich. Doch das änderte sich schnell. Denn bei der kleinen Gruppe, die Mittwoch um 12 Uhr in den Räumen der Ideal in Neukölln vorsprach, handelte sich um Unterstützer*innen des Bündnisses Zwangsräumung verhindern. Sie wollten einen Brief abgeben, in dem sie den Vorstand der Baugenossenschaft auffordern, die Räumung der Mieterin Wiebke Schneider, die eigentlich anders heißt, zurückzunehmen oder zumindest einen Räumungsaufschub zu gewähren.

Schneider wohnt seit 25 Jahren in einer Wohnung der Genossenschaft. Für den 7. September hat sich die Gerichtsvollzieherin angekündigt. „Wenn ich aus der Wohnung geräumt

werde, kann ich nicht mehr weiterarbeiten“, sagt Schneider, die als Künstlerin arbeitet. Sie weist darauf, dass sie sich in den vergangenen Monaten auf über 80 Wohnungsanzeigen ohne Erfolg beworben hatte. Ob ein ärztliches Attest, dass Schneider bei ihrer Wohnung eine Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes bescheinigt, einen Räumungsaufschub bewirkt, ist noch offen.

Schneider blickt mit Angst in die Zukunft. „Ich weiß nicht, was mich am 7. September erwartet“, sagt sie. Im Falle einer Zwangsräumung muss sie neben dem Verlust ihrer Wohnung auch noch für die Kosten der Räumung aufkommen. Trotzdem macht Schneider weiter einen kämpferischen Eindruck. „Ich habe mir nichts vorzuwerfen. Ich habe mich an alle Regeln gehalten.“

Die drohende Räumung ist die Folge einer Auseinandersetzung zwischen der Mieterin und

der Baugenossenschaft. Schneider monierte Missstände und Mängel, unter anderem bei der Betriebskostenabrechnung. Die juristische Auseinandersetzung währte mehrere Jahre.

Dabei hatte die Mieterin auch Erfolg vor Gericht. Die Genossenschaft weigerte sich, Belegeinsicht zu gewähren und musste erst vom Gericht dazu verurteilt werden – inklusive richterlichem Durchsuchungsbeschluss für die Büroräume. Demnach stellte das Gericht etliche Unstimmigkeiten in den Abrechnungen fest – etwa Aufträge ohne Verträge oder Tätigkeitsnachweise und fehlerhafte Flächenangaben für die Wohnungen, berichtete das Mietermagazin bereits 2023 über die Auseinandersetzung.

Doch Schneider, die auch die internen Wahlen innerhalb der Genossenschaft kritisch beobachtete, galt bald als Querulant. Ab 2023 folgten gleich

mehrere Kündigungen mit unterschiedlichen Begründungen. Zuletzt warf die Ideal Schneider vor, Handwerker:innen den Zugang in die Wohnung verweigert zu haben – mit Erfolg. Die Genossenschaft konnte vor dem Berliner Landgericht einen Räumungstermin erwirken.

Dass die Ideal einen Aufschub gewährt, ist unwahrscheinlich. Das Vorstandsmitglied, das seinen Namen nicht nennen wollte, erklärte gegenüber der Delegation von Zwangsräumung verhindern, zu laufenden Verfahren keine Auskunft geben zu wollen.

Auf mehrmalige Anfrage der taz gab es von der Baugenossenschaft keine Rückmeldung. Das Bündnis Zwangsräumung verhindern will die Mieterin weiter unterstützen. „Wir werden die drohende Räumung mit unseren Mitteln und Möglichkeiten begleiten“, sagte Bündnis-sprecherin Sarah Walter.

genossenschaft

Andreas Uhr, Per Dürr
Genosse seit 2016, Genosse seit 2025

BOOMER, MILLENIALS, GEN Z, ALPHA?

GEN TAZ!

Die taz lebt, weil ihr so seid wie wir: solidarisch.

Mit dem Generationenprojekt öffnen wir die Türen für junge engagierte Menschen, die in die Genossenschaft einsteigen wollen, denen aber das nötige Kapital fehlt. Ältere übernehmen dabei für sie den Anteil – und tragen so das Modell weiter, auf dem die taz beruht: gelebte Solidarität in einer generationen-übergreifenden Gemeinschaft.

Alle Infos unter: taz.de/generationenvertrag



Wacht über weibliche Orte der Lust: Amazonen-Statue im Tiergarten
Foto: Caro/Teich/picture alliance

Wo die Amazone wacht

Frauen* treffen sich im Berliner Tiergarten den Sommer über zum Cruising im Grünen. Warum die Sextreffen auch ein politisches Statement sind

Von Nike Wessel

Sommer in der Stadt: Die Hitze steht zwischen den Häusern. Viele suchen sich einen See zur Abkühlung. Wen es nicht ans Wasser zieht, findet Schatten im Park oder – wir sind in Berlin – heiße Abenteuer. Der Tiergarten, die größte und stadtgeschichtlich eine der ältesten Grünflächen, wurde ursprünglich für die königliche Jagd angelegt, 1833 vom preußischen Friedrich II. aber als Volkspark freigegeben. Auf die Jagd folgte die Artenvielfalt. Bis heute beherbergt der Park eine große Anzahl an Tieren und Pflanzen, doch auch für menschliche Vielfalt ist hier Platz.

Schon während der Weimarer Republik wurde das dichte Grün von Bäumen und Büschen von denjenigen genutzt, deren Liebe und Sexualität verboten war. Schwule, trans- und bisexuelle Menschen nutzten den Tierpark als Ort des Kennenlernens und der Intimität. Sexuelle Begegnungen zwischen Wiesen und Wildblumen waren hier möglich und unter schwulen Männern weit über Berlin hinaus als Treffpunkt bekannt.

Das Cruising – aus der englischen Seefahrersprache: „mit dem Schiff kreuzen, herumfahren“ – war über lange Zeit eine der wenigen Möglichkeiten, sich abseits der heteronormativen Gesellschaft zu zeigen, sich zu treffen und – spontan und anonym – sexuell Kontakt zu haben. Durch Verbote und Ausgrenzung hat diese Art des Kennenlernens eine lange Tradition bei Menschen die Sexualität und Liebe außerhalb der „Norm“ suchen.

Allerdings führt das Treffen im Freien auch immer wieder zu Gewalt gegenüber queeren Menschen und zu „Nutzungskonflikten“: Das Grünflächen-

amt hat etwas gegen das Cruising mit dem Hinweis auf den Schutz der Pflanzen. Bildungs-senatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) ließ erst kürzlich Flugblätter gegen schwules Cruising verteilen.

Dass sich im Tiergarten, passenderweise am Venushügel, nahe der Straße des 17. Juni, zwischen Stauden und wildem Lavendel, auch ein Treffpunkt für Frauen* befindet, ist wenig bekannt. Dort, rund angelegt, mit einem Kiesweg und umstehenden Bänken, kann man gut flanieren, sich setzen und hat alle Kommenden im Blick. Jeden Mittwochabend verwandelt sich dieser üppig bepflanzte Platz rund um die große Bronzeplastik „Amazone zu Pferde“ in einen Raum für weibliche* Lust.

Was für Außenstehende wie ein entspannter Abend im Park aussieht, ist für einen Teil der queeren Community mehr als nur ein Treffpunkt unter freiem Himmel. Es ist ein Ort der Sichtbarkeit von Frauen und ihrer Sexualität – was auch heute, 100 Jahre nach dem Aufstellen der stolzen Reiterin, nicht selbstverständlich ist.

Die Bronzeplastik ist eine von drei Amazonen-Statuen in Berlin, alle um 1900 von männlichen Künstlern geschaffen. Der Frauenkörper trägt nur ein angedeutetes Gewand, die linke Brust ist ganz nackt. Was gängig ist für die Art, wie Männer Frauen abbilden, ist bei dieser Skulptur, einer Amazone (amazos – ἄμαζός „brustlos), einer Kriegerin, die laut Legende ihre Brüste abschnitt für den Kampf und nicht dekorativ herzeigt, noch verdreht. Die sexualisierte Darstellung von nackten oder fast nackten weiblichen Körpern lässt sich überall finden, wie die feministischen Kunstaktivistinnen der Guerrilla Girls schon fragten: „Müs-

sen Frauen nackt sein, um ins Museum zu kommen?“

Ob man für die Berliner Amazone vielleicht einen Pulli stricken sollte? Schließlich sind unsere Winter sehr lang. In Dänemark hat eine Aktivistinnen-gruppe Vergleichbares getan, um darauf hinzuweisen, dass es

Cruising-Orte wie im Tiergarten bieten die Möglichkeit, Intimität außerhalb fester, privater Beziehungen in einem gemeinschaftlichen Rahmen zu erleben

in dem kleinen nordischen Königreichs einmal so viele nackte Frauenstatuen gibt wie solche, mit einem Namen.

Aber bevor jetzt jemand darauf hinweist, dass es nicht sexistisch, sondern kämpferisch-symbolisch gemeint sei, wenn Revolutionärinnen zum Beispiel jung und oben ohne dargestellt werden: Verzeiht die Frage nach ähnlichen Beispielen eines tapferen Ritters oder Feldherrn, der als Zeichen der Stärke, „unten ohne“ dargestellt wird. Aber das führt hier zu weit. Nehmen wir einfach an, die Kunstwelt sei heute gerechter als früher und wir suchen rund um die reitende Amazone nach lebendigen Brüsten ...

„Die lesbische Cruising-Kultur im Tiergarten, die mit ei-

nem Ficknick Ende Mai ihren Auftakt feiert und sich bis in den Oktober erstreckt, ist eine kreative, aber keine statische Veranstaltung“, sagt Polly Fannlaf, eine der Gründerinnen dieser Idee und des Freudenfluss Netzwerkes.

Fannlaf beschreibt das Treiben im Grünen als eine „offene Praxis“. Ihr Ablauf sei maßgeblich von den Teilnehmenden und der Dynamik der jeweiligen Begegnungen abhängig. „Das Agieren im blühenden Park, frei vom Druck festgelegter Erwartungen, macht einfach Spaß“, sagt Fannlaf. „Man etabliert Wege und Aktivitäten dort, wo man sie sehen möchte. Durch das wiederholte Besuchen werden diese Orte als Räume für die Community verankert. Die öffentliche Präsenz fungiert so als notwendiges Mittel gegen gesellschaftliche Ausgrenzung.“

Laura Mérit, eine feministische Ikone Berlins, organisiert seit Jahrzehnten Treffen für weibliche Sexualität, sagt, dass „es darum geht, dass lesbisches Leben und Frauensexualität im öffentlichen Raum genauso selbstverständlich präsent sein sollen wie alle anderen Lebensentwürfe“. Mérit verweist dabei auf eine lange Tradition: „Aktivistinnen der 1920er Jahre kämpften schon gegen diskriminierende Gesetze und für die öffentliche Sichtbarkeit von Frauen.“

Diese historische Einordnung unterstreicht, dass das heutige Handeln Teil eines fortlaufenden Prozesses ist, bei dem es darum geht, öffentliche Orte in Anspruch zu nehmen. Vom Händchenhalten bis zu allen Arten von Liebe. Im Sommer des Jahres 1929, als die Statue der Amazone errichtet wurde, gab es drei wöchentlich erscheinende lesbische Zeitschriften, die natürlich

auch die Liebe zwischen Blumen im Park erwähnen. „Heute, ein Jahrhundert, später sollte Liebe unter Frauen selbstverständlich sein, dennoch sind wir auch in Berlin – der ‚bunten Insel‘ – kaum sichtbar“, sagt Mérit.

Als einem lesbischen Paar das Küssen in einer Eisdiele unter-sagt wurde, wurden spontane Kiss-ins organisiert. Auch gegen sexualisierte Gewalt an Frauen demonstrieren Polly Fannlaf und Laura Mérit seit Jahrzehnten, ganz wie es sich die antiken Griechinnen in einem Theaterstück von Aristophanes gewünscht hätten: „Lysistrata so wird’s geschehen: Wir Frauen, sind, steh’n wir nur zusammen.“

„Der gemeinsame Kampf gegen sexuelle Gewalt und das Recht auf öffentliche Berührungen hängen eben zusammen“, betont Mérit. „Angriffe gegenüber Frauen und queeren Menschen werden leider nicht weniger. Einer der Gründe, warum wir mit Cruising-Orten nicht so öffentlich werden, ist die Angst vor Übergriffen. Wir verweisen auf Signal oder andere digitale Gruppen, in denen man sich untereinander über schöne Badebuchten oder andere Wiesen im Park zum Kennenlernen informiert.“ Oder eben die alten Wege der Infobeschaffung, in einschlägigen feministischen Sexshops und Buchläden.

Intimität an öffentlichen Orten kann aus den unterschiedlichsten Gründen kritisch sein, doch betrachtet man die Statistiken zu Gewalt ist das eigene Zuhause historisch und gesellschaftlich offensichtlich der gefährlichste Ort. Cruising-Orte wie im Tiergarten bieten die Möglichkeit, Intimität außerhalb fester, privater Beziehungen in einem gemeinschaftlichen Rahmen zu erleben. Obwohl die lesbisch-queere Community in Berlin mutmaß-

lich eine der größten in Europa ist, fehlt es neben den großen schwulen Orten der Stadt weiter an weiblich-queerer Sichtbarkeit. Auch dafür soll hier etwas getan werden. Nicht umsonst ist die Amazone mit der Streitaxt das Zentrum des Geschehens. Für die Community ist sie ein kraftvolles Symbol: Sie repräsentiert sowohl die notwendige Verteidigung nach außen als auch die wichtige, interne Auseinandersetzung innerhalb der Frauen- und queeren Bewegung.

Vielleicht würde es sich hier anbieten, einmal die Kunstwerke zu ergänzen und gegen die Idee einer „natürlich binären Welt“ auch die Pflanzen, die hier überall wachsen, genauer anzusehen. Spätestens bei genauem Biologiestudium wird klar, dass diese Einteilung weit gefehlt ist.

In New York gibt es jetzt einen „Queer Garden“ den Queer Ecologies Garden im historischen Alice Austen House auf Staten Island. Dieser einzigartige Raum stellt traditionelle, heteronormative Naturkonzepte infrage, indem er ausschließlich Pflanzen mit queeren Merkmalen präsentiert. Die Pflanzen dort wurden gezielt ausgewählt, um Fluidität zu repräsentieren – wie zum Beispiel Pflanzen, die sich selbst bestäuben, ihr Geschlecht wechseln oder sowohl männliche als auch weibliche Fortpflanzungsorgane besitzen können. Der Garten ist gefüllt mit symbolischen, historischen Pflanzen wie Stiefmütterchen, Veilchen (die an die antike griechischen lesbische Dichterin Sappho erinnern) oder Zitronengras.

Am Ende bleibt die Einladung von Laura Mérit und Polly Fannlaf an alle: den Mut aufzubringen, neue Räume – und damit neue Erfahrungen – zu erobern: Es ist heiß – Kommt zusammen!



Reibungen zwischen dem Abrigado und der Nachbarschaft hat es früher schon gegeben: Der Ton ist aber durchaus wertschätzend
Foto: Miguel Ferraz

Schwierige Nachbarschaft

Nachdem vor der Hamburger Drogenhilfe Abrigado Schüsse gefallen sind, fordern Eltern der angrenzenden Schulen den sofortigen Umzug. Doch das schließt die Sozialbehörde aus. Über einen Konflikt, der kaum zu lösen ist

Von **Friederike Gräff**

Künftig soll ein Sicherheitsdienst die Situation am Harburger Schwarzenbergpark beruhigen. Das ist der kleinste gemeinsame Nenner zur Lösung eines Konflikts, der vermutlich überhaupt nur in Teilen lösbar ist.

Im Schwarzbergpark liegt die Drogenhilfeeinrichtung Abrigado und in unmittelbarer Nähe davon sind zwei Schulen. Nachdem dort Mitte Juni Unbekannte Schüsse abgaben und wenig später einem 45-jährigen ins Bein geschossen wurde, haben die Schule am Teich und das Regionale Bildungs- und Beratungszentrum (ReBBZ) Alarm geschlagen. Die Bezirkspolitik schloss sich an. Der Elternrat des ReBBZ startete sogar eine Petition, die die sofortige Schließung des Abrigado und eine Übergangslösung an einem anderen Ort forderte.

Doch das schließt die Hamburger Sozialbehörde aus. Ein Ort, der sowohl der Zielgruppe akzeptiert werde, nachbarschaftsverträglich sei und baulich-technisch geeignet, sei nicht so schnell zu finden, schreibt die Sprecherin der Behörde. Ende 2028, so die aktuelle Prognose der Behörde, wird das Abrigado ohnehin umziehen: an einen nahe gelegenen Standort an der Buxtehuder Straße, der deutlich größer werden soll. Und bis dahin?

Die Liste der Maßnahmen, die die Sozialbehörde schickt, ist lang: Ein Teil ist Kontrolle: der private Sicherheitsdienst,

mehr Polizeistreifen, vor allem zu den Abhol- und Bringzeiten der Schulen. Ein Teil ist Pragmatismus: Die Öffnungszeiten des Abrigado werden so gelegt, dass sie sich nicht mit den Schulabholzeiten überschneiden. Ein Teil ist Unterstützung durch Ausweitung der Straßensozialarbeit. Und ein letzter Teil ist Vertreibung: Der Aufenthalt am Denkmal im Park, wo oft Drogenkonsument:innen sitzen, soll erschwert werden.

Reibungen zwischen dem Abrigado und der Umgebung hat es schon in der Vergangenheit gegeben: Anwohner:innen, die über Müll in ihren Gärten klagten, sehr vereinzelt Drogenkonsument:innen auf dem Schulgelände, Restaurantpächter, die befürchteten, dass die Gäste ausblieben. Mit Schule und Anwohner:innen, so sagen die Abrigado-Mitarbeiter, habe es immer einen guten Dialog gegeben. Doch seit die Schüsse fielen, steht der Standort ganz anders in Frage.

Für die Mitarbeitenden des Abrigado ist in der Debatte allerdings eines zu kurz gekommen: Dass ihre Gäste ebenfalls „Leidtragende“ der Gewalteskalation seien, so sagt es Steffen Ostermann, Sozialarbeiter im Abrigado. Es gebe keine Hinweise, dass der Täter Gast bei ihnen gewesen sei. Die Polizei gibt auf taz-Nachfrage dazu keine Auskunft. Ende vergangenen Jahres war das Abrigado selbst Opfer einer Attacke, als Unbekannte Molotow-Cocktails auf das Gebäude warfen.

„Gewalt ist für die Gäste ohnehin immer Thema“, sagt Ostermann, um so belastender, in der Nähe von Hilfsangeboten und in so extremer Form damit konfrontiert zu sein. Dabei kann er die Perspektive der protestierenden Eltern durchaus nachvollziehen – sogar die Tatsache, dass sie Maximalforderungen stellen. Aber die Perspektive des Abrigado sei eine andere: „Wir haben den Auftrag, die Versorgung unserer Gäste sicherzustellen.“

„Gewalt ist für die Gäste ohnehin immer Thema“

Steffen Ostermann, Sozialarbeiter im Abrigado

Dabei, das betont Ostermann ausdrücklich, sei der Ton auf der Sicherheitskonferenz, die alle Beteiligten im Regionalen Bildungs- und Beratungszentrum zusammenbrachte, gegenüber dem Abrigado durchaus wertschätzend gewesen. Zwar habe es Kritik an alten Streitpunkten gegeben – etwa Müll, Lautstärke oder offener Drogenkonsum im Umfeld –, doch ebenso wohlwollende Kommentare zum Wert der Sozialarbeit. Nur: „Nicht vor unserer Haustür.“

Dieses Spannungsverhältnis spiegelt sich auch in einem parteiübergreifenden Dringlichkeitsantrag der Harburger Bezirksversamm-

lung. Wobei sich wiederum die Dringlichkeit auch darin zeigt, dass außer der AfD alle Parteien vertreten sind: SPD, CDU, Grüne, Linke, Volt und FDP. „Das Abrigado übernimmt als niedrigschwellige Einrichtung der Drogenhilfe wichtige Aufgaben bei der Betreuung, medizinischer Versorgung und Begleitung suchtkrank Menschen. Die Bedeutung solcher Hilfsangebote wird ausdrücklich anerkannt und nicht infrage gestellt“, heißt es dort – und ähnlich hat diese Wertschätzung auch die Hamburger Elternkammer formuliert. Nun habe sich aber eine „nicht mehr hinnehmbare Situation“ entwickelt, die „ausdrücklich sofortiger Abhilfe bedarf“.

Im Fokus der Kritik steht dabei keineswegs die Leitung des Abrigado, sondern die Sozialbehörde. Die habe die Bezirkspolitik so spät eingebunden, dass deren Vorschläge nicht oder kaum berücksichtigt worden seien. Dazu komme die Verschleppung der Umzugspläne und die schlechte Kommunikation. Am neuen Standort wird das Abrigado mehr Konsument:innen betreuen können. Das ist einerseits eine gute Nachricht, wobei die Mitarbeiter:innen selbst mehrere kleine Standorte bevorzugen würden. Doch Steffen Ostermann macht sich keine Illusionen darüber, dass viel kommunikative Arbeit mit den Anwohner:innen nötig sein wird. Einige seien bei der Sicherheitskonferenz aus allen Wolken gefallen, als ihnen

klar geworden sei, dass der neue Standort in ihrer direkten Nachbarschaft liegt.

Das Gewaltproblem und dessen Eskalation, so glaubt er, habe mit dem Standort ohnehin nichts zu tun. Das läge in den Gesetzen des Drogenschwarzmarktes und wer hieran etwas ändern wolle, müsse über eine regulierte Abgabe bisher illegalisierter Substanzen nachdenken. Aber „das steht nicht in unserer Macht“ – und sei in der gegenwärtigen Drogenpolitik ohnehin utopisch.

Konkret umsetzbar und unbedingt notwendig sind laut Ostermann allerdings Versorgungsangebote mit Ersatzstoffen für Nichtversicherte im Hamburger Süden. Und es sei sinnvoll, sich darüber Gedanken zu machen, den sogenannten Mikrohandel zu tolerieren. Mikrohandel, wie er in der Schweiz bereits erfolgreich erprobt wurde, bedeutet, dass Kleinstmengen von Drogen wie Crack zwischen schwerstabhängigen Konsument:innen in klar abgegrenzten Bereichen von Suchthilfeeinrichtungen weitergegeben werden dürfen. Damit soll dafür gesorgt werden, dass die Konsument:innen nicht sofort nach dem raschen Abklingen der Wirkung die Suchthilfeeinrichtung wieder verlassen.

Die Hamburger Grünen-Abgeordnete Linda Heitmann hat sich gerade dafür ausgesprochen, dass Hamburg auf Bundesebene für eine Gesetzesänderung wirbt, um den Mikrohandel zu legalisieren.

Hamburg verschenkt Steuereinnahmen

Die Hamburger Steuerbehörden tun sich schwer, ihre offenen Stellen zu besetzen. So bleibt manche Steuererklärung ungeprüft, die geprüft werden sollte

Von Gernot Knödler

In der Hamburger Finanzverwaltung ist ein großer Teil der Stellen nicht besetzt. Das hat mit den besonderen Anforderungen und sinkenden Bewerberzahlen zu tun. Doch der Personalmangel erhöht die Belastung der Belegschaft. Die Linke befürchtet, dass der Fiskus deshalb so manchen Euro liegen lässt. Zum Jahresende 2025 verjährten 263 Millionen Euro an Steuerforderungen, wie eine parlamentarische Anfrage des Bürgerschaftsabgeordneten David Stoop (Linke) ergab.

Auffällig sei dabei, dass der Großteil der Verjährungen auf die Umsatzsteuer, die Gewerbesteuer oder die Körperschaftssteuer entfalle, stellt Stoop fest. Bei der Lohnsteuer verjährte ein viel geringerer Betrag. „Während die Lohnabhängigen also brav ihre Steuern entrichten, sind es also vor allem Unternehmen, deren Steuerschulden erlassen oder ausgesetzt werden“, kritisiert der Abgeordnete.

Stoop leitet das etwas kurzschlüssig ab aus den Zahlenverhältnissen einer Tabelle, in der aufgeführt ist, welche Forderungen bei unterschiedlichen Steuerarten erlassen oder „niedergeschlagen“ wurden.

Hier rangierten die drei Unternehmenssteuern – Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Körperschaftssteuer – im ersten Halbjahr 2026 mit 118 Millionen Euro deutlich vor der Lohnsteuer mit rund 5.000 Euro und der Einkommensteuer mit 41.000 Euro. Allerdings geht es bei dem Vergleich um Beträge und nicht um Fälle. Und die Beträge sind bei den Unternehmen in der Regel viel größer als bei Privatleuten.

„Niedergeschlagen“ werden Steuerforderungen, wenn vor-

erst keine Aussicht darauf besteht, sie einzutreiben. Niederschlagung bedeute nicht, dass die Vollstreckung eingestellt werde, sagt Thomas Kuffer, der Hamburger Landesvorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft, der Interessenvertretung der Finanzbehördenmitarbeiter. Vielmehr signalisiere die Steuerverwaltung dem Finanzsenator damit: „Mit diesem Geld kannst du nicht rechnen.“

Dass Steuerforderungen verjährten, geschehe eher selten. „Die Finanzämter bekommen einmal im Jahr eine Liste der Fälle, die in diesem Jahr verjähren würden“, sagt er. Schon mit einer Mahnung könne das Finanzamt die Verjährung unterbrechen. Endgültig verzichtet wird dann auf Forderungen, bei denen es aussichtslos scheint, sie jemals einzutreiben, oder wenn der Aufwand dafür unverhältnismäßig wäre.

Der Abgeordnete Stoop kritisiert, dass die Niederschlagungen in der großen Mehrzahl der Fälle nur pauschal begründet werde – durch eine Kurzbegründung. Das hatte der Rechnungshof schon in seinem Bericht 2024 gerügt, weil eine Kurzbegründung keine näheren Angaben nötig mache. Die Behörde begründe das damit, dass es sich häufig um Minibeträge von bis zu 100 Euro handle, kritisierte der Rechnungshof. Oft handle es sich aber um höhere Beträge.

Stoop insinuiert auch einen Zusammenhang zwischen den Steuerrückständen von 1,23 Milliarden Euro zum 30. Juni und unbesetzten Stellen. Fast 250 Stellen in der Finanzverwaltung seien zu diesem Stichtag nicht besetzt gewesen. Allein bei der Betriebsprüfung seien knapp 24 Prozent der Stellen frei gewesen. „Das hat dramatische Auswirkungen

auf die Prüfleistung der Ämter“, sagt Stoop. Nur neun Prozent der großen und vier Prozent der mittleren Unternehmen seien geprüft worden.

Überdies sei weniger als ein Prozent Personen mit besonders hohem Individualeinkommen geprüft worden. Hier weist die Behörde allerdings darauf hin, dass es in der Regel schon ausreiche, wenn der Innendienst die Steuerklärungen überprüfe.

Kuffer von der Deutschen Steuergewerkschaft sieht keinen Zusammenhang zwischen den unbesetzten Stellen und

„Wir bilden schon bis zum Anschlag aus“

Thomas Kuffer, Hamburger Landesvorsitzender der Deutschen Steuergewerkschaft

ausstehenden Steuern. Ein großer Teil der Steuerforderungen sei gar nicht vollstreckbar, wenn etwa Steuerschuldner das Erlassen von Steuerschulden beantragt oder Rechtsschutzverfahren angestrengt hätten. Aber auch bei vollstreckbaren Forderungen könne sich der Vollzug hinziehen, etwa wenn Amtshilfeersuchen an andere Länder nötig würden oder ein Haus versteigert werden müsse.

Die Unterbesetzung ist aus Kuffers Sicht eher deshalb ein Problem, weil mehr Arbeit auf den Tischen seiner Kollegen landet. Dabei habe die Steuerverwaltung mit der Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge zu kämpfen und zugleich damit, dass es nicht leicht sei, die Stellen nachzubetzen. Die bundesgesetzlichen Anforderungen an Steuerbeamte seien hoch, die Beschäftigten stark an ihr Bun-

desland gebunden.

„Wir bilden schon bis zum Anschlag aus“, sagt Kuffer. Allerdings brächen viele Leute die Ausbildung ab oder scheiterten an der Prüfung. Und diejenigen, die sie abschlossen, seien für den Arbeitsmarkt so attraktiv, dass sie gern abgeworben werden. Und ein Quereinstieg sei schwierig, weil es sich um hoheitliche Aufgaben handle, so Kuffer. Nur bei Stellen, die nicht mit der Steuererhebung, sondern mit der Organisation der Steuerverwaltung zu tun haben, kann der Bewerberkreis weiter gezogen werden.

38 Stellen hatte die Finanzverwaltung am 30. Juni ausgeschrieben. Aus Sicht der Beamtengewerkschaft Komba könnten das auch mehr sein. „Wir führen dazu regelmäßig Gespräche mit dem Senat, aber da ist kein Rankommen, weil die Sparkeule geschwungen wird“, sagt Landesgeschäftsführer Andy Metzlaß. Um zu sparen, lasse der Senat jede frei werdende Stelle ein halbes Jahr unbesetzt.

Die Finanzbehörde weist darauf hin, dass sie im Durchschnitt der Jahre 2022 bis 2025 von 42 Millionen Euro geforderten Steuern 40 Millionen eingetrieben habe, also gut 95 Prozent. Die Höhe der Rückstände hänge von der Konjunktur, der Zahlungsdisziplin und der wirtschaftlichen Lage der Steuerpflichtigen ab.

„Gerade in konjunkturell herausfordernden Zeiten stellt die vollständige Erfüllung dieser Forderungen die Unternehmen und die Bürger vor große Herausforderungen“, schreibt die Finanzbehörde. Das gelte wegen der vielen Anträge auf Stundungen und Erlasse, die den Steuerschuldnern das wirtschaftliche Überleben sichern sollen, auch für die Steuerverwaltung.

verschlimmert

Polizei verursacht zusätzliche Probleme

Die Hamburger Polizei feiert ihre Taskforce Drogen, die seit zehn Jahren vor allem Schwarze Straßendealer verfolgt, als Erfolg. Dabei verschlechtert sie die Situation

Für die Betroffenen, also Geflüchtete und Anwohner*innen, ist es ein trauriges Jubiläum: Die Taskforce Drogen der Hamburger Polizei wird in diesem Jahr zehn Jahre alt. Seit 2016 patrouilliert die Dauereinsatztruppe täglich mit zahlreichen Beamt*innen in St. Pauli-Süd sowie im ebenfalls als „gefährlicher Ort“ deklarierten Schanzenviertel und im Bahnhofsviertel St. Georg. Sie geht dabei hauptsächlich gegen junge, aus Westafrika geflüchtete Männer vor, die in Deutschland keine Arbeitserlaubnis haben und deshalb für 10 oder 20 Euro Tageslohn Kleinstmengen Drogen verkaufen. Das Jubiläum der Taskforce bedeutet eine Dekade institutionalisierten Rassismus in Hamburg.

Die Polizei feiert den Einsatz durchgehend als Erfolg. Sie geht davon aus, dass alles noch schlimmer wäre, wenn die Taskforce nicht da wäre. Schlimmer heißt für die Behörde: Es würden mehr Drogen verkauft.

Anwohner*innen und Geflüchtete hingegen weisen seit Beginn des Einsatzes im Jahr 2016 darauf hin, dass die Präsenz der Polizei das Problem verschlimmert. Durch sie kommen zu den Drogenverkäufen regelmäßig Jagdszenen auf Schwarze Menschen, gewaltsame Festnahmen, ehrenamtliche Begleitung durch Anwohner*innen und die Versorgung Geflüchteter in Untersuchungshaft, permanenter Stress durch die Dauerpräsenz der Polizei hinzu. Kurz gesagt: Die Polizei verursacht zusätzliche Probleme und stört das Stadtbild.

Zur Lösung der vertrackten Situation trägt sie hingegen kein Stück bei. Perspektivlosigkeit in Westafrika, globale Fluchtbewegungen, restriktive Asyl- und Abschottungspolitik, internationaler Drogenschmuggel – solche Probleme lassen sich nicht im Kleinen bekämpfen.

Wenn man im Kleinen gegen die schwächsten Glieder dieser Kette des Elends vorgeht, verschärft man nur deren Probleme und eskaliert die Situation. Auch die Polizei sieht ja, dass die Dealer meistens am nächsten Tag wieder da sind – und wenn nicht, sind es andere. Warum verschließt die Polizeiführung sich vor der offensichtlichen Erkenntnis, dass die Maßnahme nichts bringt? Vielleicht, weil das Ziel der Taskforce von Anfang an nur die „Bekämpfung der öffentlich wahrnehmbaren Drogenkriminalität“ war. Man will zeigen, dass man was tut. Ob es was bringt, ist egal.

Das einzig Sinnvolle, was man im Kleinen machen kann, ist zu helfen. Dafür muss man auch nicht linksradikal sein (es scheint aber zu helfen). Auch wenn die Akuthilfe der Anwohner*innen immer nur ein zu kleines Notfallpflaster bleibt und sich an der prekären Gesamtsituation der geflüchteten Verkäufer nichts ändert, macht es doch einen Unterschied, ob man immer nur drangsaliert wird oder auch mal einen Tee angeboten bekommt.

Was wirklich helfen würde, wäre, den jungen, arbeitswilligen Männern Arbeit zu geben. Echte Arbeit, nicht prekäre und kriminalisierte Scheißarbeit. Das Drogenverkaufen auf der Straße würde sich von allein erledigen, wenn die Verkäufer stattdessen Burger braten oder Franzbrötchen backen könnten.

Auch Investitionen in soziale Infrastruktur würden helfen, die Verelendung in den Stadtteilen, wo viele Drogen verkauft werden, einzudämmen. Also: bessere Übernachtungsmöglichkeiten für die Verkäufer, die oft auf der Straße leben. Mehr Sozialarbeit. Hilfe im Asylverfahren und mit Ämtern. Das alles würde Druck aus der Situation nehmen, anstatt sie weiter zu eskalieren.

Das sind nicht unbedingt polizeiliche Aufgaben – aber warum eigentlich nicht? Wenn das Ziel doch ist, die öffentlich wahrnehmbare Drogenkriminalität zu bekämpfen und der bisherige Weg nur weiter ins Elend führt, könnte man das Jubiläum doch zum Anlass nehmen, die Karten neu zu mischen.

Katharina Schipkowski



Hier geht's ums Geld: Hamburger Finanzbehörde
Foto: Christian Charisius/dpa

das wird

„Gräueltaten durch regionale Unterstützer möglich“

Eine Ausstellung im Freilichtmuseum Kiekeberg beschäftigt sich mit dem Einfluss lokaler NS-Funktionäre. Das stört das gängige Geschichtsbild

Interview **Valentin Endraß**

taz: Herr Stölting, was ist das Trügerische an der Heimat?

Chris Stölting: Das Trügerische an der Heimat ist das Konstruierte. Wir haben es bei unserer Ausstellung im Freilichtmuseum Kiekeberg mit einem Heimatforscher und einem Künstler zu tun, die beide einen eigenen Blick auf Heimat haben. Der eine in seiner Kunst, der andere in seiner Schrift, die stark von völkischen Idealen und Gedankengut geprägt ist und die Realität verklärt darstellt. Wir haben es mit idealisierten Landschaftsbildern zu tun, die sich auf ein vermeintlich einheitliches germanisches Erbe besinnen, das es so nie gegeben hat.

taz: Wie haben sie das lokale Heimatbild geprägt?

Stölting: Beide hatten auf ihre Art eine große Reichweite und reproduzieren eine Ablehnung moderner Bauten, moderner Infrastruktur und eine Idealisierung einer blühenden Heide Landschaft mit Fachwerkbauten und Sandwegen. Dieses Urtümliche ist ein Idealbild, das die touristischen, aber auch die ideellen Vorstellungen von dieser Region bis heute mitprägt.

taz: Wer sind die beiden Kulturschaffenden, um die es in der Ausstellung geht?

Stölting: Der eine ist Heinrich Ludwig Mayer, ein Maler und Zeichenlehrer aus Hamburg-Neugraben, der lange Zeit an der Kunstgewerbeschule in Hamburg tätig war. Nach dem Ende der NS-Zeit bekam er zunächst ein Berufsverbot und hat privat weiterhin viele Gemälde und Zeichnungen zur Architektur und Landschaft der Region angefertigt und ausgestellt – etwa im Alten Land, wo er kulturell aktiv war.

taz: Und der andere?

Stölting: Der andere, Wilhelm Marquardt, war vor allem als Lehrer tätig. Im Zweiten Weltkrieg war er eine der herausgehobenen Personen in der regionalen NS-Kulturarbeit. Hier im Landkreis wurde er nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer Haftstrafe und einem Berufsverbot belegt, jedoch schnell als unbelastet eingestuft und war danach wieder als Lehrer tätig. Er war in der Kommunalpolitik und in der Heimatforschung aktiv und bekam für seine Arbeit 1981 das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

taz: Wie kamen die beiden zum Nationalsozialismus? Konnte man sich schon in der Zwischenkriegszeit mit diesem Gedanken gut profilieren?

Stölting: Völkisches Gedankengut war in den 20er-Jahren weitgehend normalisiert. Wäre dieses Gedankengut nicht schon etabliert gewesen, wäre der massive Aufstieg der NSDAP – vor allem hier im Landkreis, wo sie gute Wahlergebnisse erzielen konnte – nicht zu erklären. Man kann davon ausgehen, dass dieses Gedankengut vor allem im regionalen Kontext zur Profilierung beitragen konnte.

taz: Was ist das Besondere daran, regionale NS-Geschichte aufzuarbeiten?

Stölting: Das Besondere sind die lokalen Widerstände. Oft gibt es kein Verständnis dafür, dass die Gräueltaten des Nationalsozialismus erst dadurch möglich wurden, dass sich auf regionaler Ebene viele Unterstützer fanden, die dieses völkische Gedankengut bewusst verbreitet und den Nationalsozialismus vorangetrieben haben. Bei der Aufarbeitung blickt man auf diese Einzelbiografien und wie die Leute in den Gemeinden den Nationalsozialismus gelebt haben. Das sind alltäglichen Dinge, die dieses Regime geprägt und möglich gemacht haben: eine Denunziation oder das Verbreiten des Gedankenguts in Form von Schriftgut und Kunst.

taz: Wie gehen Sie damit um?

Stölting: Der Ansatz, den wir verfolgen, ist, mit regionalen Initiativen und Privatpersonen zusammenzuarbeiten, die ein Interesse haben, in die regionale oder die eigene Vergangenheit zu schauen – weil der Bezug zum Gesamtsystem besser herzustellen ist. Wenn man über den regionalen oder den familiären Zusammenhang einen Ansatzpunkt schafft, legt man den Grundstein dafür, dass sich die Leute im Privaten, aber auch die Kultureinrichtungen tiefergehend mit diesem Thema auseinander setzen können.

Wal Timmy vor dem Timmendorfer Strand: Beim nächsten Wal vor der Ostseeküste müssen die Expert:innen aus Hannover anreisen
Foto: René Schröder/dpa



Walforschung zieht ins Binnenland

Das Institut für Aquatische Wildtierforschung in Büsum wird nach Hannover verlegt. Dabei ist der Standort an der Küste ideal, wie Wal Timmy zeigte

Von **Esther Geißlinger**

Das Institut für Terrestrische und Aquatische Wildtierforschung (ITAW) liegt in Büsum direkt am Hafen. Am Eingang des roten, zweistöckigen Ziegelgebäudes hängt die schwarz-weiße Silhouette eines springenden Wals, denn um Wale und andere Meeressäuger kümmert sich das Institut als Außenstelle der Tierärztlichen Hochschule Hannover. Doch im kommenden Frühjahr wird der Standort in der Nordseegemeinde im Kreis Dithmarschen in Schleswig-Holstein geschlossen. Verschwinden damit auch Angebote und Wissen über die Meerestiere?

Die Mitarbeiter:innen untersuchen hier etwa, wie es um die Gesundheit der Schweinswale in Nord- und Ostsee steht oder entwickeln Maßnahmen rund um die sogenannte Robben-Exklusionszone an der Helgoländer Düne. Wenn es um das Verhalten von Meerestieren geht, werden die Expert:innen des ITAW gern angefragt, zuletzt im Fall der Timmy genannten Buckelwale. Privatleute, die Wale oder Robben sichten, können sich auch melden, die Daten gehen ins Monitoring der Meeressäuger ein.

Angeichts dieser Themen und Forschungen ist der Standort an der Küste ideal. Doch im Frühjahr 2027 wird das ITAW wohl Büsum verlassen. Mehr als 40 Personen zählt die Website des Instituts auf, darunter viele wissenschaftliche und technische Mitarbeiter:innen. Aktuell liefen Gespräche mit allen, um „im Sinne der Beschäftigten und der Projekte den jeweils besten Weg zu finden“, sagt Sonja von Brethorst, Sprecherin der Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover, der taz. In vielen Fällen ist noch unklar, wie es weitergeht. Generell aber gelte: „Das Institut für Terrestrische und Aquatische Wildtierforschung bleibt weiter bestehen und wird auch weiterhin aquatische Fragestellungen bearbeiten.“

„Das Institut für Terrestrische und Aquatische Wildtierforschung bleibt weiter bestehen und wird auch weiterhin aquatische Fragestellungen bearbeiten“

Sonja von Brethorst, Sprecherin der Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover

Die Entscheidung, Büsum zu schließen, fiel erst vor wenigen Wochen. Laut der Sprecherin liegen die Gründe in der Geschichte des Instituts und der beruflichen Neuorientierung seiner langjährigen Leiterin Ursula Siebert.

Die Walforscherin und Fachärztin für Wildtiere setzte sich dafür ein, das Institut für Wildtierforschung in Hannover, das seit 1980 zur Tierärztlichen Hochschule (TiHo) gehört, um eine Abteilung für Meeresbiologie zu erweitern. Diese wurde 2011 in Büsum in den Räumen des früheren Forschungs- und Technologiezentrums Westküste eingerichtet. Siebert wechselte damals von der Kieler Universität, an der sie als Professorin tätig war, an das neue ITAW und leitete seither das Institut in Büsum. Nun aber geht die mehrfach ausgezeichnete Wissenschaftlerin nach Berlin an die Freie Universität. Das ITAW habe sich bemüht, Siebert zu halten, sagt die Sprecherin. Im Zuge der Verhandlungen habe die Tierärztliche Hochschule „weitere Investitionen für Büsum zugesagt“ – es war also sogar eine Aufwertung des Standorts im Gespräch. Aber am Ende folgte Ursula Siebert dem Ruf nach Berlin. Für die Hochschule habe sich damit „eine neue Faktenlage ergeben“, sagt von Brethorst. Denn die versprochenen Investitionen seien an Sieberts „Person und

ihr wissenschaftliches Wirken geknüpft“ gewesen.

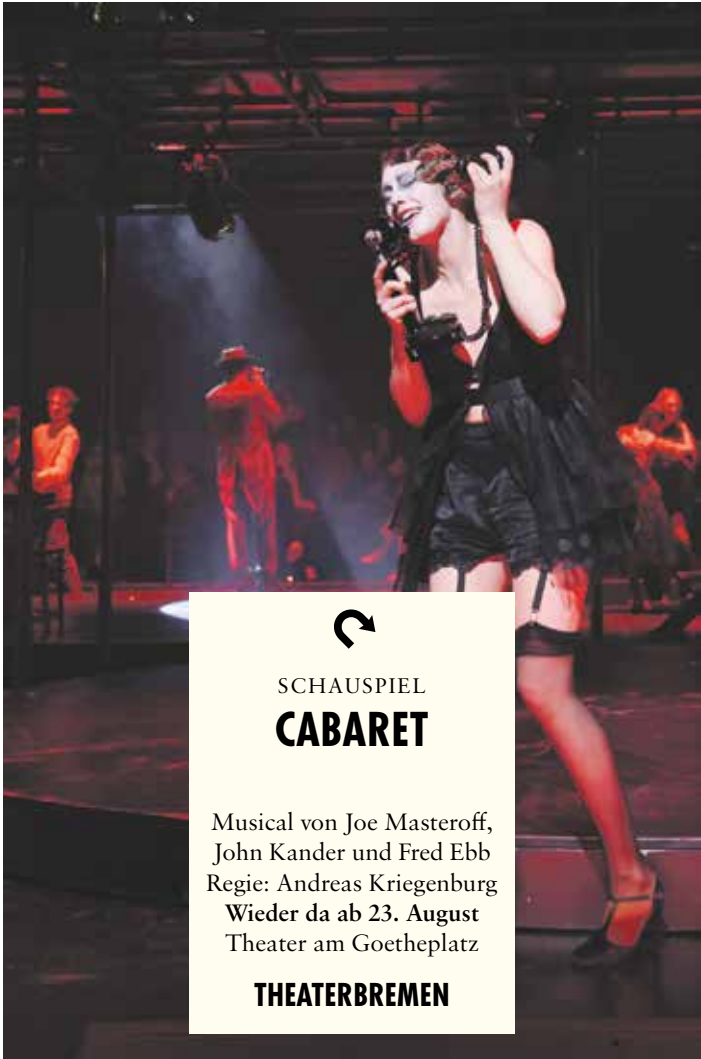
Nach dem Ausscheiden der Leiterin Anfang Juli entschied sich die Hochschule, den Mietvertrag für das Gebäude am Büsumer Hafen zu kündigen: Damit steht jetzt statt einer Aufstockung die Schließung an. Noch bis Frühjahr 2027 bleibt die Forschungseinrichtung in Dithmarschen. Wie es dann genau weitergeht, ist unklar.

Die laufenden Projekte prüfe die Tierärztliche Hochschule zurzeit und kläre, wer jeweils die Projektleitung übernehmen werde, sagt von Brethorst. Neue Angebote für Studien und Abschlussarbeiten macht das ITAW „zurzeit leider nicht“,

heißt es auf der Homepage des Instituts.

Andere Dinge liefen wie gewohnt weiter, sagt die Sprecherin. Das betreffe etwa Schulprojekte, bei denen Kinder und Jugendliche mehr über die Meere und ihre Tierwelt erfahren. Auch die Sichtungen von Robben und Walen nehme das ITAW weiter an und arbeitet dabei mit anderen Forschungseinrichtungen zusammen. Und die Untersuchungen verendeter Meeressäuger sei auch in Hannover möglich, schon heute werden solche Proben nach Niedersachsen geschickt. In Zukunft „wird der Standort Hannover das Zentrum der Tätigkeiten des Instituts bilden“, sagt die Sprecherin.

Anzeige



SCHAUSPIEL
CABARET

Musical von Joe Masteroff, John Kander und Fred Ebb
Regie: Andreas Kriegenburg
Wieder da ab 23. August
Theater am Goetheplatz

THEATERBREMEN